

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,30 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 M. pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Bezugnahme für Deutschland und Österreich-Ungarn 3 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montage.

Die Inserions-Gebühr
 beträgt für die sechsseitigen Kolonnenzeile oder deren Raum 50 Pf. für vollständige und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Stehengelegte und schiefstehende Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonntabend, den 5. März 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Idee des Wahlrechts-Spazierganges hat das lebhafteste Interesse aller Kämpfer für das gleiche Recht erweckt. Die Beteiligung wird daher eine außerordentlich starke sein. Keiner, dem die Erbringung des gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts ernst ist, wird bei diesem Spaziergang fehlen.

Der Treptower Spaziergang und der Polizeipräsident.

Die „gottgegebene Abhängigkeit“ unserer Beamten von der junkerlichen Clique und ihren Behörgeorganen scheint den Berliner Polizeipräsidenten nervös gemacht zu haben. Die von ihm unter dem 1. März verfasste Genehmigung zu öffentlichen Aufzügen und Versammlungen unter freiem Himmel ist gefehlt; denn sie stützt sich auf die durchaus hinfallige Behauptung, das Verhalten der Personen, die am 13. Februar in Berlin für das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht auf der Straße demonstriert haben, verstoße gegen das Gesetz, weil die Demonstration ohne Genehmigung der Polizei erfolgt. Gegen die Genehmigungsverfügung des Polizeipräsidenten ist denn auch bereits das Verwaltungsstreitverfahren eingeleitet, und wir zweifeln nicht, daß das Oberverwaltungsgericht die Verfügung als ungesetzlich aufheben wird; hat doch, wie der Polizeipräsident als Leser des „Vorwärts“ wissen sollte, das Kammergericht schon vor einem Jahre entschieden, daß eine Demonstration, die sich innerhalb der öffentlichen Ordnung hält, keineswegs gefehlt ist. Das vom Genossen Liebknecht neulich im Landtag zitierte Kammergerichtsurteil gelangte deshalb, ebenso wie das Schöffengericht, zur Freisprechung des angeklagten Wahlrechtsdemonstranten.

In diesem Urteil wird ausgeführt:

„Wie einerseits die Betätigung des Entschlusses, eine Ansicht in öffentlich bemerkbarer und dadurch besonders einbringlicher Weise auch Unberücksichtigenden kundzutun, nicht allein an sich als Gefährdung der öffentlichen Ordnung erscheint, so kann auch andererseits das politische Problem der Reform des preussischen Landtagswahlrechts die demonstrative parteipolitische Behandlung auf offener Straße nicht rechtmäßig machen. Vielmehr komme es lediglich darauf an, ob der Angeklagte durch sein Benehmen an und für sich die öffentliche Ordnung gefährdet habe. Da dies aber nach den getroffenen Feststellungen nicht geschehen sei, müsse der Angeklagte freigesprochen werden.“

Denselben Standpunkt wird sicherlich auch das Oberverwaltungsgericht dem Gesetz entsprechend einnehmen.

Trotzdem die Verfügung der erbetenen Genehmigung zur Veranstellung einer Versammlung im Treptower Park durch den Polizeipräsidenten also eine ungesetzliche ist, haben sich die Einberufer der geplanten Versammlungen gefügt und von allen Versammlungen und Aufzügen Abstand genommen. Etwas völlig anderes ist jedoch ein Spaziergang im Treptower Park. Diesen zu unterjagen, hat nach dem Gesetz niemand ein auch nur scheinbares Recht. Es ist das Spazierengehen im Park vielmehr ein durch § 4 der Städteordnung ausdrücklich gewährleistetes Recht eines jeden Einwohners; denn in diesem § 4 heißt es: „Alle Einwohner des Stadtbezirks sind zur Mitbenutzung der öffentlichen Gemeindegüter der Stadt berechtigt.“ Herr Oberbürgermeister Klirschner hat sich bekanntlich denn auch bereit erklärt, das Gebiet des Treptower Parks für Versammlungen herzugeben. Die Hege der reaktionären Presse, die Berliner Arbeiter daran zu hindern, am Sonntag im Treptower Park spazieren zu gehen, ist demnach nichts als eine öffentliche Aufforderung zum Ungehörigwerden gegen die Gesetze. Trotzdem hat diese Aufforderung zu zwei polizeilichen Maßnahmen geführt, die sich im Lande der „gottgegebenen Abhängigkeiten“ natürlich nicht gegen die Aufforderer richten, sondern gegen diejenigen, die streng das Gesetz innehalten.

Erstens hat der Polizeipräsident an den Genossen Ernst folgendes Schreiben gerichtet:

Der Polizei-Präsident. Berlin, den 4. März 1910.
 Tages. Nr. 617. VII. A. 10.
 Im Anschluß an mein Schreiben vom 1. d. Mis. sehe ich Sie ergebnis davon in Kenntnis, daß ich den in den letzten Nummern

des „Vorwärts“ angekündigten „Wahlrechts-Spaziergang“ nach dem Treptower Park als eine nach § 7 des Reichs-Vereinsgesetzes genehmigungspflichtige Veranstaltung ansehe und ihr entgegenzutreten werde.

Jagow.

An Herrn Eugen Ernst, hier.
Zu welchen merkwürdigen logischen Sprüngen doch die Hege reaktionärer Behörgeorgane einen Polizeipräsidenten verleiten kann!

Paragraph 7 des Reichsvereinsgesetzes macht von der Genehmigung der Polizeibehörde lediglich „öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel“ und „Aufzüge auf öffentlichen Straßen oder Plätzen“ abhängig. Ein Spaziergang ist aber weder eine Versammlung, noch ein Aufzug. Genosse Ernst hat demnach auch nicht das Recht noch die Lust, irgend jemand an einem Spaziergang zu hindern. Und falls der Polizeipräsident, wie sich fast aus seinem Schreiben entnehmen läßt, die Lust dazu hat, so fehlt ihm jedes Recht dazu.

Doch außerdem hat der Polizeipräsident auch noch die Gerichtsbehörden in Bewegung gesetzt. Unser verantwortlicher Redakteur, Genosse Barth, hat gestern eine Einladung zu einer verantwortlichen Vernehmung vor Gericht erhalten. Er soll sich laut der vom Polizeipräsidenten veranlassenen Anzeige der Aufforderung zum Ungehörigwerden gegen die Anordnung des Polizeipräsidenten vom 1. März schuldig gemacht haben, und zwar soll unser Verantwortlicher dies Verbrechen dadurch begangen haben, daß die Veitartikel und die Kopfleisten im „Vorwärts“ zu einer sogenannten Ansammlung im Treptower Park und somit zu einer Umgehung des polizeilichen „Verbots“ aufgefordert haben. Die polizeiliche Anzeige schiebt völlig ins Blaue. Der Polizeipräsident hat gar keine Anordnung getroffen, sondern lediglich die nachgesuchte Genehmigung zu erteilen abgelehnt. Von einer Aufforderung zum Ungehörigwerden gegen eine behördliche rechtmäßige Anordnung kann deshalb, ganz abgesehen davon, daß der „Vorwärts“ keine Aufforderung enthielt, schon aus diesem Grunde keine Rede sein. Nach der Anzeige soll ein Spaziergang im Treptower Park eine Umgehung der vermeintlichen Anordnung oder des vermeintlichen Verbots sein. Seit wann ist denn die Umgehung einer strafbaren Handlung verboten? Das Strafgesetzbuch verbietet Diebstahl. Will der Polizeipräsident auch diejenigen zur Strafanzeige bringen, die das Verbot des Diebstahls dadurch umgehen, daß sie keinen begehen?

Ein Spaziergang im Treptower Park ist also eine durchaus erlaubte Handlung, die nach dem Gesetz der Polizeipräsident weder verbieten noch verhindern darf. Straftat hat sich nicht der „Vorwärts“ gemacht, sondern die Presse, die den Polizeipräsidenten aufgefordert hat, einen solchen Spaziergang zu verhindern. Wir sehen der gerichtlichen Entscheidung mit aller Seelenruhe entgegen. Wenn durch sie die polizeiliche Autorität noch mehr geschädigt wird, als dies schon durch die Gerichtsverhandlungen über die Ferrer-Versammlung und durch das rote Warnungsplakat geschehen ist, dann hat sich solche Erfolge das Polizeipräsidentium selbst zuzuschreiben! Nervosität ist ein schlechter Berater.

Der Wahlrechtskampf.

Der Kaiser und die Wahlrechtsdemonstrationen.

Die Straßendemonstration der Wahlrechtskämpfer, die am letzten Sonntag vor den Fenstern des königlichen Schlosses stattgefunden, hat infolge des Fernbleibens der überraschten Polizei und der ausgezeichneten Disziplin der Berliner Volksmassen einen würdigen und eindrucksvollen Verlauf genommen. Einige bürgerliche Blätter hatten die Gelegenheit benützt, um dem Kaiser das Verdienst an dem Verhalten der Schutzmännlichkeit zuzuschreiben. Der Kaiser hätte die Demonstration mitangelesen und den Polizisten die Weisung erteilt, den Demonstranten nichts in den Weg zu legen. Den Erfindern dieser Legende schwebte wohl das Verhalten des österreichischen Monarchen vor, der allerdings keine Abneigung gegen polizeiliche Blut-taten friedlichen politischen Demonstranten gegenüber wiederholt deutlich zu erkennen gegeben hat. Wurde doch z. B. die Entlassung des Grafen Badi in dem Moment beschlossen und den demonstrierenden Volksmassen durch Polizeibeamte und den Bürgermeister Lueger selbst mitgeteilt, als der österreichische Minister das Militär zur „Säuberung der Straßen“ aufgebieten hatte. Gegen die lokalen Erfinder dieser Legende richtet sich nun folgende Verlautbarung der „Nordd. Allg. Ztg.“:

Ueber die Wahlrechtsdemonstration am vorigen Sonntag finden sich Angaben im „Standard“, wonach der Kaiser den Ruf auszugeben von einem Fenster des Schlosses aus beobachtet hätte. Das ist falsch. Der Kaiser hat von der Demonstration nichts bemerkt. Unrichtig ist es auch, daß in den Schloßhöfen für den Notfall Truppen neben der Polizei bereitgestellt hätten. Verwendung von Militär war nicht vorgesehen. Ebenso falsch sind aber auch die Meldungen, nach denen der Kaiser mit Rücksicht auf die Zusammenstöße an dem

vorhergegangenen Sonntag der Polizei strengste Zurückhaltung bei Straßendemonstrationen befohlen hatte. Der Kaiser hat vielmehr in keiner Weise in die Anordnungen des Polizeipräsidenten eingegriffen.

Die Schärfe, womit hier die Nachricht von einem Eingreifen des Kaisers zurückgewiesen wird, erklärt sich wohl durch die Sorge der Junkerregierung, der Kaiser könnte, falls die Nachricht unwidersprochen bliebe, bei den Junkern in Ungnade fallen. Um dies zu vermeiden, dementiert man so kategorisch eine Nachricht, die nur dazu erfunden war, um den Kaiser bei den breiten Massen populär zu machen! Die Regierungsoffiziosen werden also dazu aufgeboten, alle Versuche, für den Kaiser Stimmung zu machen, zu vereiteln! Diese Stellungnahme ist allerdings aus dem Selbstinteresse der preussischen Polizei und der preussischen Regierung erklärlich genug. Sie weiß, daß sie heute wie kaum eine andere Regierung der Welt, im Gegensatz zum Volke steht. So muß sie natürlich Gewicht darauf legen, zu betonen, daß dieser Gegensatz zum Volke nicht auch einen Gegensatz zur Krone bedeutet. Was für sonderbaren Diensten doch Offiziosen sich manchmal unterziehen müssen.

Wie das Zentrum schwindelt.

Trotz des Eintrages der heutigen politischen Lage wirkt es beunruhigend, wie die Zentrumsblätter ihre frommen Leser an der Nase herumführen und den schwächlichen Bruch aller Wahlrechtsversprechungen in einen unentwegten Kampf der Zentrumsfraktion des preussischen Abgeordnetenhauses für die höchsten Volksgüter umlügen. So schreibt z. B. die ultramontane „Germania“ in einem Leitartikel über die zweite Lesung der Wahlrechtsvorlage, nachdem sie die angeblichen Verdienste des Zentrums um die geheime Wahl gerühmt hat:

„Allerdings hat das Zentrum, um die geheime Wahl zu sichern, das Zugeständnis der indirekten Wahl machen müssen, da die konservative Partei, deren Mitwirkung zur Erreichung der geheimen Wahl unentbehrlich ist, ihre Hilfe von der Erhaltung der Zwischeninstanz der Wahlmänner abhängig macht, indem sie dabei von der realpolitischen Erwägung ausgeht, daß in den rein ländlichen Wahlkreisen ihres Bestandes und bei den patriarchalischen Verhältnissen, die auf dem platten Lande vielfach noch bestehen und möglichst erhalten bleiben sollen, es am natürlichsten und passendsten sei, daß die politisch noch weniger gebildeten Leute einen oder zwei von ihnen persönlich bekannte Vertrauensmänner aussuchen, denen sie die Auswahl der bestgeeigneten Abgeordneten übertragen. Das Zentrum steht zwar im Prinzip auf einem anderen Standpunkte, indem es der direkten Wahl den Vorzug gibt; aber wie der Vorsitzende des Zentrums heute in der Kommission erklärte, ist nun einmal das geheime und das direkte Wahlrecht nicht zu gleichermaßen zu erlangen. Weil aber das geheime Wahlrecht ungleich wertvoller ist als die direkte Wahl, so mußte das Zentrum den größeren Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustande akzeptieren.“

Es ist nichts als eine verlogene Ausrede, wenn die „Germania“ behauptet, ohne das Zugeständnis der direkten Wahl wäre die geheime Abstimmung nicht zu erlangen; denn wenn das Zentrum Stuch hält, ist sowohl in der Wahlrechtskommission wie im Plenum für das geheime Wahlrecht eine Mehrheit vorhanden. Hat sich doch bei Beginn der Beratungen in der Kommission bereits eine Mehrheit von 15 gegen 13 Stimmen für die geheime Abstimmung herausgestellt; und gestern wieder ist der konservative Antrag, es bei dem öffentlichen Wahlverfahren zu belassen, abgelehnt worden. Und ebenso ist, wenn das Zentrum für die direkte Wahl eintritt, auch für diese eine Majorität vorhanden. Ja noch mehr, diese Mehrheit hätte obendrein von vornherein die Regierung auf ihrer Seite, denn diese erklärte erst noch gestern wieder, daß sie an ihrem Vorschlag der direkten Wahl festhalte.

Doch es ist unnötig, den Schwindel der „Germania“ zu widerlegen. Das hat vor wenigen Tagen schon die „Deutsche Tageszeitung“, das Intelligenzblatt der Bündler, besorgt, als sie schrieb:

„Soweit wir unterrichtet sind, halten die konservativen Mitglieder der Wahlrechtskommission eine Veränderung des Wahlrechts überhaupt nicht für zweckmäßig und nicht für nötig. Trotzdem arbeiten sie an dem Entwurf mit, um ihn möglichst ungeschädlich zu gestalten. Es war ihnen nicht möglich, die öffentliche Wahl aufrechtzuerhalten. Was hätten sie nun erreicht, wenn sie, lediglich, um den Widerstand gegen die geheime Wahl nochmals zu markieren, — um etwas anderes hätte es sich tatsächlich nicht gehandelt, — gegen den kombinierten Antrag gestimmt hätten? Sie hätten dann weder die öffentliche Wahl erreicht, noch die indirekte. Der Entwurf wäre also erheblich verschlechtert worden. Deshalb war es nach unserer persönlichen Anschauung von den konservativen Kommissionsmitgliedern durchaus verständlich und auch verständig, daß sie in dem jetzigen Stadium der Verhandlungen den kombinierten Antrag unterstützten und ihm zum Siege verhalfen.“

Klar und deutlich geschieht hier der konservative Bundesgenosse des Zentrums selbst zu, daß, wenn das Zentrum weiter für die geheime Wahl eingetreten wäre, die Konservativen anherstehende gewesen wären, die öffentliche Wahl aufrecht zu erhalten, so daß schließlich weder die geheime, noch die indirekte Wahl Gesetzeskraft erlangt hätte.

Die Liberalen und unsere Demonstrationen.

Der Vorstand des sozialdemokratischen Vereins in Kiel hat dem Vorstand des liberalen Vereins in Kiel den Vorschlag gemacht, eine gemeinsame Wahlrechtskundgebung des linksstehenden Bürgertums und der Arbeiterschaft zu veranstalten und zwar in Gestalt einer Versammlung unter freiem Himmel mit anschließendem

Demonstrationszüge. Die Liberalen lehnten unter allerhand nicht stichhaltigen Ausreden die Beteiligung an einer gemeinsamen Demonstration ab.

In Kassel hat dagegen die Organisation der Links- Liberalen beschlossen, eine Einladung der Sozialdemokraten zur Teilnahme an einer Wahlrechtskundgebung auf dem städtischen Sportplatz, die am Sonntag stattfindet, zu befolgen.

Ein Wahlrechtslied.

Albert Träger hat unter Zugrundelegung der Melodie des bekannten Preußenliedes „Ich bin ein Preuße, kennst ihr meine Farben?“ ein Wahlrechtslied gedichtet, das er den sangestündigen Kämpfern für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht widmet und im „Verl. Tagebl.“ veröffentlicht:

Ich bin ein Preuße — kennt ihr meine Wahlen,
Die immer mehr nach rückwärts mich gebracht,
Hier haben Geltung nur die Steuerzahlen,
Der größte Geldsack hat die größte Macht,
Die ganze andre Masse
March, in die dritte Klasse!

Dem Vaterland zahl' ich die höchste Steuer,
Ich lasse Blut und Leben für sein Heil,
Ein ganzer Mann bin ich im Schlachtenfeuer
Und bei der Wahl ein jämmerlicher Teil,
So wird zum nichtigen Schalle
Das gleiche Recht für alle —
Da schlage endlich nun das Wetter drein,
Nicht länger will ich Preußenwähler sein!

Auch muß ich unter strenger Aufsicht wählen,
An meiner Stimme hängt mein täglich Brot,
Den bange Sorgen um die Seinen quälend,
Wenn der Gebieter rücksichtslos bedroht,
Mag, will er nicht sich bücken,
Sich stumm vom Wählerisch drücken —
Da schlage endlich nun das Wetter drein,
Nicht länger will ich Preußenwähler sein!

Die Wahlsform — ein trügerisch Geflüster,
Nur faule Fische geh'n in dieses Reg,
Das Nachtgebot der Herren und der Junker
Ist noch in Preußen oberstes Gesetz,
In heil'gem Hornesbeben
Ruh' sich das Volk erheben —
Da schlage endlich nun das Wetter drein,
Nicht länger will ich Preußenwähler sein!

Ein Wähler bin ich auch im Deutschen Reiche,
Das sicher auf Gerechtigkeit gestützt,
Für alle ist das Wahlrecht dort das gleiche
Und das geheime, das den Schwachen schützt,
Und meine deutschen Ehren
Will Preußen mir verwehren —
Da schlage endlich nun das Wetter drein,
Ich will in Preußen deutscher Wähler sein!

Wahlregelung von beamteten Wahlrechtsgegnern.

Die Vereinigung von Beamten im öffentlichen und privaten Dienst zu Magdeburg, kurz Beamtenwahlverein genannt, sprach sich kürzlich energisch gegen die preussische Wahlrechtsvorlage aus. Verschiedene Redner protestierten dagegen, daß die Beamtenschaft aus der Bürgererschaft herausgehoben und mit einem Sonderwahlrecht bedacht werde. Unter den Rednern befanden sich Staatsbeamte, deren Namen durch die Referate der Zeitungen über die Verammlung bekannt wurden. Diese sind nun von ihren vorgelegten Behörden darüber vernommen worden, wer die betreffenden Äußerungen getan habe.

Genehmigte Versammlungen.

Versammlungen unter freiem Himmel sind von der Polizei zum nächsten Sonntag genehmigt worden in Preetz, Elmshorn und Neumünster, ein anschließender Demonstrationszug aber nur in Elmshorn.

Auch der Polizeipräsident von Köln hat ein Wahlrechtsmeeting genehmigt, das auf dem Kölner Sportplatz, der 20 000 Personen faßt, stattfinden wird.

Polizeiübernunft.

Für eine Versammlung unter freiem Himmel war von der Erfurter Parteileitung der große, mitten in der Stadt gelegene Friedrich-Wilhelms-Platz für Sonntag 11 Uhr verlangt worden. Die Versammlung wurde verboten. Auch die Genehmigung zu einem kurzen Umzuge wurde vom Polizeikommissar versagt, mit der Begründung, daß dadurch die öffentliche Sicherheit gefährdet werde. Heute, Freitag früh, wurde der Saal des Gewerkschaftshauses gemessen von einer Polizeikommission. Es scheint, als sei der Saal als dauäufig bezeichnet, um auch die Versammlung in „Livol“ unmöglich zu machen.

Auch in Danzig verbot der Polizeipräsident die Versammlung, obwohl der Magistrat bereitwillig einen öffentlichen Platz zur Verfügung gestellt hatte.

Die Vorgänge in Neumünster.

Der Regierungspräsident in Schleswig hat jetzt auf die Beschwerde der sozialdemokratischen Stadtverordneten in Neumünster über das brutale Vorgehen der Polizei am Sonntag, den 13. Februar, bei der Wahlrechtsdemonstration geantwortet: Der Regierungspräsident findet das Vorgehen der Polizei vollständig in Ordnung. In irgend welchen Maßnahmen gegen die Polizei liege keine Veranlassung vor, die Schuld an den bedauerlichen Vorgängen treffe die Veranstalter der Demonstration.

Das Ergebnis der Ermittlungen des Regierungspräsidenten steht im Gegensatz zu den wirklichen Tatsachen, die von einem vorurteilsfreien Zeugen der Vorgänge am Wahlrechtsfest selbst von der bürgerlichen Presse in Neumünster geschildert worden sind. Es deckt sich aber vollständig mit den Berichten, die die Polizei selbst von vornherein über die Vorgänge gegeben hat. Wie es mit dem Beweismaterial der Polizei aussieht, geht daraus hervor, daß Schulze in den letzten Tagen in der Stadt herumgegangen sind, um Zeugen zu suchen.

Nachrichte ist süß.

Die Breslauer Polizei sucht auch in Bezug auf die Verfolgung der unbehaglichen Wahlrechtsfreunde ihren traurigen Welt- räum zu bewahren. Sie beglückt diejenigen, die bei den letzten Demonstrationen „Hoch“ gerufen haben — nicht weiter — mit Strafbesehlen von acht Tagen bis zu einem Monat! Ja, einer der Siskierten, der einen sich besonders mühsam gebärdenden Kriminalpolizisten zur Ruhe wies, hält sie seit dem 20. Februar noch heute in Haft!

Dieselbe Polizei ließ es am Dienstag, abends 10 Uhr, ruhig geschehen, daß eine Studentenverbindung johlend und brüllend, einen Mann mit einer Pechfackel an der Spitze, durch die Stadt an den Schulplätzen vorbeizog und allerlei Illotria trieb.

Natürlich ist gegen die Polizeimasse die Entscheidung der Gerichte angerufen worden. Man kann neugierig sein, ob die Gerichte sich wirklich in den Dienst der Nachgeklagte der Polizei werden stellen lassen.

Der Protest Breslaus.

Dem Breslauer Stadtverordnetenkollegium lagen von sozialdemokratischer und freilichtlicher Seite Anträge auf Abfindung einer Resolution gegen die preussische Wahlrechtsform vor. Die Anträge wurden, nachdem die Kon- servativen und Liberalen den Saal verlassen hatten, mit allen gegen eine Stimme angenommen. Oberbürger- meister Gunder erklärte auf Anzapfung des einzigen noch an- wesenden konservativen Redners, er sei nicht berufen, in einer internen Angelegenheit der Stadtverordnetenversammlung einen Rat zu geben.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 8. März 1910.

Arbeiterschutz und Zarenschutz.

Aus dem Reichstag, 4. März. Im weiteren Ver- lauf der Debatte über das Reichsgesundheitsamt kam Genosse Brühne auf die Verunreinigung des Mains durch Abwässer der Fabriken zu sprechen, wodurch große Gefahren für die Gesundheit der Bevölkerung herbei- geführt werden. Die Fische des Mains würden geradezu un- genießbar, das Mainwasser schade schon den Badenden. Gleich- zeitig wies Brühne auch aus den Berichten der Fabrikinspek- toren nach, wie mangelhaft der Arbeiterschutz gehandhabt wird.

Der Präsident des Reichsversicherungsamts, Herr B u m m, erwiderte, daß das Amt sich bemühe, durch Verein- barung zwischen den Rainuferstaaten die Verunreinigung des Mainwassers tunlichst abzustellen.

Beim Reichsversicherungsamt führte dann Genosse Hoch Beschwerde über die mangelhafte Ausführung der Versicherungsgehalte. Es geschehe nicht genug, um die Arbeiter durch Vorbeugungsmaßnahmen vor den Schäden in den Betrieben zu schützen. Er erläuterte das an der Art und Weise, wie die Behörde sich zu der Frage der Koksforde auf Lauten gestellt habe. Die Arbeiter hatten das Ver- bot der Koksforde wegen deren Gesundheitschädlichkeit ver- langt. Die Behörde habe anfangs auf ihrer Seite gestanden, sei aber durch die Unternehmer umgestimmt worden. Das sei nur möglich gewesen, weil sie bei der Einholung von In- formationen die Arbeiter völlig umgangen habe.

Direktor Caspar erwiderte zwar des längeren auf diese Ausführungen Hochs, über die Zuziehung von Arbeiter- schwieger sich aber völlig aus.

In später Stunde kam beim Kanalamt noch Genosse Mollenhuth zum Wort, der die Sperrung des Nord-Ostsee-Kanals wegen der Zarendurchfahrt ge- bührend kennzeichnete und verlangte, die durch diese tagelange Sperrung Geschädigten müßten auch von der Regierung ent- schädigt werden. Seine Klage, daß aus Viededienerei gegen die Zarenregierung russische Spigel hierhergezogen seien, brachte den Staatssekretär Delbrück in Hornisch. Er ver- teidigte sich in der jattsam bekannten horussischen Bureau- kratennanier.

Um 8 1/2 Uhr vertagte sich das Haus.

Bergetat.

Vor fast leeren Bänken setzte das Abgeordnetenhaus am Freitag die Beratung des Bergetats fort. Die Debatte drehte sich zunächst um das dem Reichstage vorliegende Kallgesetz, verlor sich aber bald in Einzelheiten. Von Interesse ist es, daß die Freikonserativen durch ihren Redner Abg. v. W o y n a wieder einmal einen scharfen Vorstoß gegen ein etwaiges Reichsberggesetz unternahmen und gegen das Reichsberggesetz eine Reihe von Bedenken vortrachten, während die Konservativen in den wesentlichsten Bestimmungen mit diesem Gesetz einverstanden sind. Daß auch sie von einem Reichs- berggesetz nichts wissen wollen, ist selbstverständlich.

Der Interessen der Bergarbeiter nahmen sich diesmal, allerdings in gewohnter Bescheidenheit, die Redner des Zentrums an. Das Zentrum hat es nötig, nachdem es durch die Reichsfinanzreform die Lebensverhältnisse wesentlich verteuert hat und erst jetzt wieder durch seine skandalöse Haltung in der Wahlrechtsfrage die Arbeiter um ihre staatsbürgerlichen Rechte zu betrügen im Begriff ist, nach außen hin den Arbeiterfreund zu markieren, und so schickt es denn seine Nennungsarbeiter vor und ließ sie, während der übrige Teil der Fraktion sein Mittagsgeschlächchen kocht oder gemütlich frühstückte, Monologe herleiten. Ernst ist es dieser Gesellschaft mit ihrer Arbeiterfreundlichkeit bekanntlich nicht, aber man muß doch so tun, als ob etwas geschieht. Daß die einzige Partei, die sich in Wahrheit der Interessen der Bergarbeiter annimmt, die sozialdemokratische Partei ist, davon dürften seit dem Eindringen unserer Genossen in den Landtag nun auch die Bergarbeiter über- zeugt sein; sie brauchen ja nur die vorzüglichen Reden des Sozial- demokraten Reinert mit dem lauwarmen Eintreten des Zentrums zu vergleichen. Zum Ueberflus sei auch noch daran erinnert, daß das Zentrum — ausschließlich seiner Mitglieder, die selbst aus der Arbeiterklasse hervorgegangen sind — erst am letzten Mittwoch den sozialdemokratischen Antrag auf Veranlassung einer Enquete über die Verhältnisse der Bergarbeiter rundweg abgelehnt hat.

800 000 Mark Lohnabzug.

Den konservativ-ultramontanen Schwindelern von einer „Hebung des Arbeiterwohlstandes“ durch die Zoll- und Steuerpolitik des Schnapsbunds, bei gleichzeitigem Rückgang der Arbeiterleistung kann man nicht besser entgegenreten als mit Gegenbeweisen aus den Geschäftsberichten der Zechenbesitzer selbst.

Soeben hat die 1000teilige Kohlenwerkschaft „Friedrich der Große“ bei Herrn v. Westfalen ihren Jahresbericht veröffentlicht. Er enthält eine selbst in der Zeit einer starken Wirtschaftskrise seltene Lohnrückbildung. Das Jahr 1909 stand aber nicht unter einem starken Preisendruck. Wir tun am besten, die markanten Zahlen aus den beiden letzten Jahren des Zerküchens nebeneinander zu stellen. Hier sind die Angaben, entnommen den Berichten des Gruben- vorstandes von „Friedrich der Große“:

	1908	1909
Förderung in Tonnen	911 088	895 290
Arbeiter	4 815	3 974
Leistung pro Mann und Schicht		
a) Gesamtbelegschaft	0,78 Tonnen	0,79 Tonnen
b) der Kohlenhauer	1,77	2,25
Schichten pro Arbeiter	300	293
Feiertagen wegen Förder- beschränkung	—	23
Durchschnitts- Schichtverdienst (Gesamtbelegschaft)	5,38 M.	4,76 M.
Durchschnitts- Jahresverdienst (Gesamtbelegschaft)	1 596	1 395
Ueberschuss des Betriebes	1 486 088	1 284 255
Abreibungen	446 000	920 800
Verteilte Ausbeute	696 500	447 750

Danach ist der Durchschnittsjahresverdienst pro Arbeiter um die für ein Arbeitereinkommen haltende Summe von 201 Mark herabgedrückt worden bei gleichzeitig er erheblicher Zunahme der Leistung!

841 Arbeiter wurden 1909 weniger beschäftigt, die Ver- bleibenden mühten 23 Schichten wegen Förderbeschränkung feiern. Trotzdem lief man in den Zechenleistungen von einem angeblichen „Arbeitsmangel im Ruhrkohlenbergbau“ und unausgesetzt schleppten Arbeiter tausende ostelbischer und ausländischer Arbeiter den Ruhr- zechen zu! Die läbliche Regierung steht diesem Treiben zu, ja ver- teidigt noch die Zechenherren als Wohltäter der Menschheit.

Durch verächtliches Antreiben der Arbeiter, wobei Gedinge- färgung, Verdienstverfälschung als ständliche Geiseln in Anwendung kam, hat man die Leistung pro Arbeiter um 9,45 Proz. gesteigert, dabei noch den Lohn um 12—13 Proz. herabgedrückt! 200 Mark geringeren Verdienst in einem Jahre, noch dazu in einem Teuerungsjahre, das bedeutet für die Arbeiterfamilien größere Entbehrung und vielfach Verarmung. Durch die vorgenommenen Lohnverfälschungen haben die Zechenherren rund

800 000 Mark eingestekt!

Genau 796 195 Mark! Es erhöhte sich trotz geringerer Total- förderung und geringerer Kohlen- und Kokspreise der Betriebsüber- schuss von 1,48 auf 1,59 Millionen Mark! Es hätte 1909 dieselbe Ausbeute wie 1908 (700 Mark pro Tag) verteilt werden können und doch noch die Rückstellungen reichlich in vorjähriger Höhe gemacht werden dürfen. Um jedoch noch außen auch als „notleidend“ auf- treten zu können, verteilte man 200 000 Mark weniger Ausbeute, legte dafür aber 470 000 Mark mehr wie im Jahre 1908 in die Reserve. Der Ueberschuss ist also tatsächlich vorhanden, er bleibt den Unternehmern auf alle Fälle, wenn er auch jetzt nicht zur Ver- teilung kommt.

Die Arbeiter aber erhielten pro Kopf glattweg 300 Mark ab- gezwickelt! Die Abschreibungen der Arbeiter auf ihren Anlagewert- ihre Arbeitskraft, bestehen notgedungen im Schuldenmachen. Und das im Jahre der erhöhten Holsbelegung durch den Schnaps- block, der seinen Beutezug zu modieren versucht mit dem unwahren Gerede von dem „steigenden Arbeiterwohlstand“.

Vor der Wucht dieser Zahlen bricht die Schönrederei der um den Minister gegen Sozialpolitik geschworien Föllner und Woll- entrichter glatt zusammen.

Wie das Zentrum arbeitet.

Der Kreis Wipperfürth im Wahlkreis Rülheim- Gummerbach-Wipperfürth kann sich mit den schwarzesten Gegenden der Eifel messen, nicht nur bezüglich der Zentrumsmi- treue seiner Bewohner, sondern auch was die Rückständigkeit und niedrige Gefinnung der frommen Bevölkerung anbetrifft, die dem politischen Gegner gegenüber vor keinem Akt der Lüge und Ge- walt zurückschrickt. Hier offenbart sich am herrlichsten, was christliche Erziehung und Weltanschauung im Zentrumsinne be- deutet. Hier kann man schauernd ergründen, wohin es mit Bildung, Gefinnung und Gefinnung unseres Volkes käme, wenn der Klerikalismus ungeschert seine Herrschaft entfalten könnte.

Im Kreise Wipperfürth entfielen bei der jüngsten Wahl im ersten Wahlgange auf das Zentrum 529, die Liberalen 829 und die Sozialdemokraten 206 Stimmen. Das Zentrum hat buch- stäblich den letzten Mann, in zahlreichen Orten nachgewiesener- maßen 100 Proz. der Wähler für seinen Kandidaten auf die Beine gebracht. Und wie es bei der Stichwahl gearbeitet, zeigt ein Bericht des Wipperfürther Zentrumsblattes aus dem Orte Cürten. Darin wird zunächst geschildert, daß am Vortag nur wenige Mann zur Wahlurne gegangen seien. Dann heißt es:

„Gegen 8 Uhr wird es langsam reger. Der erste Wagen bringt einige Kranken und Invaliden. Neue Wähler kommen und bald fällt sich das Wahllokal. Die Vertrauens- männer resp. die jungen begeisterten Zentrumsjünger haben inzwischen eine genaue Liste der per Wagen herbeizuschaffenden Wähler aufgestellt und den Schlepplern die nötigen Direktiven gegeben. Die bereitwillig zur Verfügung gestellten Wagen fahren ab und um 8 1/2 Uhr können alle ihre Stimme abgegeben haben. 6 Uhr hat die Turmuhr geschlagen und an die 250 von 200 abzugebenden Stimmen sind abgegeben. Ununterbrochen noch kommen neue Wähler und 6,40 Uhr haben 278 Wähler von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht. Ein gutes Resultat, wenn man bedenkt, daß bei der Hauptwahl nur 170 Stimmen abgegeben wurden. Bedenken muß man ferner noch, daß 10 Wähler, die bei der ersten Wahl ihre Stimme für Falk ab- gaben, diesmal überhaupt nicht wählten. Also aus seinen eigenen Reihen mußte das Zentrum seine Stimmenzahl erhöhen und dies hat es auch. Die Säumigen waren nach der Hauptwahl aufgerüttelt worden und die Kranken und Altersschwachen konnten bei dem nachmittags vorherrschenden guten Wetter fast alle herbeigebracht werden. Also alle, die nur konnten, hatten gewählt. Doch nein, zwei Wähler machten eine Ausnahme. Der eine wohnte zwar weit, konnte aber sehr gut kommen, und der andere sollte um 4,30 Uhr mit dem Auto kommen, kam aber, wie bei der Hauptwahl, erst um 10 Uhr, nach Torschlus! Schade um die guten Stimmen! Immerhin war das Ergebnis ein sehr günstiges, denn alle hatten für Marx ihre Stimme abgegeben, 14 mehr wie bei der Hauptwahl. Dank und Anerkennung gebührt darum den wackeren Zentrumsmi- tgliedern von Cürten, Dank vor allem aber auch den Kranken und Altersschwachen — ließ sich doch ein 83jähriger Greis, der seit 2 1/2 Jahren das Bett nicht mehr verlassen hatte, durch Schneegestöber und Regenwetter zur Wahlurne tragen. Ein begeisterter von dem im Wahllokale Anwesenden auf dem im Sorgenstuhl sitzenden tapferen Wähler ausgebrachtes Hoch und das Gefühl, für eine gute Sache eingetreten zu sein, waren der Dank für die edle Tat.“

Das sind die Gegenden, wo unsere Flugblattverbreiter mit Knüttel und Rißgabel empfangen und mit Hundsn von der Lärre getrieben werden; wo unsere Stimmzettler angepöbeln und ihnen die Fahradschlände durchschneiden werden; wo die frommen Zentrumswähler unseren Stimmzettel zerreißten mit den Worten: „Einem Ranne, der seine Seele dem Teufel veräußert hat, wählen wir nicht“; wo die Leute sich ernstlich die Schauerwär des Zentrumsblättchens zutrauen, daß unser Kandidat sich verschworen habe, den Kaiser abzusetzen und auf das Schafot zu schicken. Das Zentrum rühmt den Opfermut der Wesshaffen und Altersschwachen, die der Ver- schwer des Wohlstandes trocken und durch Abgabe des Stimmzettels ihr politisches Glaubensbekenntnis ablegen. Das Zentrum hätte vielmehr Grund, den geistig Kranken und Schwachen zu danken, die sich durch seine geistlichen und weltlichen Helfer in einen der- artigen Fanatismus hineinzuweisen lassen, daß sie aller Rücksicht auf Menschlichkeit und Anstand dem politischen Gegner gegenüber ver- lustig gehen und im Rebellendunst der Verblendung und Verhöhnung jeden Sinn verlieren für ihr wirkliches politisches und wirtschaft- liches Interesse. —

Dem Verdienste seine Krone.

Die Berliner Akademie der Wissenschaften hat dem früheren Reichsminister Hilson eine besondere Ehreung zuteil werden lassen, indem sie ihn zum Ehrenmitglied erwählte. Die Wahl ist durch kaiserlichen Erlaß bestätigt worden.

Das große Verdienst Wilkows um die preussische Wissenschaft (welche?) ist schon mehrfach belohnt worden. Bekanntlich ist der Lehrgang der mittleren Linie zugleich Ehrenmitglied der Posen Akademie und Ehrenvikar der Universitäten Königsberg i. Pr. und Münster.

Um das Erbe des Grafen Stolberg.

Im Reichstagswahlkreis Ost-Johannisburg dürfte es allem Anschein nach bei der Gesamtwahl zu einem schweren Kampfe unter den bürgerlichen Parteien kommen. Die Nationalliberalen, die bisher noch gar nicht im Kreise hervorgetreten sind, haben in der Person des Gutsbesizers Kochan, der im Kreise anständig ist, einen eigenen Kandidaten aufgestellt.

Bei der vorigen Wahl entfielen auf den Grafen Stolberg 2033 Stimmen gegen 639 sozialdemokratische und 883 freiwirtschaftliche. Nachdem die Freiwirtschaftlichen im Jahre 1898 schon einmal 3403 Stimmen erhalten hatten, dürften wahrscheinlich auch sie mit einem eigenen Kandidaten auf dem Plan erscheinen. Damals sind auch für den sozialdemokratischen Kandidaten bereits 1200 Stimmen abgegeben worden. Sicher ist jedenfalls, daß eine nicht unbedeutende Stimmenverschiebung bei der diesmaligen Wahl eintreten wird.

Die Verfolgung von Weibel-Gratulant.

Das Telegramm der sozialdemokratischen Lehrer in Bremen, in dem sie den Genossen Weibel anfänglich seines 70. Geburtstages beglückwünschten, hat die Bremer Behörde in eine fieberhafte Tätigkeit gebracht. Die Schulbehörde erläßt jetzt eine Verfügung an die Schulkollegien, in der es heißt:

„Die Lehrer, welche es mit den von ihnen übernommenen Beamtenpflichten für vereinbar gehalten haben, das Telegramm abzugeben, oder sich an der Abfertigung zu beteiligen, haben nicht den Mut gehabt, für ihre Handlungsweise mit ihrem Namen einzutreten, so daß sie bislang nicht bekannt sind. Mit keinem Zweifel über die Stellungnahme der Unterrichtsverwaltung zu dieser Angelegenheit aufkommen zu lassen, wird ausdrücklich erklärt, daß in der Abfertigung des Telegramms ein Dienstvergehen erblickt wird, das die Beteiligten für ungeeignet für den Dienst als Staatsbeamte erscheinen läßt, und daß, wenn sie bekannt wären, unbeschäftigt gegen sie das Verfahren auf Dienstentlassung eingeleitet werden würde.“

Die Behörde befindet sich mit der in ihrer Verfügung niedergelegten Auffassung in schönster Uebereinstimmung mit dem unentwegt liberalen Bremischen Presskämmerer, der zwar ein über das andere Mal beteuert, auch den Beamten die bürgerlichen Rechte zuerkennen zu wollen, zugleich aber mit aller Deutlichkeit durchblicken läßt, daß nach seiner Meinung sozialdemokratisch geneigte Lehrer nicht als Beamte geduldet werden können.

Schmuck's Raube.

Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg hat im Gegensatz zu seinem Vorgänger dem Fürsten Bismarck eine ziemlich schlechte Presse. Nur eine Anzahl konservativer Organe sind es, die sich rüchellos auf seine Seite stellen. Eine konservativere Zeitschrift „Westfälischer Wochenspiegel“, die über monche Vorgänge ziemlich gut orientiert ist, gibt eine Erklärung der Ursache dieser „schlechten Presse“. Dort wird vom neuen Reichskanzler gesagt:

„Er hat seine Säuberungsarbeit mit den Vorhöfen des Kanzlerpalais begonnen, wo die Krümer und Wächler aus den Redaktionsstuben ihre Tische und Stühle teilweise recht ausdrücklich aufgeschlagen hatten, und er hat diese Tempelreinigung radikal vorgenommen. Selbst bisher „almächtige“ Mätrier aus dem Westen des Reiches wurden in ihre Grenzen verwiesen, die „gute Presse“ des ehemaligen Kanzlers stieß mit dem ganzen Gärtnerladen ihrer feilen Vorbeerkänge in alle Winde, kein Wunder, daß sich die duffigen Krümer, die sie einst so freigebig zur Wilhelmstraße warf, in harte Steine gewandelt haben.“

Es ist erst jüngst in einem Blatte geschildert worden, wie Fürst Wilkows sich die Presse dadurch dienstbar gemacht hat, daß er den Schmuck gelegentlich einmal irgendeiner Hopfen in Form einer Radfahrt zuwarf. Herr v. Bethmann-Hollweg hat die bürgerlichen „Sachverständigen“ hinausgeschickt und deshalb wissen sie nichts zu sagen.

In des „Königs“ Rod“.

Wegen Mißhandlung und Beleidigung eines Untergebenen stand der Unteroffizier Gröbel vom 101. Grenadier-Regiment vor dem Dresdener Kriegsgericht. Der Angeklagte hat einem Grenadier während des Gewehrerziehens das Gewehr aus der Hand genommen und diesen, weil er angeblich keine gute Stellung hatte, mit dem Gewehrfuß einen kräftigen Stoß in die rechte Seite versetzt, so daß sich der Gemißhandelte vor Schmerz zusammenkrümmte. Dann äußerte der Soldatenführer noch mit Bezug auf den Geschlagenen: „Ich kann den Hund nicht sehen!“ Der Soldat bekam Erbrechen und Kolik und mußte infolge der zunehmenden Schmerzen ins Lazarett gebracht werden, wo er 3 Wochen verbleiben mußte. Es wurde eine Wundheilung festgestellt. Noch heute hat er beim Laufen unter einem stehenden Schmerz in der Seite zu leiden. Vor Gericht bestritt der Angeklagte die Mißhandlung; er habe lediglich forciert werden wollen! Das Gericht nahm nur „vorschriftswidrige Behandlung“ an und verurteilte den als „brauchbaren Unteroffizier“ geschilderten Angeklagten zu der gelinden Strafe von — — drei Tagen gefänglicher Arrest! Vor der Anklage der Beleidigung erfolgte — Freisprechung!

Daselbe Gericht verhandelte gleich darauf gegen den Rekrutenangehörigen Herold vom Leibgrenadier-Regiment wegen Mißhandlung, vorschriftswidriger Behandlung und Beleidigung in circa dreißig Fällen. Der Angeklagte war mit der Ausbildung der Rekruten beauftragt, hatte aber seine eigene Spezialerziehungsmethode. Ein Grenadier wurde am Hals gepackt, gewürgt und abgeschüttelt, daß er Schmerzen hatte. Bei demselben Soldaten nahm die Wessie eine „Helmkorrektur“ vor, daß das Sturmband zerriß und der Mann eine Verletzung am Kinn davontrug. In einer ganzen Reihe von Fällen hat der Angeklagte die Soldaten in ungläublicher Weise schikanirt. So mußten sie z. B. auf Befehl des Gefreiten den Tisch mit Zahnhürten säubern! Kaffeetöpfe unter zum Trocknen aufgehängte aber noch tropfende Leinwand halten! und auf die Schränke klettern und oben sitzend essen! Die Rekruten wurden fast täglich Pampfen und Lausjungen genannt.

Zu seiner Entschuldigend gab der Schänder an, einige Soldaten seien träge gewesen und er habe sie erzüchtigen wollen! Auch hier ließ das Gericht äußerste Milde walten, denn es erkannte auf nur — — vier Wochen mittleren Arrest!

Postzeitliche Schikane.

In Sponau untersagte die Polizei die Verbreitung von Handzetteln, die zu einer sozialdemokratischen Versammlung einludeten. Das Verbot wurde damit begründet, daß durch das Verteilen die Strafen beschmugt würden. Zu den vielen Mitteln, die dem simplen preussischen Unterleutenverstande von der Polizei aufgegeben werden, ist somit ein neues gekommen.

Oesterreich.

Die Schiffsabgaben.

Wien, 4. März. Abgeordnetenhause. Zur Begründung des Dringlichkeitsantrags betreffend die vom Deutschen Reich beschlossene Einführung von Schiffsabgaben auf der Elbe führte der Abg. Smetzel aus, daß Oesterreich alter Feind sich bereit mache, um den Zutritt zum Meere und dadurch auch zum englischen Markte zu verwehren. Durch den unfürsorglichen Betrug von 1870 sei der österreichisch-ungarischen Monarchie der Zutritt zum Meere gesichert worden. Preußen

habe Oesterreich als Sekundanten immer brauchen können, wirtschaftlich sei aber Preußen dem Deutschen Reich mit Oesterreich immer in gespanntem und sogar in Kriegsbeziehungen gewesen. Deutschland habe die österreichischen Erzeugnisse fast ganz aus dem eigenen Lande verdrängt und durch geschickte Schachzüge Oesterreich mit Rußland und den Balkanländern verfeindet. Aus der Türkei, aus Kleinasien, Kaspien, aus der Levante sei es verdrängt, und ebenso gehe es im fernem Osten. Nun hole Deutschland zu einem der schwersten Schläge gegen das wirtschaftliche Leben Oesterreichs aus, indem es den bisher ganz freien Weg zur Nord- und Ostsee sperren oder doch erschweren und verteuern wolle. Redner will dem Handelsminister glauben, daß er einer Preisgabe der freien Schifffahrt auf der Elbe seine Zustimmung erteilen werde, und hofft, daß Oesterreich die für seine ökonomischen Interessen so hochwichtige Frage so beantwortet werde, wie es seine Völker verlangen, daß es seine völkerrechtliche Würde zu wahren wisse und daß Oesterreichs Volkswirtschaft nicht Preußen auf Gnade oder Ungnade ausgeliefert werde. Er beantragte schließlich folgende Resolution: Die Regierung wird aufgefordert, mit allem Nachdruck dahin zu wirken, daß unter keiner Bedingung die Aufhebung der freien, durch internationale Verträge garantierten Elbschifffahrt zugelassen und unter keinem Vorwande der Erhebung von Abgaben auf der Elbe, deren Einführung Deutschland zum Schaden des Handels, der Industrie und der Landwirtschaft Oesterreichs plant, zugestimmt werde (Lebhafter Beifall). Darauf ergriff Handelsminister Weiskirchner das Wort und führte aus, er könne versichern, daß die österreichische Regierung zu Zugeständnissen, welche nicht die volle Freiheit der Elbschifffahrt garantieren, unter keinen Umständen zu haben sei. Der Minister bittet, die Versicherung entgegenzunehmen, daß er im vollsten Bewußtsein seiner Verantwortlichkeit den gekennzeichneten Standpunkt in vollster Festigkeit einhalten werde. Der Minister des Auswärtigen habe während seiner letzten Anwesenheit in Berlin Gelegenheit gehabt, dem deutschen Reichskanzler gegenüber den Standpunkt der österreichischen Regierung in dieser Frage zu präzisieren (Lebhafter Beifall und Handklatschen). Der Dringlichkeitsantrag Smetzel gegen die Schiffsabgaben wurde sowohl in der Frage der Dringlichkeit wie in meritum von dem Abgeordnetenhause einstimmig angenommen.

England.

Finanzfragen.

London, 4. März. Das Unterhaus hat heute die Vorschläge des Schatzamts über die Aufnahmen der erforderlichen Mittel und über die Rückzahlung der Kriegsanleihe in dritter Lesung angenommen. Die Redner der Opposition machten der Regierung den Vorwurf, daß sie die gegenwärtige finanzielle Verwirrung noch vermehre. Asquith sagte in einer energischen Verteidigungsrede, es sei unmöglich, die Lage zu mildern, welche durch die Haltung der Lords geschaffen worden sei, die auch allein die Verantwortung tragen. Die Sitzungen des Hauses müßten bis zum Ende des Finanzjahres zur Fertigstellung der verschiedenen Etats verwendet werden, welche für die Weiterführung der Verwaltung notwendig seien. In Erwiderung des Vorschlages der Opposition, daß die Regierung die Einziehung der Einkommensteuer für das Jahr 1900/1901 abgesehen von präzisieren (Lebhafter Beifall) erklärte Asquith, die Regierung weigere sich, das gebräuchliche Verfahren abzuändern; das Budget müsse als ein Ganzes zur Vorlage gelangen.

Griechenland.

Die Nationalversammlung.

Athen, 3. März. Der Regierungsentwurf betreffend die Revision der Verfassung wurde von der Kammer mit 150 gegen 11 Stimmen angenommen. Das Ergebnis der Abstimmung wurde den Abgeordneten mit stürmischem Beifall begrüßt. Die Nationalversammlung wird am 14. September zusammentreten.

Aus der Partei.

Keine Ruhe in Preußen! Eine von rund 1000 Mitgliedern des Sozialdemokratischen Vereins in Breslau besuchte Generalversammlung debattierte Donnerstag eingehend die Taktik im Wahlrechtskampfe und beschloß, unaufhörlich alle Mittel anzuwenden, um den Willen der empörten Massen nach außen zum Ausdruck zu bringen. Dem Vorstande wurden die denkbar weitgehendsten Vollmachten erteilt, damit er in jedem Augenblick in der Lage ist, die nötigen Maßnahmen im Kampfe um das Wahlrecht zu treffen. Die Versammelten verpflichteten sich ferner, allen Anordnungen des Vorstandes in bezug auf Straßendemonstrationen, Meetings, Wohlthätigkeits usw. rückhaltlos Folge zu leisten und sich für jede Stunde kampfbereit zu halten. Beschlissen wurde ferner, dafür zu sorgen, daß trotz der Verkleidung der Polizisten mit nummerlosen Mänteln die Persönlichkeit der einzelnen Polizisten festgestellt und bekannt gemacht werden.

Protest der sozialdemokratischen Dumafraktion gegen den Besuch der französischen Parlamentarier.

Wir werden um Veröffentlichung des nachstehenden Protestes unserer russischen Genossen ersucht, der in der russischen Presse infolge der Jenfverhältnisse nicht veröffentlicht werden konnte.

Die Erklärung der Dumafraktion lautet: „Wir, die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion, erhielten die Einladung zu dem Banquet zu Ehren der französischen parlamentarischen Deputation. Diese Einladung sind wir genötigt, aus folgenden Motiven abzulehnen:

1. Bei den heutigen sozialen Beziehungen sind alle ähnlichen Akte der sogenannten internationalen Gütlichkeit und Solidarität in Wirklichkeit bloß der Ausdruck der Solidarität der herrschenden Klassen verschiedener Nationen und verfolgen entweder das Ziel, eine Versöhnung gegen andere Völker anzuzustreben oder eine Koalition der herrschenden Interessen gegen die Arbeiterklasse herzustellen. Eben aus diesem Grunde lehnen es die wahren Vertreter der Interessen der arbeitenden Bevölkerung — die sozialistischen Parteien und die sozialistischen Parlamentarier — die sozialistische Parteien und die sozialistischen Parlamentarier der ganzen Welt — ab, an diesen Demonstrationen der angeblichen internationalen Solidarität teilzunehmen und stellen diesen heuchlerischen Erklärungen und Manifestationen die Prinzipien und die Praxis der internationalen Solidarität des Proletariats entgegen. Aus demselben Grunde haben die europäischen Sozialisten keinen Anteil genommen an dem Empfang der russischen Dumadelegation, die die Schmach ihres Vorkriegsstandes vor der Reaktion von ganz Europa demonstrierte. Aus demselben Grunde gehört kein einziger Vertreter der französischen Arbeiterklasse, kein einziger Sozialist der französischen Delegation an.
2. Der jetzige Besuch der französischen Parlamentarier in Rußland, der als Antwort auf den vorjährigen Besuch der angeblichen Vertreter des russischen Volkes dient, bedroht die wichtigsten Interessen der russischen Volksmassen:

Die russische Reaktion, die bisher das Bündnis mit der französischen Bourgeoisie geschickt ausgenutzt hat, um das russische Volk unarmherzig zu bedrücken, ist nun bekräftigt, die Bande zur Hebung ihres Prestiges, das dank den systematischen inneren und äußeren Mißbräuchen gefestigt ist, zur weiteren Hebung ihrer leeren Kassen mit französischen Kapitalisten, zur Fortsetzung des ununterbrochenen inneren Krieges, gegen das eigene Volk und der Niederwerfung des Kampfes der russischen Arbeiterklasse und ihre Befreiung zu befestigen.

Die französische Bourgeoisie, die an der Erhaltung ihrer alten Kapitalien und der Erweiterung des Tätigkeitsfeldes der neuen

Kapitalien interessiert ist, entfendelt ihre Delegationen zu uns, indem sie der russischen Reaktion ihre moralische und materielle Unterstützung anbietet.

Wir können als Sozialdemokraten, als Vertreter der Befreiung in Stadt und Land, an einem Fest nicht teilnehmen, das den arbeitenden Massen Rußlands neue Ketten und neue Entbehrungen verbringt.

Die Mitglieder der Duma und des Reichsrats, die an der vorjährigen Expedition nach Europa teilgenommen haben, versuchten, der öffentlichen Meinung Europas die Ueberzeugung beizubringen, bei uns herrsche das konstitutionelle Regime und sie seien die Vertreter des russischen Volkes. Die Gegenwärtigen der französischen parlamentarischen Delegation sanktioniert dieses enorme Mißverständnis und kann ihm einen gewissen Kredit in den Augen der zivilisierten Völker verschaffen. Auf den bevorstehenden Festlichkeiten werden von dieser und jener Seite abermals heuchlerische Reden über die russische Konstitution und das russische Parlament ertönen. (Die Wirklichkeit hat diese Prophezeiung unserer Genossen noch übertroffen. D. Red.) Und das zur Zeit, wo dem Volke alle seine Errungenschaften geraubt werden, wo die Rechte der Volksvertretung unter Mißhilfe der Teilnehmer an dem feierlichen Empfang der französischen Delegation beschnitten werden, wo täglich im Lande Hinrichtungen stattfinden, die Gefängnisse mit Freiheitskämpfern überfüllt sind und die wahren Vertreter der Interessen des Volkes in den Katorggefängnissen und im Exil schmachten.

Wir, die Vertreter der russischen Arbeiterklasse, reichen unsere Hand nicht zu dieser Mystifikation. Wir nehmen keinen Anteil an dem Fest der Sieger von heute und fügen unsere Stimmen nicht zu dem Chor der heuchlerischen Redner. Wir protestieren gegen jede Abmadung auf Kosten des russischen Volkes und strecken über die Köpfe der Exploitatoren hinweg die Probeband der Solidarität dem französischen, dem internationalen Proletariat entgegen, das allein dem russischen Volke aufrichtig Erfolg wünscht im Kampfe um seine Befreiung.

Auch die „Arbeitergruppe“, die Vertreterin der demokratischen Elemente des Bourgeois, lehnte es demonstrativ ab, an den Festlichkeiten zu Ehren der französischen Gäste teilzunehmen.

Soziales.

Gegen den Heimarbeiterschutz

Hat sich die Mittelfränkische Handelskammer in Nürnberg durch zwei an die Regierung gerichtete Resolutionen bewahrt. Sie muß selbst zugeben, daß der vorgelegte Gesetzentwurf den Ausbeutern der Heimarbeit nicht allzu wehe tut, indem sie der Reichsregierung das Zeugnis ausstellt, „daß sie dabei den guten Willen zeigt, einen rigorosen Eingriff in die bestehenden Verhältnisse zu vermeiden“, doch geht ihr dieser wohlwollende Entschluß nicht immer viel zu weit. Es wird verlangt, daß den Ortspolizeibehörden keine so „großen Maßbefugnisse“ eingeräumt werden, sondern lieber die Regelung der betreffenden Verhältnisse den Landeszentralbehörden vorbehalten bleiben. Der § 19 sei abzuändern, insofern er die Bestimmung enthält, daß Gewerbetreibende bestraft werden können, wenn sie wissen, sondern auch wenn sie den Umständen nach annehmen müssen, daß ihre Heimarbeiter den auf Grund der §§ 15 und 6 erlassenen Bestimmungen des Bundesrats nicht nachkommen. Ferner wird die Streichung der Bestimmung verlangt, wonach es den Gewerbetreibenden der Nahrungs- und Genussmittelindustrie zur Pflicht gemacht werden soll, die Beschäftigten ihrer Heimarbeiter periodisch zu revidieren oder revidieren zu lassen. Endlich wird dringend empfohlen, den Bestimmungen auf Erweiterung und Verschärfung der Vorschriften über die Regelung der Heimarbeit nicht nachzugeben, im Gegenteil bei der Anwendung des Gesetzes unter Berücksichtigung der jeweiligen Verhältnisse die größte Toleranz zu üben. — Mit anderen Worten: man will sich ein Heimarbeiterschutzgesetz allenfalls noch gefallen lassen, wenn seine Bestimmungen auf dem Papier stehen bleiben. Die sozialpolitische Verfassung dieser offiziellen Körperlichkeit wird auch dadurch illustriert, daß sie in geheimer Sitzung abgelehnt hat, an einer vom Sozialwissenschaftlichen Verein geplanten Heimarbeitersammlung teilzunehmen.

Betriebsunfall oder Krankheit?

Arbeiter sollten auch die geringsten Verletzungen beachten, wie dies nachstehender Fall wieder lehrt.

Beim Schmieden sogenannter Federstaschen flog dem jungen Schmied B. zu Frankfurt a. M. eine sogenannte „Höhe“ an den linken Arm. Schmiede sind abgehärtet, arbeiten immer mit entblößten Armen, so daß dieser Fall nicht weiter beachtet wurde. Die kleine Brandwunde schmerzte aber am anderen Tage mehr, da der Verletzte mit einer Stahlbürste verrostete Wagentheile zu reinigen hatte und dadurch eine Infektion entstanden war. Als die Schmerzen im Arm stärker wurden, ging der Verletzte auf Anraten seines Nebenkollegen endlich zum Arzt, nachdem auch der Meister den Arm gesehen und einen sogenannten Karbunkel „festgestellt“ hatte. Der Arzt erkannte jedoch die Gefahr und wies den Verletzten sofort in eine Klinik ein. Aber auch im Krankenhaus versuchte man vergeblich, die eingetretene Blutvergiftung zu beseitigen; nach mehr als sechs Wochen mußte das ganze Kniegelenk, welches verultert war, entfernt werden.

Jetzt erkannte auch der Meister die Größe der Verletzung und meldete die Verletzung der Berufsgenossenschaft an. Doch die Schmiede-Berufsgenossenschaft verneinte das Vorliegen eines Betriebsunfalls, weil der Verletzte dem Arbeitgeber nicht von einer Verletzung gemeldet habe. Außerdem scheinen Sie zuerst gleichfalls nicht an einen Unfall gedacht zu haben, da Sie die Anmeldung des Unfalls durch Ihren Arbeitgeber erst nach Rücksprache mit dem Arbeitsekretär Graf veranlaßten.

Das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung mußte sich nun mit dieser Unfallsache befassen und hörte auf Antrag des Verletzten den Nebenkollegen M., welcher Augenzeuge war. Die Berufsgenossenschaft wurde zur Entschädigung des Unfalls verurteilt, da durch die Aussage des Zeugen bewiesen sei, daß dem Verletzten bei der Arbeit glühendes Eisen gegen den Arm gesungen sei. Die Verbrennung sei wohl anfänglich nicht beachtet worden, später aber ärztliche Hilfe in Anspruch genommen worden, nachdem der verletzte Arm gerötet und stark angeschwollen war. Allerdings, heißt es in der Urteilsbegründung, „hat B. seinem Arbeitgeber gegenüber zunächst über die Entstehung des Leidens keine Mitteilung gemacht. Dies hat seinen Grund offenbar darin, daß B., wie dies leider noch immer häufig geschieht, der Sache keine Bedeutung beigemessen und glaubte, schon nach einiger Zeit seiner Beschäftigung wieder voll nachgehen zu können.“ Die Ansicht des Arbeitgebers, daß es sich um ein Karbunkelgeschwür gehandelt habe, sei „für die Beurteilung der Sache belanglos“, vielmehr Gewicht auf ein Gutachten der Universität Straßburg zu legen, welches erklärte, daß lediglich die unbeachtet gelassene, unbedeutende Brandwunde als die Infektionsquelle für die später entstandenen schweren Entzündungserscheinungen zu betrachten sei.“

Die verurteilte Berufsgenossenschaft suchte noch in letzter Instanz zu fügen und wiederholte in einem umfangreichen Schriftsatz dem Reichsversicherungsamt alle ihre Gründe. Es wurde an ähnliche Entscheidungen des Reichsversicherungsamtes erinnert, welche ja solche Erkrankungen, die durch unmerkliche Einwirkungen des alltäglichen Lebens zu entstehen pflegen, nicht als Betriebsunfälle angesehen habe. Zu diesen Erkrankungen gehören zweifellos auch der vorliegende Fall — „Blutvergiftung“.

Erfreulicherweise ging das Reichsversicherungsamt nicht auf diesen Reim, sondern erklärte den Rekurs für unbegründet. Im Urteil wird angeführt, daß durch die Aussage des Unfallszeugen und Arztgutachten überzeugend nachgewiesen sei, daß es sich um einen Betriebsunfall handele, da der Arbeiter durch eine Verbrennung des linken Armes, die später zur Entstehung der schweren Erkrankung führte, einen Betriebsunfall erlitten hat, für dessen Folgen die Beklagte aufzukommen habe.“

Gewerkchaftliches.

Neutralität oder nicht?

Das Schmerzenskind der „liberalen“ Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften, Anton Erkelenz, macht wieder von sich reden. Der Mann begeisterte sich seit Jahren dafür, mit seinem Häuflein Steifenener sich bei irgendeiner liberalen Gruppe anzuschließen. Auch die Nationalliberalen hat Erkelenz noch liebevoll in sein Herz geschlossen. Mit seinen „staatsmännlich“ verdrehten Artikeln macht die Hirschengröße die paar unbedeutenden Gewerkschaften im Lande unsicher und setzt sein eigenes Grüppchen dabei mehr wie einmal in die Patsche. Vor einigen Wochen schrieb der große Mann wieder mal einen Artikel: „Nur starke Kämpfer zu sein“, in dem folgende Sätze vorkamen:

... Neutralität ist Unsinn. ... Deshalb ergibt sich von selbst aus der Praxis, daß dem Gewerkschaftler, der weiß, was er will, politisch nur drei Parteien zur Verfügung stehen: Demokratische Vereinigung, Freisinnige oder Nationalliberale Partei, letztere soweit sie wirklich liberal ist.“

Erkelenz findet also selbst noch Liberalität an der Partei der Großindustriellen! Die Blätter der Zentrumschriften griffen aber diese neue neutrale Kezerei auf und hielten sie den Hirschen unter die Nase. Die Folge war, daß abermals ein Kezergewicht über Erkelenz abgehoben wurde. Nach den Hirsch-Dunderschen Blättern ist die Angelegenheit am 23. Februar in einer Zentralratsitzung zur Sprache gekommen und wurde in einer angenommenen Resolution „die Art des Vorgehens von Erkelenz scharf verurteilt“.

Wenn dann ferner der „Regulator“, das Blatt des Gewerkschafts der Maschinenbau- und Metallarbeiter, den Artikel des Erkelenz als dessen Privatansicht hinstellt und sich „ganz entschieden“ dagegen verwahrt, daß „die Arbeit eines einzelnen als die Meinung der deutschen Gewerkschaften“ ausgegeben wird, so wirkt dies recht puzig, wenn man dem entgegenhält, daß der „Regulator“ zur Zeit der letzten Reichstagswahl ganz ähnlich schrieb. Es hieß damals auch, daß für den Gewerkschaftler Konterpartie, Zentrum und Sozialdemokraten bei der Wahl nicht in Frage kämen.

Beim Erkelenz soll das nun ein Verbrechen sein? Unwahr ist auch, daß die Gewerkschaften die Hilfe jeder Partei annehmen, „die im gegebenen Fall für Arbeiterinteressen eintritt“. Der Sozialdemokratie können ja auch die Hirsche diese Eigenschaft nicht aberkennen, aber sie soll nach deren Meinung deshalb nicht unterstützt werden, weil sie nicht vor der organisierten „Reißung“ der Gewerkschaften Hirsch-Dunder bewundernd in die Arme stükt! —

In ihrer völligen, rettungslosen Zerfahrenheit laborieren sich die Reste der Hirsch-Dunderschen Herrlichkeit durch die mächtig aufstrebende Arbeiterbewegung wie ein Häuflein Unglück.

„Auf dem Dache sieht ein Greis,
Der sich nicht zu helfen weiß.“

Berlin und Umgegend.

Zur Bewegung der Steinarbeiter.

Die Marmorarbeiter, die die Sektion II des Steinarbeiterverbandes bilden, hielten am Donnerstag im Verbandslokal in der Seydelstraße eine außerordentlich zahlreich besuchte Versammlung ab, um für ihre Forderungen zur Tariffrage Stellung zu nehmen. Der Vorschlag der Sektionsleitung ging dahin, mit Rücksicht auf den in Ausarbeitung befindlichen Reichstaxif vorläufig von der Einreichung von Tarifforderungen abzusehen. Ueber diese Frage entwickelte sich eine lebhafte Debatte, die damit endete, daß der Vorschlag der Sektionsleitung gutgeheißen wurde, obwohl allgemein betont wurde, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Marmorarbeiter derartig sind, daß sie dringend der Verbesserung bedürfen. Es ist merkwürdig, daß in einzelnen Werkstätten die bei der schweren und gesundheitschädlichen Arbeit schon zu lange Arbeitszeit von 9 Stunden nicht auszureichen scheint und noch viel Ueberzeitarbeit geleistet wird, während andererseits überschüssige Arbeitskräfte genug vorhanden sind, um die Arbeiten in der regulären Arbeitszeit fertig zu stellen. Es muß als selbstverständliche Pflicht der Marmorarbeiter gelten, dafür zu sorgen, daß nicht ein Teil von ihnen durch Ueberarbeit seine Gesundheit als zu früh zugrunde rätet, während ein anderer Teil dem Elend der Arbeitslosigkeit preisgegeben ist. Das wurde in der Versammlung stark hervorgehoben.

Achtung, Arbeiter! Sämtliche Bauten- und Privatarbeiten der Firma Vade u. Dangers sind gesperrt.
Verband der Tapezierer. Sektion Acher.

Die Organisation der Hausdiener in den Warenhäusern.

Der Deutsche Transportarbeiterverband, Sektion Berlin I, hatte die Hausdiener, Koffer usw. aus den Warenhäusern Berlins zu einer öffentlichen Versammlung eingeladen, die am Donnerstagnachmittag in den „Arminshallen“ stattfand. Auf der Tagesordnung stand der Bericht über die erfolgreichen Verhandlungen bei der Firma Jandorf und die Organisation in den Warenhäusern. Rettig zeigte als Referent, wie es der Organisationsvertretung nach mehreren Verhandlungen mit der Firma und nachdem man die Öffentlichkeit in Anspruch genommen hatte, gelungen war, ein befriedigendes Resultat zu erzielen. Die drei Mitglieder, deren Entlassung als eine Maßregel anzusehen war, wurden wieder eingestellt. Rettig bemerkte, daß er aus den Verhandlungen den Eindruck gewonnen hätte, als würde den einzelnen Inspektoren eine viel zu größere Machtbefugnis eingeräumt. Man könne dies im Kaufhaus des Westens besonders beobachten. Von dort kamen auch aus diesem Grunde viele Klagen der Chauffeure, die erst durch Verhandlungen beigelegt werden konnten. Die Inspektoren werden leicht anmaßend und spielen gern den großen Herren, obgleich sie oft genug aus den Streifen der Hausdiener hervorgegangen sind. Leider sind die Hausdiener selbst viel zu ängstlich und zaghaft gegenüber den Inspektoren und lassen sich zu viel gefallen. Sie fühlten sich machtlos, weil sie gewöhnlich nicht organisiert sind. In den großen Warenhäusern sieht es mit der Organisation der Angehörigen sehr wenig befriedigend aus. Unter den Hausdienern herrscht eine bellagenerwerte Gleichgültigkeit. Wenn der Verband Tarife abschließen soll, so ist dazu in erster Linie notwendig, daß diejenigen, die den Tarif wünschen, sich dem Verbands als Mitglieder anschließen und ihre Pflichten übernehmen. Man darf sich nicht allein auf die Hilfe des Publikums verlassen, sondern muß selbst die Hand ans Werk legen. In den Warenhäusern bestehen auch die gelben Vereine, die gerade zur Bekämpfung der Zentralverbände eingerichtet werden. In dem gelben Verein bei Jandorf lautet eine Bestimmung in dem zweiten Paragraphen:

„Gewerbliche Angestellte, welche einem Zentralverbande angehören, dürfen in den Verein nicht aufgenommen werden und sind dieselben bei Verhinderung ihrer Mitgliedschaft zum Verbands unter Verlust aller Rechte an den Verein sofort ausgeschlossen und vom Vorstand hierüber schriftlich in Kenntnis zu setzen.“

Beim Antritt der Stellung wird gleich die Frage vorgelegt: „Welchem Verbands gehören Sie an?“ Man hebt die Mitgliedschaft in den Zentralverbänden nicht gern, weil diese Verbände die Interessen ihrer Mitglieder mit Kraft und Nachdruck vertreten. Das sollten die Hausdiener einsehen und als Männer sich nicht bestürmen lassen, sondern es als ihr gutes Recht und als ihre Pflicht betrachten, Mitglied im Deutschen Transportarbeiterverband zu sein. — Der Redner erntete lebhaften Beifall und in der Diskussion wurden seine Ausführungen unterstützt.

Verantw. Redakt.: Richard Barth, Berlin. Inzeratenteil verantw.:

Lohnzüge in der Salauer Glashütte.

Die organisierten Glasmacher der Stralauer Glashütte beschäftigten sich in einer am Sonntag abgehaltenen Mitgliederversammlung mit den von der Firma angebotenen Lohnverflechtungen. Um diese durchzuführen zu können, ist man nicht davor zurückgeschreckt, die vereinbarten Abmachungen zu umgehen, indem man bei einzelnen Sorten Gläsern die Gewichtsskala außer acht ließ und dieselben nach eigenem Ermessen berechnete, natürlich nicht zum Vorteil der Glasmacher, welche zum Teil den Winter hindurch arbeitslos waren oder ein halbes Jahr in 3 Schichten gearbeitet haben. Zu diesem eigenartigen Sparsystem kommt noch ein zweites hinzu. Die Glasmacher erhalten einen Monatslohn. Erkrankt nun jemand längere Wochen, so wird ihm gefündigt, um dadurch die Monatslohnzahlung zu sparen. Es steht ihm jedoch frei, nach seiner Krankheit bei der Firma wieder in Arbeit zu treten. Gegen diese Maßnahmen erhoben die Mitglieder in der Versammlung energischen Protest, und es sollen schärfere Mittel angewandt werden, falls die Direktion sich nicht eines Besseren besinnt.

Folgende Resolution gelangte einstimmig zur Annahme:
Die am 27. Februar 1910 stattgefundene Mitgliederversammlung der Glasmacher verurteilt es aufs Schärfste, daß die vereinbarten Tarifsätze bei einzelnen Sorten Gläsern nicht innegehalten werden, sowie die vorgekommenen Kündigungen der Kranken. Die Versammelten verlangen von der Direktion, daß die vereinbarten Abmachungen streng eingehalten werden.

Der Kampf der Hartsteinarbeiter in Niederlehme nimmt durch die Schuld der Firma größer Dimensionen an. Am Donnerstag und Freitag versuchte man von Seiten der Direktion auf die Arbeiter des Mörtelwerkes und eines Kiesberges, beides der Firma gehörend, einen Druck dahingehend auszuüben, daß man diese Arbeiter in die Hartsteinfabrik hineinbrachte. Die Arbeiter lehnten aber dieses Anerbieten ab, und sind dadurch ebenfalls zu den Streikenden übergegangen. Jetzt versucht man auf die Arbeiter in anderen Kiesbergen einzuwirken, damit diese die Minderproduktion an Kies, Sand usw. die durch die Stilllegung des einen Berges und des Mörtelwerkes entstanden ist, durch Ueberarbeit weit machen sollen. Aber auch dieses Anerbieten dürfte von Seiten der Arbeiter abgelehnt werden, und liegt es ja an den Besitzern der einzelnen Berge, sich derartige Zumutungen von Seiten der Firma Gutmann zu verbitten, anderenfalls müssen sie mit den eventuellen dadurch heraufbeschworenen Konsequenzen rechnen. Am Montag, den 7. März, findet bei Thormann in Neue Mühle eine öffentliche Volksversammlung statt, die sich mit der Ausstandsfrage beschäftigen wird, sind doch alle in Niederlehme, Neue Mühle und Umgegend Wohnenden ganz besonders stark an dem Ausgang dieser Bewegung interessiert.

Deutsches Reich.

Der Streik der Steinbrücker in Grotzen a. Mulde dauert fort. Die Firma C. F. Leonhardt bemüht sich kräftig, die Stellen der Streikenden mit Arbeitswilligen zu besetzen und leidet ihre Arbeiter durch einseitige Darstellungen irre. In Grotzen werden ausschließlich Badungen für Margarine, Leigwaren, Seife usw., also für den Massenkonsum gemacht. Zahlreiche Konsumvereine führen diese Waren.

Eine Militärbehörde als Helfer der Innungsmeister.

In Graudenz gefällt es den Bäckermeistern nicht, daß sich die Gehilfen ihrer Organisation anschließen, und weil sie die Gehilfen durch ihre Ueberredungskünste nicht davon abbringen konnten, versuchten sie durch die Militärbehörde einen Druck auf den Wirt des Versammlungslokales auszuüben. Bei dem Kommandeur der Festung denunzierten die Jünger den Lokalhaber und erreichten auch, daß von dieser Stelle nachstehendes Schreiben an den Wirt gerichtet wurde:

„Es ist hier zur Anzeige gelangt, daß in Ihrem Lokal der Verein sozialdemokratischer Bäckergehilfen seine Versammlungen abhält.“

Da in Ihrem Lokal auch Soldaten der Garnison verkehren, so ersucht Sie die Kommandantur, bevor weiteres veranlaßt wird, zur Ausrückung, ob Sie gewillt sind, dem vorgenannten Verein auch weiterhin den Besuch Ihres Lokals zu gestatten. — Sollte bis zum 25. d. M. eine befriedigende Antwort nicht eingegangen sein, so nimmt die Kommandantur an, daß Sie Ihr Lokal auch fernerhin den Sozialdemokraten zur Verfügung stellen und wird daraufhin Ihre Maßnahmen treffen.

R a t h e y, Generalleutnant und Kommandant.“

Freies Geleit für Streikverbrecher.

Ende vorigen Jahres berichteten wir über die Ausweisung von drei in der Holzfabrik Warendorf in Striegau beschäftigten tschechischen Arbeitern, weil sie Mitglieder des Brauereiarbeiterverbandes geworden waren und sich an einer Lohnbewegung beteiligt hatten. Während der Frühstückspause wurden sie von drei Polizisten, begleitet von Polizeihunden, abgeholt und nach einem Verhör auf der Polizeiwache auszuweisen. Korbdürstig gekleidet und hungrig wurden sie über die Grenze geschafft, wo sie in Ziegenhals auf Stroch übernachteten und ein anderer Morgen im tiefsten Schnee eine Stunde Wegs marschieren mußten, zur Uebergabe an die österreichische Behörde. Jetzt hat sich der so schon schwer Gestrafte auch noch die Staatsanwaltschaft angenommen. Zwei der Ausgewiesenen haben Klagezustellung erhalten, sie sollen sich am 9. März vor dem Schöffengericht in Striegau wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung verantworten, da sie hinreichend verdächtig erscheinen, „zu Striegau im Monat November 1909 durch forgesetzte Handlungen andere durch Drohungen und Erverletzungen zum Beitritt zu einer Organisation behufs Erlangung günstiger Lohnverhältnisse zu bestimmen versucht haben“.

Als Zeugen fungieren unter anderem der Holzmeister und der Fabrikbesitzer. Gleichzeitig wird den Angeklagten mitgeteilt, daß ihnen zum Zwecke des Erscheinens zu dem Termin freies Geleit gewährt wird, unter der Bedingung, daß sie eine bestimmte Route einhalten, nicht vor dem Tage des Termins das preussische Staatsgebiet betreten und dasselbe vor Ablauf des Termins verlassen. Das freie Geleit erlischt, wenn auf Freiheitsstrafe erkannt wird oder die Angeklagten Anstalten zur Flucht treffen oder obige Bedingungen nicht einhalten.

Der Arm preussischer Gerechtigkeit reicht weit, er langt nach dem Streikverbrecher bis in das Ausland. Aber die Justiz ist doch auch vornehm und rücksichtsvoll: sie sichert dem Missetäter freies Geleit zur Rückstätte und freien Abzug nach seiner Heimat im Auslande zu. Und wenn sie kommen und von Schuld und Vergehen freigesprochen werden, dann werden sie unter Eskorte von Polizeibeamten und Polizeihunden psalmensingend nach ihrer Heimat wallfahren und preussische Gerichtsbarkeit laut preisen. Wenn sie aber verurteilt werden... Na, sie werden schon nicht verurteilt werden.

Zum Buchbinderstreik in Plauen i. V.

Von Hamburg und Berlin waren den Buchbindermeistern durch Agenten je eine Kolonne Streikbrecher zugeführt worden, die aus Elementen bestanden, die wirklich eine Gefahr für die Bewohner der Stadt bildeten. Verschiedentlich ist es auch schon zu Erzeissen zwischen Streikbrechern und Einwohnern der Stadt gekommen. Als ein dritter Transport Streikbrecher aus Hamburg ankam, legte sich die Polizei ins Mittel. Sie richtete an die Prinzipale das Ersuchen, diese Elemente nicht erst in Arbeit zu nehmen. Die

Firma Thof u. Gushurst, die bereits 15 Hamburger beschäftigt, kam dem Verlangen der Polizei nach, machte aber die Rechnung ohne die Streikbrecher. Diese, 17 Mann stark, verklagten die Firma beim Gewerbegericht, wo es am Donnerstag zu einem Vergleich kam. Herr Thof als Beklagter erklärte sich bereit, pro Mann 24 M. und 8 M. Jahrgeld nach Berlin zu zahlen. Er fühlte sich eigentlich überhaupt nicht als Beklagter, er habe diese 17 Mann gar nicht in Arbeit genommen, weil sie keine geübten Arbeiter seien, rechtlich sei die Firma Walter Müller-Bandsbed zu verklagen. Er mache den Vergleichsvorschlag nur deshalb, weil den Fabrikanten von der Stadt Plauen nahegelegt worden sei, keine weiteren fremden Arbeiter einzustellen, um den allabendlich stattfindenden Aufruf zu vermeiden. Die Arbeitswilligen nahmen den Vergleichsvorschlag an, und 510 M. waren für die lieben Arbeitswilligen zum Fenster hinausgeworfen.

Nach diesen bösen Erfahrungen suchen die Fabrikanten durch Annoncen in allen Gegenden nur noch geübte Arbeiter, Buchbinder und Kartonnagenarbeiter.

Buchbinder, Kartonnagen- und andere Arbeiter, meidet Plauen i. V.

200 Lederarbeiter der Badischen Lederwerke in Karlsruhe und Zeuthen haben den bisherigen Tarif gekündigt. Sie verlangen Verkürzung der Arbeitszeit und entsprechende Lohnerhöhung, sowie Gewährung von Urlaub.

Ausland.

Drohender Bergarbeiterstreik.

London, 28. Februar 1910. Die Situation in der Bergwerksindustrie in Südwales ist sehr kritisch; ein Streik der 200 000 Bergarbeiter scheint unvermeidlich. Der Bergarbeiterverband Südwales kündigte am 1. Januar den Lohnvertrag, da der Kontrakt zu einer richterlichen Entscheidung Anlaß gegeben, gemäß der die Arbeiter gezwungen werden konnten, die in dem achtstündigen vorgesehene 80 Ueberstunden im Jahre einzuhalten. Am Ende des Monats März läuft der Lohnvertrag ab und mit ihm kommt auch der Arbeitsvertrag zu Ende. Die Verhandlungen, die über einen neuen Kontrakt zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern gepflogen worden sind, haben bis jetzt noch kein Resultat gezeigt. Auf der am letzten Sonnabend zwischen den Parteien stattgefundenen Konferenz konnte man sich nicht einmal über die Grundlagen der Verhandlungen einigen; die Parteien weigerten sich einfach, gewisse von der Gegenpartei zur Diskussion gestellte Fragen anzuschneiden. Man ging auseinander, ohne etwas berichtet zu haben. Zwar sind die Prüden noch nicht abgebrochen, aber eine friedliche Beilegung des Streiks ist jetzt ohne das Eingreifen eines augenstehenden Faktors kaum denkbar.

Die Hauptpunkte, um die es sich augenblicklich handelt, sind die Festsetzung des Minimallohnes und des dem Minimallohn entsprechenden Verkaufspreises der Kohle und die Festsetzung der Löhne fahler Bergarbeiter, die an schlechten Klagen arbeiten. Die Frage der 80 Stunden Ueberzeit im Jahre ist noch gar nicht aufs Tapet gekommen. Zwischen dem Minimallohn, den die Bergarbeiter verlangen, und dem die Kohlebesitzer geben wollen, besteht ein großer Unterschied. Die ersteren verlangen 40 Proz. über der Lohnbasis des Jahres 1879, die letzteren wollen 20 Proz. geben. Dieser Minimallohn ist nicht der mit den Kohlenpreisen fluktuierende kontraktlich abgemachte Lohn, den die Engländer auch Minimallohn nennen, sondern der unverkündbare Lohn, den jeder Bauer verdienen muß. Worauf es den südwalisischen Kohlebesitzern aber tatsächlich ankommt, ist nicht die absolute Höhe des Minimallohns, sondern die Höhe des Verkaufspreises der Kohle, wie er im Tarifvertrag als dem Minimallohn entsprechend angegeben ist. Je höher dieser Verkaufspreis angelegt ist, um so vorteilhafter ist es für den Unternehmer, denn um so weniger steht er sich der Gefahr aus, wegen steigender Kohlenpreise Lohnerhöhungen gewähren zu müssen. Die Festsetzung eines hohen Verkaufspreises als Äquivalent für einen scheinbar hohen Minimallohn kommt der Festsetzung eines in Wirklichkeit niedrigen Minimallohnes gleich. Es wäre daher zwecklos für die Arbeiter, einen hohen Verkaufspreis als Äquivalent für den von ihnen geforderten neuen Minimallohn anzunehmen. Augenblicklich steht der Minimallohn in Wales auf 30 Proz. über der Lohnbasis des Jahres 1879. Das ist aber nur das Existenzminimum; der eigentliche Lohnsatz ist höher. Ein Minimallohn von 40 Proz. bei hohem Verkaufspreisäquivalent würde an den bestehenden Lohnverhältnissen wenig ändern, würde aber die Lohnrate vielleicht auf Jahre hinaus immer auf dem Existenzminimum halten. Die Festsetzung des dem Minimallohn entsprechenden Verkaufspreises der Kohle ist mithin ein ungemein wichtiger Punkt.

Nächste Woche wird wieder eine Spezialkonferenz der Bergarbeiterföderation Großbritannien stattfinden. Die Südwalisischen haben die Einberufung derselben verlangt und wünschen, daß sie der Gesamtheit dieses Mal wieder in derselben Weise unterstützen wie im vergangenen Jahre, als die Föderation mit dem allgemeinen Streik der britischen Bergarbeiter drohte. Die Arbeitgeber sollen fest entschlossen sein, diesmal nicht nachzugeben. Auf dem Kohlenmarkt zu Cardiff herrscht eine sehr pessimistische Stimmung.

Ein „Aufruhr“-Prozess in Pennsylvania. Nach einer Meldung aus Philadelphia hat die Große Anlagengericht den Präsidenten der Zentralvereinigung der Arbeiterorganisationen Murphy und den Arbeiterführer Pratt wegen Anstiftung zum Aufruhr in den Anlagen zu verurteilt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Färberausrüstung im Wuppertal.

Köln, 4. März. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Färberausrüstung in den Wuppertaler Textilbetrieben droht einen verhängnisvollen Umfang anzunehmen. Der Fabrikantenverband für Bandstuhlartikel hat beschlossen, zur Unterstützung der Färberei- und Bleichereibesitzer die Bandfabriken zu schließen. Infolgedessen haben zahlreiche größere Betriebe in Bändern, Kordeln und Litzen einem Drittel der sämtlichen Arbeiter mitgeteilt, daß die Kündigung, soweit sie bisher bestand, von jetzt ab aufgehoben sei. Der Arbeitsmangel in den Riemenbereiherien dürfte die Fabrikanten schon zur Stilllegung der Betriebe zwingen.

Vergemannlos.

Zeuthen, 4. März. (B. L. B.) Auf der Reuhsgrube geriet der Vergemann Trimbakowski zwischen den Förderer und die Schachtwand und wurde buchstäblich totgequetscht.

Oxyer seines Berufs.

Czernewitz, 4. März. (B. L. B.) Der Kommerzfänger der Wiener Post Leopold Demuth ist heute Abend während eines hier gegebenen Konzerts infolge eines Schlaganfalls plötzlich gestorben.

Beigelegter Konflikt.

Paris, 4. März. (B. L. B.) Die Wünsche der Lokomotivführer und Heizer der Staatsbahnen sind erfüllt worden. Der Konflikt ist damit beigelegt.

118 Tote.

Everett (Washington), 4. März. (B. L. B.) Die Zahl der durch den Lawensturz in dem Eisenbahnzuge getöteten Personen wird jetzt auf 118 angegeben; darunter befinden sich 84 Passagiere. Raul Singer & Co., Berlin SW. Die 4 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Blode, Berlin. Druck u. Verlag: Vormärts-Buchdr. u. Verlagsanstalt

Reichstag.

48. Sitzung Freitag, den 4. März, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Dr. Delbrück.

Auf der Tagesordnung steht zunächst ein schleuniger Antrag (Soz.): daß in der gegen ihn bei der Strafkammer in Offenburg (Baden) anhängigen Privatklage Seubert gegen Wed und Haberer verhandelt werden kann.

Der Antrag wird ohne Debatte der Geschäftsordnungskommission überwiesen.

Dann wird die Beratung des Etats für das Reichsamt des Innern beim Kapitel

„Gesundheitsamt“

fortgesetzt.

Abg. Reuner (natl.) regt die reichsgesetzliche Regelung des Apothekenwesens an. Auch das Abbedereiwesen bedürfte dringend einer endgültigen Regelung.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Der Entwurf des Apothekengesetzes ist seinerzeit veröffentlicht worden; das aus der Diskussion hervorgegangene Material wird gegenwärtig noch bearbeitet. Das Abbedereiwesen kann nicht verabschiedet werden, ohne daß die mit der Abbederei verbundenen Privilegien abgelöst werden — eine Frage, die noch ernstlicher Prüfung bedarf.

Abg. Brähne (Soz.):

Die Unfallberufsgenossenschaften zahlen heute keine Prämie aus, wenn der Arbeiter sich einen Leistenbruch im Betriebe zuzieht. Es sollte doch vom Reichsamt des Innern bewirkt werden, daß die Unfallberufsgenossenschaften auch in solchen Fällen eine Rente zahlen; sie sind wirklich nicht so schlecht in finanzieller Beziehung gestellt und könnten diese Renten unter allen Umständen zahlen. (Sehr richtig! b. d. Sozialdemokraten.)

Sehr wird gegen

die Gesundheit der jugendlichen Arbeiter

gesundigt. Das beweisen die Berichte der Fabrikspektoren. Wenn wir diese Berichte lesen, müssen wir uns die Frage vorlegen: Wie ist es denn denkbar, daß wir heute in Deutschland noch solche Zustände haben, die geeignet sind, die Gesundheit des Kindes völlig zu ruinieren? Im Bezirk Arnberg erhielt ein Knabe, der noch nicht 10 Jahre alt war, nach Beendigung einer dreiwöchentlichen Arbeitszeit in der Zigarrenindustrie — er mußte täglich 10 Stunden arbeiten — insgesamt 3,80 M. ausgezahlt! (Hört! hört! b. d. Soz.) Das ist 2 Pf. pro Stunde. (Erneutes Hört! hört! b. d. Soz.) Für einen derartigen Preis wird die Gesundheit des Kindes untergraben. Um wenig auszugeben, schindet man das Kind.

Die Zustände in den Fabriken und besonders in der Heimarbeit der Tabakindustrie sind geradezu entsetzlich. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die neuen Steuern werden auch nicht dazu beitragen, die Verhältnisse zu bessern. Eher wird das Gegenteil der Fall sein. Gewissenlose Fabrikanten werden alles versuchen, die Steuer, die sie zahlen müssen, zum Teil aus den Kindern herauszuschlagen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Ein Fall aus Erfurt, der beweist, in welcher Weise gegen die Gesundheit und das Leben der Arbeiter verfahren wird: Zwei Fabrikarbeiterinnen waren in einem Sortierraum beschäftigt. Der Eingang zu diesem Raum war vollständig mit Holz verhängt. Ein Fabrikspektor mußte selbst zusehen, daß im Falle des Ausbruchs eines Brandes die beiden Arbeiterinnen rettungslos verloren gewesen wären! (Hört! hört! b. d. Sozialdemokraten.)

Sehr traurig ist es auch im Bezirk Minden mit der Heimarbeit in der Tabakindustrie befaßt. Ein Gewerkspektor stellte fest, daß von 277 Kindern, die in dieser Industrie dort beschäftigt werden, nicht weniger als 153 unter 10 Jahre alt sind! Ein Knabe zählt

nicht einmal 6 Jahre und muß 8 Stunden täglich arbeiten!

Ein zehnjähriger Knabe verdient

pro Stunde 1,4 Pfennig.

(Hört! hört! b. d. Soz.) Zwei Fabrikanten wurden auch wegen dieser Ausbeutung der Kinder angefaßt. Der eine erhielt eine „Strafe“ von 3 M., der andere eine solche von 6 M. (Lebhaftes Hört! hört! b. d. Soz.) Derartig geringfügige Strafen für Leute, die die Kinder schinden! (Sehr wahr! b. d. Soz.) Da wären bedeutend schärferen Strafen am Platze. Die Gesundheit der Kinder wird durch diese Ausbeutung geradezu ruiniert.

Ein anderer Fall: Zwei noch nicht 10 Jahre alte Kinder arbeiten täglich 7 Stunden und verdienen 60 Pf. In einer anderen

Kleines feuilleton.

„Nochmals der Flora-Streit“. In dieser Angelegenheit schreibt uns unser Korrespondent M. Beer aus London: Am 25. Februar besuchte ich Mr. Coofsey in Southampton und las ihm Herrn Dr. Vosses Aufschrift an die „Vossische Zeitung“ vor. Coofsey gab mir auf Dr. Vosses Erklärungen folgendes zur Antwort: „1. Beim Besuch Vosses und Gretors in Southampton habe ich mich Ihnen nicht als Lucas vorgestellt; ich sagte Ihnen vielmehr: „I am here on Mr. Lucas' authority“ (Ich bin von Mr. Lucas ermächtigt). Voss hätte vorher seine Karte abgeben lassen; ich war gerade bei Lucas, worauf mich dieser ersuchte, den Besuchern zu erklären, daß er sie nicht empfangen könnte. Gretor wollte seinen Namen nicht angeben und ich erfuhr ihn erst, als ich einem meiner Londoner Freunde die Besucher beschrieb. Ich habe selbstredend den Besuchern meinen Namen vorerst verweigert, da dies zur Sache gar nicht gehörte. 2. Ich habe keine besonderen Beglaubigungsschreiben des deutschen Kaisers und des deutschen Votschafters gefordert. Erst als Gretor ausgerufen hatte: „Ich bin der deutsche Kaiser, der deutsche Votschafter, der Dr. Voss!“, da sagte ich ironisch: Da hätten Sie sich ja leicht hohe erodentials (Beglaubigungsschreiben) beschaffen können. 3. Das schändlichste, das mir Dr. Voss in die Schuhe schiebt, ist seine Anschuldigung, daß ich „ein Feind der Deutschen“ sei und daß ich „die erwartete Belohnung für die von mir veranstaltete Fälschung deutscher Seeleute durch Southampton“ nicht erhalten habe. Diese ganze Anschuldigung konnte kein gebildeter Mensch schreiben und ich zweifle sehr, ob sie wirklich von Dr. Voss kommt. Ich bin vielmehr ein Bewunderer Deutschlands und ich habe über meine Reisen in Deutschland äußerst günstig in der Presse berichtet. Beim Besuch der Mannschaften der torischen Yacht „Hohenjoller“, des Kreuzers „Königsberg“ und des Torpedobootes „Sleipner“ im Dezember 1907 in Southampton haben die Bürger der Stadt sie eingeladen und bewirtet, wobei ich als Vorsitzender des Komitees das meiste getan habe, den Gästen den Aufenthalt in der Stadt so angenehm als möglich zu machen, aber keiner von uns hat auf irgend welche Belohnung geteilt. Wir haben Gastsfreundschaft gelebt, ebenso wie Hamburg, Bremen oder eine andere deutsche Hafenstadt sie englischen Seeleuten gegenüber üben würde. Ich habe sogar beim Komitee durchgesetzt, daß die Stadt dem Kaiser ein Einladungsschreiben zugehen ließ.“

Eigener auf der Wanderung. Die Wandernatur der Eigener hat seit ihrem Auftreten im Beginn des 15. Jahrhunderts in Europa nicht nachgelassen; das weite Gebiet vom nordwestlichen Indien bis nach Norwegen, welches sie längst durchzogen, hat ihnen nicht mehr genügt, und nun ist die westliche Erdhälfte auch schon zum Schauplatz ihrer Wanderzüge geworden, wodurch abermals bestätigt wird, wie ihre Rassenanlage die Sehaftigkeit trotz aller wohlwollenden Versuche ausschließt, sie dabei aber, gleichviel in welchem Lande sie auch leben, ihre heimische Sprache beibehalten.

Verstatt wurde ein 6jähriges Kind angestellt, das bei 4stündiger Vormittagsarbeit täglich 5 Pf. verdiente. (Hört! hört! b. d. Soz.) Betriebe, die nur aufrecht erhalten werden können durch eine derartige Ausbeutung von Kindern, sollten lieber vom Erdboden verschwinden (Sehr wahr! b. d. Soz.); sie bieten ja auch den anderen Fabrikanten die schärfste Konkurrenz und auch für die übrigen Arbeiter bewirken sie starken Lohndruck. (Sehr richtig! b. d. Sozialdemokraten.)

die Bäckereiverordnung

ist mehrfach gesprochen worden, und manche Bäckermeister wünschen ihre Abschaffung. Die Mehrheit des Reichstages wird darauf aber wohl nicht eingehen. Wie man mit Lehrlingen in Bäckereien umgeht, zeigt u. a. der Bericht des Fabrikspektors aus Potsdam. Er fand einen

Lehrling von 14 Jahren,

der von 10 Uhr abends bis 6 Uhr nachmittags, also 18 Stunden in einer Tour beschäftigt war! (Hört! hört! b. d. Soz.) Ein 13jähriger Lehrling war drei Tage in der Woche 17 1/2 Stunden beschäftigt! Wo bleibt da die Bäckereiverordnung? Gewiß kann die Polizei nicht überall sein, aber die Handwerker selbst sollten doch dafür sorgen, daß die Bestimmungen besser durchgeführt werden. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Der letzt erwähnte Bäckermeister wurde ja schließlich mit einer Geldstrafe von 60 M. belegt, aber wer in so mörderischer Weise mit der Gesundheit der Lehrlinge umgeht, den müßte eine weit strengere Strafe treffen, und dann müßte solchen Meistern das Recht der Lehrlingsausbildung entzogen werden. (Sehr wahr! b. d. Sozialdemokraten.)

In den Ziegeleibetrieben

sind 1647 Kinder beschäftigt, davon 761 mit einer ungesetzlichen Arbeitszeit. (Hört! hört! b. d. Soz.) In zwei Ziegeleien wurden wieder von dem Fabrikspektor Schlafräume für Arbeiterinnen angetroffen, in welche man nur durch die Schlafräume der Männer gelangen konnte. Es waren erst polizeiliche Strafverfügungen nötig, um das abzuändern. Der Fabrikspektor von Potsdam stellte in einer Ziegelei fest, daß ein Kind für das Aufstellen von 1000 Backsteinen mit 5 Pf. entlohnt wurde! (Hört! hört! b. d. Soz.)

Noch einige Worte über

unsere Fürsorgeerziehungsanstalten.

Sie alle wissen ja von den haarsträubenden Vorgängen, die in den letzten Jahren aus solchen Anstalten bekannt wurden. Die grauenvollen Enthüllungen aus der Wlohmehrsen Wilsnis sind noch in aller Gedächtnis. Als im „Vorwärts“ der erste Artikel über die Vorgänge in Kielgryn erschien, hielt man es für ganz unmöglich, und doch bestätigte sich alles. Man sollte doch meinen, daß nach diesen Enthüllungen die Leiter solcher Anstalten darauf bringen würden, daß derartige Dinge nicht mehr vorkommen. Statt dessen scheint es, daß diese norddeutschen Verhältnisse sogar nach dem Süden übergreifen. (Rufe rechts: Gesundheitsamt!) Wohin soll denn die Fürsorgeerziehung gehören, wenn nicht zum Gesundheitsamt? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In Darmstadt fand kürzlich ein Prozeß gegen einen Mann statt, der seinen Sohn entführt haben sollte, und der Leiter der Anstalt mußte vor Gericht gehen, daß ein 14jähriger Junge, weil er eine Zahnbürste in die Jauchegrube werfen hatte, mit einem Strid um den Leib in diese Jauchegrube gestochen wurde, um die Zahnbürste herauszuholen! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist eine unerhörte Unmenschlichkeit!

Vor 14 Tagen hat die Elberfelder „Freie Presse“ über eine neue Fürsorgeerziehung in der

Handwerkerbildungsanstalt zu Gmünd

berichtet, wo die Knaben in himmelschreiender Weise geprügelt werden. Die Knaben werden dort am Tisch mit Striden festgebunden, so daß sie sich nicht bewegen können, und bekommen dann bis zu 150 Schlägen!

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die christliche Hausmutter scheint in dieser Bestialität eine gottgewollte Wohltat zu sehen, wenigstens sagte sie zu einem Dienstmädchen, das den Knaben nicht ertragen konnte und weinte: „Sie weinen noch darüber? Ich könnte selbst zuschlagen, bis das Blut spritzt.“ Ich habe für solche Bestialität keinen parlamentarischen Ausdruck. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Unsere Behörden sollten doch alles daransetzen, daß derartige Zustände beseitigt werden. Im Landtag hat der preussische Minister des Innern ja auch Hilfe versprochen, und ich habe nur den Wunsch, daß dieses Versprechen auch gehalten wird. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Ein belangerreiches Beispiel einer Zigeunerwanderung in Amerika bringt der „Globe“ nach dem Journal der englischen Zigeunergesellschaft. Dort wird berichtet, daß im August 1908 plötzlich in Boston eine 300 Köpfe starke Zigeunerbande auftauchte, die neben ihrer eigenen Komprache etwas Portugiesisch und wenig Englisch sprach. Längst wissen wir, daß die Wanderzüge der Zigeuner nach den Fremdwörtern und Sprachbroden konstruiert werden können, die sie auf ihren Kreuz- und Querfahrten angenommen haben. Woher nun das Portugiesisch bei jenen Bostoner Zigeunern? In Portugal, das konnte festgestellt werden, waren sie nicht gewesen. Da ergab sich denn als Quelle Brasilien.

Ursprünglich aus Rußland und Serbien stammend, wie der slawische Teil ihrer Sprache bewies, war die Bande nach Brasilien geraten, wo sie einige Jahre blieb, dann nach Mexiko fuhr und, dieses auf dem Landwege durchziehend, nach den Vereinigten Staaten kam und auf dem weiten Wege über Chicago nach Boston. So vieler Herren Länder sie auch durchzogen hatten, sie waren echte Zigeuner geblieben, und die Schilderungen, welche der amerikanische Beobachter M. MacLeod von ihnen entwirft, erinnern vollständig an das, was wir von unseren umherziehenden Zigeunerbanden wissen. Er schildert ihr Zeltlager vor der Stadt, die mit kleinen Pferden bespannten Wagen, die zudringlichen, schmutzigen Weiber, deren Wahrsagekünste, aufgeputzte Kleidung mit Gehängen aus brasilianischen Münzen, ihre Gefänge und Musikinstrumente und schließlich das Eingreifen der Polizei gegen die lästigen Fremdlinge.

Rußland.

In der Oper zu Monte Carlo vollzog sich dieser Tage wie alljährlich um diese Jahreszeit wieder einmal ein künstlerisches Ereignis ersten Ranges: die Uraufführung des neuesten Opernwerkes Masseneis, der wie so viele seiner komponierenden Landsleute keine Altersverfälschung zu kennen scheint. Zeigt doch die Partitur zu seinem „Don Quichote“, einer fünfaktigen Oper, deren Libretto Henri Cain nach einem heroischen Schauspiel von Le Corrain frei gestaltet hat, eine geradezu erstaunliche melodische Feinheit und ein schwungvolles Temperament von glühender Intensität, wenn auch freilich ein direkter innerer Entwidlungsfortschritt nach den früheren Werken, besonders nach seinen reifsten Opern „Ranon“ und „Berther“ nicht zu spüren ist. Die eigentliche tragikomische Rolle der „Don Quichote“-Tragödie bemüht sich Raffinet kaum in seiner Rußland deutlich anzudeuten; er begnügt sich vielmehr damit, das spanische Milieu durch reichliche Einstreunung von Volkstänzen in großen Strichen zu kennzeichnen und er hebt an der Don Quichote-Figur lediglich äußerlich das Heldische und zugleich das Sentimental-Grotische hervor, aber doch in ziemlich äußerlicher Weise. Einzig den Charakter der fiktiven Dulcinea malt die Rußland mit etwas innerlicherem Anteil. Von einer fortlaufenden Handlung ist in der Oper im Grunde nicht die Rede. Wir sehen den Ritter von der traurigen

Präsident des Reichsgesundheitsamtes Dr. Baum: Die Fürsorgeerziehungsanstalten unterliegen der Aufsicht der Landesbehörden. Auch auf die Verhältnisse in den Gewerbebetrieben gehe ich aus dem gleichen Grunde nicht ein. Herr Lehmann hat gestern die Bleivergiftungen zur Sprache gebracht. Aber aus seinen eigenen Ausführungen geht hervor, daß die Bundesratsverordnung ganz gut ist; wenn vereinzelte Verstöße gegen die Verordnung vorkommen, so ist das gewiß bedauerlich. Gemindert habe ich mich, daß Herr Lehmann fragte, wo das Merkblatt des Reichsgesundheitsamtes über Bleivergiftungen sei; wir geben das Merkblatt auf Wunsch stets unentgeltlich ab. Weiter behauptete Herr Lehmann, daß das Bleiweiß entbehrlich sei. Ich mache ihn auf den Bericht der holländischen Untersuchungskommission hierüber aufmerksam, wonach Bleiweiß kein voller Erfolg für Bleiweiß ist. Es ist kein Grund abzugeben, warum man jetzt schon zu einem absoluten Verbot des Bleiweißes übergehen soll. Ein solches Verbot würde die deutsche Industrie und Tausende von Arbeitern schwer schädigen. Durch energische Durchführung der Bundesratsverordnung wird es möglich sein, den Prozentjah der Erkrankungen stark herabzubringen. Beschwerden über die Handhabung der Verordnung bringt Abg. Lehmann am besten bei den zuständigen Landesbehörden vor.

Abg. Dr. Leonhart (fr. Sp.)

Begründet und empfiehlt die freijährige Resolution, welche die Vereinfachung von Reichsmitteln zur Erforschung und Bekämpfung des Alkoholismus

fordert. Redner weist auf den Vorgang bei der Reichsfinanzreform hin, wo ein Antrag der Linken auf Verwendung eines Prozents der Erträge der Branntweinsteuer zur Bekämpfung des Alkoholismus von der Steuermehrheit abgelehnt wurde, obwohl auch die Reichsregierung im Prinzip die Notwendigkeit der Bekämpfung des Alkoholismus anerkannt. Der Einwand, der damals vom Bundesratsrat erhoben wurde, daß die Bekämpfung des Alkoholismus keine Reichssache sei, müsse als hinlänglich zurückgewiesen werden. Redner erkennt an, daß der Branntweinböhler der Sozialdemokratie bedeutende und segensreiche Folgen gezeitigt habe und lobt die Tätigkeit des Vereins gegen Mißbrauch geistiger Getränke und des Frauenkreuzes sowie den Antialkoholrat des preussischen Eisenbahnministers. Aber gegen ein Reichsrußlandsgesetz müsse protestiert werden. Ein solches würde nur zu neuen polizeilichen Schikanen führen. (Lebhafter Beifall links.)

Staatssekretär Delbrück:

Darüber, daß die Bekämpfung des Alkoholismus notwendig und wünschenswert ist, wird im ganzen Hause keine Meinungsverschiedenheit herrschen. (Allgemeine Zustimmung.) Es fragt sich aber, ob der vom Redner vorgeschlagene Weg der richtige ist. Ich möchte das stark bezweifeln. (Zustimmung rechts.) Am besten wird der Alkoholismus durch das gute Beispiel der älteren Arbeiter, Meister usw. bekämpft. Von einer — zudem sehr schwierigen — Reichsstatistik über den Alkoholismus verziehe ich mir sehr wenig. (Lebhafter Zustimmung rechts.) Was das Reichsamt durch Aufklärung, Unterstützung temperenzlerischer Bestrebungen usw. zur Bekämpfung des Alkoholismus tun kann, wird gefehlen.

Abg. Drejski (Pole) lenkt die Aufmerksamkeit auf

die Wurmkrankheit

im Ruhrgebiet, die, nachdem ein paar Jahre von ihr in der Öffentlichkeit und im Parlament wenig die Rede gewesen ist, sich neuerdings wieder in erschreckender Weise ausgebreitet habe. Es ist sehr zu bezweifeln, ob die Bekämpfung dieser unheimlichen Geißel des Bergmanns in dem notwendigen Umfang und mit der gebotenen Umsicht erfolgt sei.

Keinwegs wird ein solcher Raubbau an der Arbeitskraft getrieben wie in den Hütten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Um so dringender ist zu verlangen, daß die bestehenden Bestimmungen gerade in den Hütten mit aller Strenge angewandt und, wenn sie sich als ungenügend erweisen, durch neue ergänzt werden. Leider haben die Ärzte in den ober-schlesischen Bergwerksgenden das Vertrauen der Arbeiter vielfach verwirrt, weil sie nur zu oft in parteilicher Weise das Interesse der Betriebsverwaltungen wahrnehmen. Die freie Arztwahl wird dort mit der Notwendigkeit bekämpft, daß nach ihrer Einführung die polnischen Ärzte zu großen Zulauf haben würden! (Hört! hört! bei den Polen.) Die Beschäftigung von Frauen und Mädchen in den Bergwerken zeitigt häufig sehr unerfreuliche Erscheinungen auf sittlichem Gebiete. Dem Verlangen der Bergbarone nach Durchbrechung der Schutzvorschriften durch Ausnahmbestimmungen muß entschieden entgegengetreten werden. (Bravo! bei den Polen.)

Abg. v. Treuenfels (l.) befürwortet eine Resolution, die einen Gesetzentwurf gegen den Mißbrauch narotischer Arzneimittel ver-

gestalt um der verzweifeltsten, unerwidert bleibenden Liebe zu Dulcinea willen etliche groteske Abenteuer bestehen, darunter ein von Le Corrain frei erfundenes Renkontre mit Banditen, denen der Ritter solche Ehrfurcht einflößt, daß sie ihm freiwillig ein von ihnen geraubtes Halsband der Dulcinea wiedergeben. Wir sehen Don Quichote zuletzt in einer wilden Felschlucht einen verzweigten Märtyrertod sterben. Die Tiefe, die Legebuch und Muff vermissen lassen, wußte die ganz einzig dastehende Darstellungskunst des russischen Korymben oder auch tiefen Koffisten Chalapine — er ist ein Hüne von Gestalt — in das Werk hineinzutragen und diesem Künstler verdanken wir den eigentlichen Genuß an Masseneis' neuester Oper, die nicht geeignet ist, den Ruhmestitel des Komponisten zu vermehren, wenn auch die Rußland, wie nochmals hervorgehoben werden muß, absolut noch kein greisenhaftes Nachlassen der Kraft verrät. Ganz meisterlich war die Aufführung und Inszenierung unter Leitung des Direktors Raoul Gunsbourg. es.

Humor und Satire.

Strahenträuer.

Was gleich, geheim, direkt und allgemein! Was fällt dem Preußenvolk für Zeug denn ein? Und obendrein das Recht auf unsere Strafe! Das ist direkt gemein im höchsten Maße.

Denn unser sind die Strahlen alle seit der guten alten Ritterakademie, schon damals durften öffentlich wir plündern — das Recht der Strafe sollt ihr uns nicht mindern!

Das Wahlrecht, das wir einstens ausgehebt, nicht gleich, nicht allgemein und nicht direkt, dies Wahlrecht ändern wir dem Volk mit nichten — nur auf die Heimlichkeit kann man verzichten.

Auch das nur halb, und nur soweit als ihr die öffentliche Wahl genau wie wir benutzt, die Wählerkraft zu kontrollieren (denn schamlos pflegt ihr zu terrorisieren).

Und wolt ihr, daß direkt, gleich, allgemein in Preußen dennoch etwas solle sein: auf unsrer Strafe lassen wir mit Säbeln gleich allgemein und direkt euch vernöbeln.

Franz.

Notizen.

Zur Beobachtung des Halleyschen Kometen wird sich der bekannte Astronom am Pariser Observatorium, Niestart, demnächst nach dem Pic de Teneriffa begeben. Er wird dort während zweier Monate in dem 2400 Meter hoch gelegenen meteorologischen Institut des Pic de Teneriffa den Halleyschen Kometen beobachten.

langt, die auf dem Wege des sogenannten Großhandels vielfach in die Hände unbefugter Personen gelangen und dem Morphiumismus, Kokainismus usw. zu einer höchst verderblichen Verbreitung verholfen haben.

Präsident des Reichsgesundheitsamtes Dr. Bumm: Es bestehen bereits Bestimmungen gegen die Abgabe von Narcotica; auch die Großhändler dürfen sie nur an zuverlässige Personen abgeben. Hebräisch ist eine Revision der kaiserlichen Verordnung vom Oktober 1901 im Gange, und dabei wird geprüft, ob die bestehenden Vorschriften vielleicht noch verschärft werden sollen.

Dem Abg. Dreßler bemerkt ich, daß von einer stärkeren Ausbreitung der Wundkrankheit, deren Bekämpfung übrigens Sache der Landesregierungen ist, nichts bekannt ist.

Abg. Dr. Burckhardt (wirtsch. Bg.): Herr Brühne hat über die Kinderabschreibung gellacht. Aber wir können doch nichts für Uebertragungen der Geleite, und wenn solche Uebertragungen nur mit 3 M. Geldstrafe belegt werden, so ist es sehr bedauerlich, daß ein Amtsrichter so geringes soziales Empfinden haben kann. Unser Weigeley ist scharf genug. Wenn die Sozialdemokraten konsequent wären, würden sie den Vorwärts schließen (Weiterleit), denn die Erber arbeiten auch mit Blei und ziehen sich auch Bleistrahlen zu. Das Weigeley kann keineswegs entbehrt werden, das kann Herr Lehmann jeder Malermeister sagen.

Hierauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen angenommen.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (fr. Bp.) (persönlich): Wir bedauern, daß wir eine Reihe für die Öffentlichkeit wichtiger Fragen, wie Impfung, Kurpfuscherei und andere nicht mehr zur Sprache bringen können. (Oh! oh! rechts.) Der vorzeitige Debatteenschluß ist die Folge davon, daß Sie (nach rechts) hier tagelang nur persönliche Zänkereien vorgebracht haben. (Lebhafte Zustimmung links, Unruhe rechts.)

Abg. Dr. Südekum (Soz.) (persönlich) bedauert ebenfalls den Debatteenschluß und behält sich vor, in der dritten Lesung die heute verhinderten Ausführungen zu machen.

Das Kapitel wird bewilligt; die drei vorliegenden Resolutionen werden angenommen.

Das Kapitel „Biologische Anstalt für Land- und Forstwirtschaft“ wird noch unwesentlicher Debatte bewilligt.

Es folgt das

Patentamt.

Abg. Dr. Sommer (fr. Bp.) tritt für die Diätäre und Kanzlei-Beamten des Patentamts ein.

Abg. Dr. Junk (natl.) verlangt holdige Vorlegung einer Novelle zum Patentgesetz und befragt die Höhe der Patentgebühren.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Die Vorarbeiten zu einer Patentgesetznovelle sind im Gange. Ich hoffe im Laufe dieses Kalenderjahres einen vorläufigen Entwurf der Öffentlichkeit unterbreiten zu können. Die Beschwerden gegen das Patentamt betreffen im wesentlichen die Verzögerung der Patenterteilung; die Frage aber, ob eine Änderung des Verfahrens sich empfiehlt, ist sehr schwer zu lösen. Die Schwierigkeit der Frage des Erfinderrechts der Angestellten ist vom Vorredner selbst anerkannt; jedoch wird der Frage in dem neuen Entwurf die gebührende Beachtung geschenkt und eine Lösung versucht werden.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (fr. Bp.) dankt dem Staatssekretär für die Zusage, das Erfinderrecht der Angestellten in der bevorstehenden Novelle zum Patentgesetz schützen zu wollen.

Der Etat des Patentamts wird bewilligt.

Es folgt der

Etat des Reichsversicherungsamts.

Abg. Behrens (wirtsch. Bg.) begründet eine von Konservativen, Zentrum, Antisemiten und Nationalliberalen beantragte Resolution auf Abänderung des § 14 des Unfallversicherungs-gesetzes. Die Wahl der nichtjüdischen Mitglieder des Reichsversicherungsamts erfolgt nach den jetzigen Vorschriften auf Grund der relativen Mehrheit. Dadurch bleiben große Minoritäten unvertreten. Wir schlagen vor, in Zukunft die

Wahl auf Grund des Proportionalwahlrechts erfolgen zu lassen!

Redner rügt die sehr mangelhafte Berichterstattung der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft. Die der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft unterstellten Wärter führen Klage über die bei dieser Berufsgenossenschaft übliche Art der Rentenfestsetzung.

Abg. Hebel (N.) führt Beschwerde über mangelhafte Seelsorge der Katholiken in den Landesversicherungsanstalten und über rigorose Auslegung der Gesetzesbestimmungen bei Auszahlung von Renten, wodurch Tausende von sehr bedürftigen Personen der Wohlthat des Gesetzes verlustig gehen. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Schwabach (natl.) beklagt, daß die sogenannten Fischereibetriebe an der Ostsee und am Kurischen Haff zu den Kosten der Seeunfallsberufsgenossenschaft herangezogen werden, obwohl es sich um gar keinen wirklichen „Betrieb“ handelt, da die Fischerei dort nur im Nebenberuf ausübt werde.

Abg. Dr. Voithoff (fr. Bp.) bittet den Staatssekretär um möglichste Beschleunigung der Privatbeamtenversicherung, sobald er den Entwurf der Reichsversicherungsordnung aus der Hand gegeben habe.

Abg. Hoß (Soz.):

Mit dem Antrage Behrens ist gar nichts anzufangen; denn bei dem jetzigen Wahlverfahren können die Minderheiten nicht berücksichtigt werden, das geht nur bei einem direkten Wahlverfahren, für das Herr Behrens mit und eintrifft möge.

Erfreulich ist die Vermehrung des richterlichen Personals des Reichsversicherungsamtes, da die Rekurse außerordentlich an Zahl gewachsen sind. Aber die Herren mögen nun auf die Entstehungsgeschichte unserer Versicherungs-gesetze studieren, dann werden so viele die Interessen der Bevölkerung schwer schädigende Erkenntnisse nicht zustande kommen. Besonders bedauerlich ist die landwirtschaftliche Bevölkerung, und gerade die Herren, die hier so laut ihre Bauernfreundlichkeit bekunden, haben so nachteilige Bestimmungen für die Bauern in das Gesetz gebracht! Noch schlimmer wird die ländliche Bevölkerung durch die Prozedur der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft geschädigt. Ein Mann war beim Futterholen von der Leiter gefallen; trotzdem sollte er keine Rente erhalten, weil der Unfall nicht verursacht sei „durch eine der Betriebstätigkeit eigenartige Gefahr, sondern durch den körperlichen Zustand der Verunglückten, durch welchen bewirkt wurde, daß ihn ein Schwindel überkam.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist natürlich Unsinn und das Reichsversicherungsamt wird den Entschädigung jedenfalls umhauen. Aber das Schlimme ist, daß gegen solche Entscheidungen meist nicht Rekurse eingelegt wird, weil die Beteiligten gar nicht wissen, daß sie Rekurse einlegen können. Sie (nach rechts) haben ja verhindert, daß sie in den Entscheidungen darauf hingewiesen werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Der Etat weist ferner eine sehr unerfreuliche Veränderung auf: Die Kosten für das Beweisverfahren sind mit 25 000 M. weniger angelegt! Das ist eine

Sparfamkeit am unrechten Orte;

je weniger Beweis erhoben werden darf, um so weniger wird der Arbeiter sein Recht finden können. (Sehr richtig! b. d. Sozialdemokraten.) Nicht nur die freien Gewerkschaften und die Arbeitersekretäre, sondern auch die freie Rechtsanwaltschaft haben den Eindruck gewonnen, daß einige Senate des Reichsversicherungsamts die unverkennbare Tendenz auf Einschränkung des Beweisverfahrens besorgen. Die Zahl der Fälle, in denen das Reichsversicherungsamt Beweis erhoben hat, ist in den letzten Jahren zurückgegangen. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist höchst bedauerlich, weil es den Arbeitern in den allermeisten Fällen unmöglich ist, dem Gutachten des Vertrauensarztes der Berufsgenossenschaft mit einem anderen ärztlichen Gutachten entgegenzutreten. Dazu kommt, daß einige Berufsgenossenschaften die Prozedur besorgen, dem klagenden Arbeiter den Inhalt des Gutachtens vorzuenthalten! Als die Gemeindefunktionäre und die Arbeitersekretäre dieser eigentümlichen Prozedur entgegenzutreten, da verlangten

die Berufsgenossenschaften, daß der Arbeiter die Kosten der Abschrift trage! Das ist einfach als Kanalarbeiter zu bezeichnen! (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Die Arbeiter tun alles, was in ihren Kräften steht, aus eigener Kraft die bestehenden Mißstände zu beseitigen. Die Arbeiter haben z. B. aus eigenen Mitteln

Baukontrollen

angestellt. Ein einziger von diesen Baukontrollen hat in einem Jahre circa 178 Mißstände festgestellt (Hört! hört! b. d. Soziald.) und in vielen Fällen bei der Berufsgenossenschaft die Abstellung dieser Mißstände erreicht. Wo die Verhandlung mit den Berufsgenossenschaften nicht zum Ziele führte, haben die Kontrollen sich an das Reichsversicherungsamt gewandt. Dieses aber hat teils ausschließlich Erkundigungen bei denselben Berufsgenossenschaften eingezogen, über die Beschwerde geführt wurde, teils hat es überhaupt keine Antwort erteilt! (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Diese Scheu vor einer wirksamen Mitarbeit der versicherten Arbeiter legt eine gefährliche Wirksamkeit des Reichsversicherungsamts in diesen Fällen lahm. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Besonders zeigt sich das bei dem Gutachten über die offenen Koksfeuer. Das Reichsversicherungsamt stand anfangs auf dem Standpunkt der Arbeiter, daß die offenen Koksfeuer zu verbieten seien. Als aber die Baumunternehmer dagegen Sturm ließen, verständigte man sich, daß Versuche angestellt würden. Nach den Versuchen wurde folgendes wunderbare Gutachten abgegeben: „Koksfeuer zu unterhalten ist unbedenklich, wenn für genügende Ventilation gesorgt wird.“ (Weiterleit bei den Sozialdemokraten.)

Koksfeuer unterhält man doch nur bei geschlossenen Fenstern, um die Hitze im Raum zu halten und nicht zum Fenster hinauszujauchen! Waren Arbeiter zugezogen worden, so hätte solch Gutachten nie zustande kommen können. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Experimente sind aber in solchen Bauten angestellt worden, die direkt zu diesem Zweck von den Arbeitgebern eingerichtet wurden! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir müssen darauf bestehen, daß das Reichsversicherungsamt Arbeiter zur Mitarbeit heranzieht. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Direktor im Reichsamt des Innern Caspar (schwer verständlich) geht auf die Ausführungen der Abg. Behrens und Hoß ein. Ueber die Frage der Verhältniswahl sollen Erhebungen veranstaltet werden.

Abg. Hoß (Soz.)

bestreitet gegenüber dem Vorredner, daß die von ihm angeführten Zahlen über die Fischer, in denen von dem Reichsversicherungsamt nicht Beweis erhoben sei, zu hoch angegeben seien.

Ferner hat Direktor Caspar gesagt, das Reichsversicherungsamt erteile stets Antwort auf Beschwerden, wenn der Beschwerdeführer der betroffene Arbeiter selbst sei und kein Dritter! Aber der Arbeiter kann vielfach ohne die Gefahr schwerer Schädigung nicht selbst Beschwerden erheben, und er vertraut deshalb den Gewerkschaftsbeamten damit. Wenn dieser keine Antwort erhält, so ist das geradezu eine Aufforderung an die Arbeitgeber, die Arbeiter an die Einreichung von Beschwerden zu verhindern. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das Reichsversicherungsamt sollte diesen kleinen bürokratischen Standpunkt verlassen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Diskussion.

Das Kapitel wird bewilligt.

Beim Kapitel „Kanalamt“ führt

Abg. Ritter (N.) Beschwerde über die Beschäftigung ausländischer Arbeiter bei den Erweiterungsbauten des Kaiser-Wilhelms-Kanals.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Das Kanalamt beschäftigt ausländische Arbeiter nur, soweit einheimische nicht zu bekommen sind. Wir tun das Menschennögliche zugunsten der vom Kanalamt beschäftigten Arbeiter. Ich habe im Herbst inspiziert und alles tabellos gefunden.

Abg. Dr. Hahn (L.) verweist sich über den Fischzoll. (Lauter Aufse links: Wir sind beim Kanalamt!)

Abg. Carstens (fr. Bp.): Meine Informationen über die Lage der Kanalarbeiter decken sich mit denen des Abg. Ritter, nicht mit denen des Staatssekretärs. Bei der großen Arbeitslosigkeit hätte man gewiß genügend deutsche Arbeiter finden können. (Lebhafte Zustimmung links und im Zentrum.)

Abg. Speyermann (fr. Bp.) führt Beschwerde, daß beim Jarenbesuch die Kaiserjacht auf beiden Seiten des Kaiser-Wilhelm-Kanals von Kavallerie eskortiert wurde und weitgehende Absperungen vorgenommen wurden. (Juruf bei den Sozialdemokraten: Die Strafen dienen dem Besten! Weiterleit links.)

Staatssekretär Dr. Delbrück: An den Absperungen war die Kanalverwaltung nur beteiligt, soweit es den Kanal selbst betraf. Uebrigens ist es selbstverständlich, daß wir alles tun mußten, um die Sicherheit eines fremden Souveräns zu gewährleisten. (Bravo! rechts.)

Abg. Mollenhuth (Soz.):

Bei den Absperungen waren wohl nicht nur Sicherheitsgründe maßgebend, denn so unsicher ist die Gegend am Kanal nicht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Uebrigens hat nicht nur ein fremder Souverän das Recht auf den Schutz der deutschen Behörden, sondern auch die Leute, deren Interessen durch diese sogenannten Sicherheitsmaßnahmen auf das schwerste geschädigt werden. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn ein Schiff plötzlich erfährt, daß es einen Tag warten muß, so wird der Redner auf das schwerste geschädigt, ebenso die Kaufleute, die auf ihre Waren warten müssen. Ist diesen Leuten, die doch gewiß den Jaren nicht umbringen wollten, eine Entschädigung angeboten worden? Wollte man den Wünschen der russischen Regierung nicht ein entschiedenes Nein entgegenbringen, so mußte man mindestens den Mut haben, von der russischen Regierung die von der Absperung betroffenen Deutschen notwendig wurden. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Fehr v. Richtigshofen (L.) (laut schreiend): Ich protestiere entschieden dagegen, daß der Vorredner behauptet, die Absperungsmaßnahmen seien im Auftrage der russischen Regierung erfolgt. (Roch lauter schreiend!) Unsere Regierung hat die Maßregeln aus eigenem Antrieb getroffen. (Bravo! rechts; laute Rufe bei den Sozialdemokraten: Polizistendienst! Lebhaftes Zustimmung und große Heiterkeit links.)

Abg. Mollenhuth (Soz.):

Ist Herr v. Richtigshofen, der sich hier so sehr entrüstet, orientiert über das, was von Petersburg aus verlangt oder nicht verlangt worden ist? (Lebhafte Zustimmung links; lärmende Zurufe, von Hahn kommandiert, rechts.) Wollte man aber für die Sicherheit des Jaren sorgen, hätte man sich mit russischen Polizisten begnügen sollen. Die Zulassung russischer Spitzel bildete eine schwere Gefährdung des deutschen Publikums. (Lebhaftes wiederholte Zustimmung bei den Sozialdemokraten, Lärm rechts.) Gleichzeitig wurde dadurch das Ansehen des Kanals als Verkehrsweg herabgesetzt. (Erneute lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Delbrück: Die Sicherheitsmaßnahmen waren nötig gegen die internationalen Anarchisten. (Lauter Lachen links, lärmende Zustimmung rechts.) Befehle von draußen empfangen wir nicht, sondern wir tun, was nötig ist im Interesse der Macht und Würde Deutschlands. Eine Entschädigungsfrage erkennen wir nicht an. (Unruhe links, lärmende Zustimmung rechts.) Uebrigens haben die Schiffe nur sieben Stunden warten müssen. (Lauter Zurufe bei den Sozialdemokraten: Kur!)

Damit schließt die Diskussion.

Das Kapitel wird bewilligt.

Debatteles wird das Kapitel „Aufsichtsamt für Privatversicherung“ bewilligt und ein Teil der einmaligen Ausgaben.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Sonnabend 10 Uhr. (Außerdem Marineetat.)

Schluß 9 Uhr.

Berichtigung.

In dem Bericht über die geistige Liebe des Genossen Frey über die Arbeitsverhältnisse in der chemischen Industrie sind zwei Irrtümer enthalten, die hier richtig gestellt werden sollen:

Zunächst beträgt der Profit, den die Farbenfabrik Elberfeld pro Arbeiter erzielt, nicht 1000, sondern 3000 M.!

Ferner muß die Stelle über die Gefahrengroße in der chemischen Industrie folgendermaßen lauten:

Ein Vergleich der Unfälle, für welche Entschädigungen wegen Erwerbsunfähigkeit festgestellt worden sind, ergibt, daß die Differenz aus der chemischen Industrie diejenige aller anderen gewerblichen Berufsgenossenschaften übertrifft und seit dem Jahre 1903 fortgesetzt gestiegen ist.

Abgeordnetenhaus.

83. Sitzung. Freitag, den 4. März, mittags 1 Uhr.

Am Ministertisch: Sydow.

Die

Zweite Beratung des Etats der Bergverwaltung

wird fortgesetzt.

Die Abg. v. Sydow (fr.) und v. Krism-Büschow (L.) ersuchen den Minister, für eine rechtzeitige Verabschiedung des Reichs-

saligefeges einzutreten.

Minister Sydow betont, daß seitens der preussischen Regierung das Möglichste geschehe, die Verabschiedung dieses Gesetzes zu beschleunigen. Auf die Einzelheiten des Gesetzes will ich nicht eingehen, da es sich um ein Reichsgesetz handelt.

Abg. Saueremann (N.) wünscht Wiederherstellung der früheren Schichtenteilung, wobei die Sonnabendsschicht 2 Stunden früher und die Montagschicht 2 Stunden später aufhöre. Bei der jetzigen Schichtenteilung könnten die Arbeiter fast Sonnabend erst Sonntag nach Hause kommen und mühten Montag ganz früh wieder zur Arbeit. Vielfach übten die Bergbeamten zu straffe militärische Disziplin.

Abg. Köhling (natl.) hält diese Disziplin im Interesse der Ordnung auf den Berken für notwendig!

Abg. Saueremann (N.): Die Löhne sind zum Teil noch außerordentlich niedrig, und in letzter Zeit hat es den Anschein, als wenn man noch mehr mit Lohnreduzierung vorgehen wolle. Ein Familienvater mit 12 Kindern bekam 3,69 M. ausgezahlt! (Hört! hört!) In einer Verammlung soll für ihn gesammelt worden und es sollen circa 30 M. von seinen Kollegen zusammenkommen sein. Derartige Sachen sollten nicht vorkommen. (Sehr richtig!)

Von einer Minderleistung kann keine Rede sein. Ich habe mich gefreut, daß der Herr Oberbergshauptmann diese aus dem Hause aufgestellten Behauptungen nicht so entschieden zurückgewiesen hat. Ein großer Mißstand ist das oft wochenlange Wlügen einzelner Arbeiter wegen irgendwelcher Versehen. Darunter leiden ganz Unschuldige, wie die Frauen und Kinder der Bergleute. (Sehr richtig!) Am niedrigsten sind die Durchschnittslöhne in Oberschlesien. Das liegt vor allem an den vielen Feierschichten, die jetzt dort üblich werden. (Hört! hört!) Ich bitte den Herrn Handelsminister, für Abstellung dieser Mißstände Sorge tragen zu wollen.

Oberbergshauptmann v. Bessen betont, daß der niedrige Lohn von 3,69 M. in einem Falle nur durch absichtliche Minderleistung zu erklären sei.

Abg. Roeren (N.) wünscht, daß die Löhne in fiskalischen Gruben nicht niedriger sein sollen als in privaten Gruben.

Minister Sydow: Das ist auch nicht der Fall in demselben Revier. Aber man kann nicht die Löhne der Staatsgruben im Saarrevier vergleichen mit den Löhnen der Privatbetriebe im Ruhrrevier. Die Regierung kann, wie schon betont, über die allgemeinen Konjunkturverhältnisse nicht hinweggehen. Solche Forderungen stehen auch im Gegensatz dazu, daß wir sonst immer gedrängt werden, größere Leberhöhlen herauszuwickeln. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Der Minister teilt des Weiteren mit, daß die neu vorgesehene Bergbaudeputation in drei Abteilungen geteilt werden soll: die erste für bergwerkliche und bergwirtschaftliche Fragen, die zweite für bergtechnische Fragen, die dritte für Fragen des Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Abg. Dr. Köhling (natl.): Gewiß wird jeder Arbeitgeber gern recht hohe Löhne zahlen; aber in dieser Frage kann nicht das gute Herz entscheiden. Die Folge einer Lohnerhöhung wäre eine Steigerung des Preises der Kohlen, und damit wären wohl Landwirtschaft und Industrie sowie die Kohlenverbraucher im allgemeinen sehr wenig einverstanden. (Juruf bei den Sozialdemokraten.) Das Syndikat zahlt die höchsten Löhne. Im allgemeinen sind die Bergleute mit den Löhnen vollauf zufrieden. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Ambusch (N.): Das geheime und freie Wahlrecht zu den Knappschaftswahlen ist noch lange nicht gesichert. Häufig erfolgen noch Maßregelungen nach den Knappschaftswahlen. Das Strafrecht wird vielfach sehr rigoros gehandhabt. Die Gutachten der Oberärzte werden häufig von ihnen nur unterschrieben und von Assistenzärzten ausgestellt. Es finden sich in solchen Gutachten oft Behauptungen, die mit der Wahrheit völlig im Widerspruch stehen. Die Schiedsgerichte kümmern sich auch oft zu wenig um die praktischen Verhältnisse.

Ein Regierungskommissar betont dem Vorredner gegenüber, daß das Knappschaftswesen in den letzten Jahren einen erfreulichen Aufschwung genommen habe. Die geheime Wahl ist in der großen Mehrzahl der Knappschaftsvereine schon eingeführt.

Abg. Reinstert (Soz.):

Im Vorjahre haben wir uns hier über eine Petition der Schaumburg-Pipperchen Bergarbeiter unterhalten. Die Bergleute sind nun sehr enttäuscht, daß ihre Forderung auf 80 Pf. Lohn-erhöhung nicht befriedigt worden ist; sie haben mir mitgeteilt, daß die Verhältnisse dort noch schlechter geworden sind, als sie vor einem Jahre waren! Das ergibt auch der Bericht der Regierung. Die Löhne sind dort von 900 auf 885 M. zurückgegangen. Man hat versucht, die Arbeitslose herabzusetzen, und verlangt von den Bauern, daß sie auch bei schlechten Gebirgsverhältnissen unter allen Umständen ihr Pensum leisten. Die Verwaltung hat es abgesehen, mit dem Arbeiterausfluß über die Forderung einer Lohn-erhöhung zu unterhandeln, weil dieser nach ihrer Meinung dazu kein Recht habe. Ich erwarte, daß der Minister diesen rückständigen Standpunkt nicht teilen wird. Nach unserer Meinung müssen ja solche Verhandlungen mit den beteiligten Arbeiterorganisationen geführt werden. Ueberhaupt ist das Bild des Etats des Schaumburg-Pipperchen Bergamts ein sehr eigentümliches. Die Ausgaben für Beamtengehälter sind infolge der Befolgung des § 23 Proz. gestiegen, für Löhne ist nur 1 Proz. mehr vorgezogen! Die Arbeiter werden also außerordentlich stiefmütterlich behandelt. Auch sind ihre Beiträge zu Versicherungsweiden von 104 M. im Jahre 1907 auf 154 M. im Jahre 1908 gestiegen, während die Leistungen zurückgegangen sind. Seine Verordnung über die Lieferung von Stimmzetteln bei den Wahlen von Sicherheitsmännern seitens der Verwaltung sollte der Minister zum mindesten dahin abändern, daß nur 100 Stimmzettel geliefert werden. Im November sind auf dem Georgs-schacht 40 Mann an Typhus erkrankt, einer davon ist gestorben. Bei der Untersuchung sollen in einem Liter Wasser 100 Typhusbazillen gefunden sein. Jetzt wird gefochtes Wasser verabreicht. Die Arbeiter beschwerten sich darüber, daß die Untersuchung geheim gehalten wird. Ich ersuche daher die Regierung, Auskunft zu geben, welche Ursachen zu dieser Typhuserkrankung in diesem Werke geführt haben. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Waco (natl.) ersucht den Minister, sich über die unhygienischen Raumbhältnisse des geologischen Landesanstalt Berlin zu informieren.

Minister Erbsen sagt dies zu. Der Etat wird bewilligt.
Nächste Sitzung: Sonnabend, 11 Uhr: Allgemeine Debatte über die Eingemeindungsfrage, Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung.
Schluß: 6 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Die Überprüfungen — Der Pensionsetat — Ein Zwischenpiel — Der Postetat.

Bevor die Budgetkommission des Reichstags am Freitag in die Tagesordnung eintrat, teilte Herr Erzberger mit, daß er aus „Süddeutschland“ abermals eine Anzahl Depeschen wegen des beabsichtigten Vertragsabchlusses mit der Kolonialgesellschaft erhalten habe. Staatssekretär Dernburg hätte seinerzeit erklärt, daß der Vertrag vor dem Abschluß der Budgetkommission zur Meinungsbildung vorgelegt werden solle. Er (Erzberger) mache nun den Vorschlag, beim Staatssekretär des Kolonialamts anzufragen, wie weit die Angelegenheit gediehen sei. — Die Kommission schloß sich diesem Vorschlag an und beauftragte ihren Vorsitzenden, die erforderlichen Schritte zu unternehmen.

Die Erledigung des Allgemeinen Pensionsetats nahm nur kurze Zeit in Anspruch. Bloß bei den Invalideninstitutionen entspann sich eine Debatte, weil Zweifel über ihre Zweckmäßigkeit geäußert wurden. Man einigte sich dahin: alles beim alten zu lassen. Ueber die eingegangenen zahlreichen Petitionen berichtete Erzberger und beantragte, sie sämtlich der Regierung zur Erwägung zu überweisen. Wenn man berücksichtige, daß die Lebensmittel teurer geworden seien, so könne man das Verlangen der Altpensionäre nach höheren Einkommen sehr wohl verstehen. Aber der Reichstag könne von seinem beim Besoldungsgesetz eingenommenen Standpunkte (dem Gesetze keine rückwirkende Kraft zu geben), nicht abgehen.

Kunmehr nahm der Staatssekretär des Reichspostamts, Kraetzle, auf der Anklagebank Platz. Erzberger beklagt sich über den Luxus, den wir mit unseren Posteinrichtungen in China treiben. In Shanghai habe England bei seiner Postanstalt nur die Hälfte des Personals wie wir, dabei nehme England dort doppelt soviel ein wie wir in ganz Ostasien! Wir haben einen Postpalast, der uns 700 000 M. kostete, während die Engländer für denselben Zweck nur 200 000 M. aufgewandt hätten.

Staatssekretär Kraetzle bestritt die Richtigkeit der Erzbergerschen Angaben: Man müsse beachten, daß unsere Zentralstelle für Ostasien in Shanghai sei, während die Engländer die ihre in Hongkong hätten, so daß ein Vergleich, wie ihn Abg. Erzberger gemacht habe, nicht zulässig sei.

Die Verhandlung über den Postetat wurde nunmehr ausgesetzt, weil Herr Dernburg erschien, den man von dem Bundesrat der Budgetkommission, ihn in ihrer Mitte zu sehen, telephonisch in Kenntnis gesetzt hatte. Er erklärte, daß er die in der Budgetkommission vereinbarten Richtlinien innewohnen versuchen werde. Aber eine Verpflichtung hierzu erkenne er aus staatsrechtlichen Gründen nicht an. Uebrigens sei es noch zweifelhaft, ob der Reichstag gerade zusammen sein werde, wenn die Vertragsverhandlungen zum Abschluß gediehen seien.

Wegung der staatsrechtlichen Seite der Frage führte Erzberger aus: Er erkenne den vom Staatssekretär aufgestellten Grundsatz, daß bei so wichtigen Vertragsabchlüssen das Parlament nicht gefragt zu werden brauche, nicht an; denn so gut wie das Parlament verpflichtet sei, auf Sparsamkeit bei den Ausgaben zu sehen, so gut müsse es auch das Recht haben, zu prüfen, ob das Reichsinteresse bei Verträgen, wo es sich — wie hier — um Millionen handle, genügend gewahrt und das Vermögen des Reiches nicht verkleinert werde.

Denselben Standpunkt vertraten die Abgeordneten Baasche und Dr. Dietrich. Abg. Spahn machte den Vorschlag: Der Staatssekretär möge über diese Frage beim Reichsjustizamt ein staatsrechtliches Gutachten einholen! Staatssekretär Dernburg versprach nichts, schon weil er für sich allein nichts erklären könne und seine persönliche Meinung dahin ginge, daß es zu solchen Verträgen der Zustimmung des Reichstags nicht bedürfe. . . Der Konservative v. Richthofen betonte noch besonders, daß die Stellungnahme seines Parteifreundes Dietrich für seine Fraktion kein Präjudiz darstelle!

Zum Postetat zurückkehrend, behandelte die Kommission die Frage, ob es sich nicht empfehle, nach dem Beispiele Englands die Postanstalten in den Kolonien dem Kolonialamt zu unterstellen. Die Staatssekretäre Kraetzle und Dernburg erklärten sich gegebenenfalls mit einer solchen Aenderung einverstanden. Eine Resolution Erzberger, die den Reichstag ersucht, diese Frage einer Prüfung zu unterziehen, wurde gegen die Stimmen der Nationalliberalen angenommen.

Zu einer scharfen Auseinandersetzung kam es noch zuletzt zwischen dem Abg. Erzberger und dem Staatssekretär Kraetzle: Erzberger hatte behauptet, daß nach einer ihm gemordeten Mitteilung bei einigen Postanstalten mehr Beamte vorhanden wären, als zur Erledigung des Dienstes erforderlich. Als hierauf der Staatssekretär die Namen der Gewährsmänner verlangte, erklärte Erzberger: „Gewiß, damit dieselben gleich gemahregelt werden! Seit dem Fall in Wiesbaden (gemeint ist der Fall des Postarztes Schellenberg) nenne ich zu Kraetzle gewandt! Ihnen keine Namen mehr!“

Herr Kraetzle war über diese Äußerung sehr konsterniert und schimpfte in erregtem Tone über das Denunziantentum, das durch diesen Schuß förmlich großgezogen werde! — Die Beratung wurde hier abgebrochen; sie soll am nächsten Montag fortgesetzt werden.

Das Arbeitskammergesetz in der Kommission.

Die Arbeitskammerkommission des Reichstags hielt am Freitag ihre zweite Sitzung ab. Schon in der vorigen Sitzung hatten die sozialdemokratischen Vertreter versucht, der Vorlage eine Fassung zu geben, die in besonderen Fällen die Möglichkeit gewähren sollte, die Errichtung einer Kammer auch für verschiedene Gewerbezweige vorzunehmen. Die betreffenden Anträge fanden bei der Kommissionsmehrheit jedoch keine Berücksichtigung. Auch die anderen sozialdemokratischen Änderungsanträge, von denen der wichtigste die Streichung des § 5 der Vorlage verlangte (der Bestimmung nämlich, daß die Arbeitskammern nicht berechtigt sein sollen, die Beschäftigten einzelner Betriebe in den Kreis ihrer Beratungen zu ziehen), wurden abgelehnt. So fanden denn ohne Anwendung die §§ 1—4 des Regierungsentwurfs Annahme.

Der § 7 bietet größere Schwierigkeiten. Er umschreibt den Personenkreis der Kammern, und während durch den früheren Entwurf auch die Techniker, Werkmeister und Betriebsbeamten einbezogen werden sollten, schlägt die neue Fassung alle Angehörigen ausdrücklich aus. Gegen diese Behandlung der Angehörigen wenden sich die Änderungsanträge der Sozialdemokraten, die den Personenkreis noch über das Gebiet der Gewerbeordnung hinaus erweitern wollen, der Freimänner, des Zentrums und der Nationalliberalen. Während der Ausschluß der Betriebsbeamten und Techniker aus dem früheren Entwurf gerade auf Betreiben der Nationalliberalen erfolgte, sieht sich jetzt auch diese Partei veranlaßt, dem Verlangen der technischen Angestellten auf Einbeziehung in das Gesetz stattzugeben. Der Rest der Freitag-Sitzung wurde denn auch vollständig ausgefüllt mit einer Erörterung über die Form der Einbeziehung. Ein Antrag des Zentrums verlangt besondere Anstellungsverordnungen, ein Antrag Posthoff fordert zwar auch besondere Abteilungen, nebenher jedoch die Möglichkeit, kombinierte Sitzungen mit Arbeitern und Angestellten abzuhalten.

Unsere Genossen Wömelburg und Severing erklärten in der Diskussion, daß die Schwierigkeiten, die sich der Regelung dieser Frage entgegenstellen, im wesentlichen in der Gliederung zu liegen seien, die mehr auseinanderreißt als zusammenfügt. Die

Sozialdemokratie bringe auf eine völlige Vereinheitlichung des Arbeiterrechts und werde, falls ihre weitergehenden Anträge keine Zustimmung finden, jeder Anregung Folge geben, die den Personenkreis der Kammern erweitert. Dem Verfußdünkel mancher Kreise Konzeptionen zu machen, habe der Reichstag keine Veranlassung; die gewerbliche und wirtschaftliche Entwicklung habe vor dem Stande der kaufmännischen Angestellten nicht Halt gemacht; die in gewerblichen Betrieben beschäftigten kaufmännischen Angestellten haben in vielen Fragen mehr mit technischen Beamten des Betriebes Berührungspunkte als mit Handlungsgehilfen in Handelsgeschäften.

Ueber die grundsätzliche Frage, ob die Angestellten in das Gesetz aufgenommen werden sollen, schien nach dem bisherigen Verlauf der Debatte Uebereinstimmung in bejahendem Sinne zu bestehen. Es wurde allgemein gewünscht, daß eine Subkommission über die Form der Aufnahme beraten und Vorschläge unterbreiten möge.

Aus der Wahlprüfungskommission des Reichstags.

In ihrer Sitzung vom Freitag erklärte die Wahlprüfungskommission die Wahl des Abg. Dr. Struve (Freis.) einstimmig für gültig.

Bei der Prüfung der Wahl des Abg. Spindler (Z.) gab es lebhafteste Auseinandersetzungen, die sich um den Jollertraum drehten, der in dem Orte Kalsheim benutzt worden ist. Dieser Jollertraum bestand aus einem künstlich hergestellten Gang von 1 Meter Länge und war nach dem Wahlbureau zu offen! Das Zentrum vertrat die Ansicht, daß dieser Jollertraum den Vorschriften völlig Genüge leiste. Von sozialdemokratischer, freisinniger und fortschrittlicher Seite wurde betont, daß diese Art „Jollertraum“ geradezu ein Hohn auf die Vorschriften des Wahlgesetzes sei. Wäre der Wahlakt in diesem Orte laßiert worden, so wäre damit die Rechteit des Abg. Spindler beseitigt gewesen, und die Wahl hätte für ungültig erklärt werden müssen. Mit 7 gegen 6 Stimmen wurde die Gültigkeit der Wahl beschlossen. Es ist selbstverständlich, daß dieser Beschluß im Plenum zu lebhaften Auseinandersetzungen führen wird, so daß es vielleicht doch noch zu einer Ungültigkeitsklärung dieser Wahl kommen kann.

Dem Präsidenten des Reichstages soll das Ersuchen der Wahlprüfungskommission unterbreitet werden, die abgeschlossenen Wahlprüfungen noch vor den Osterferien auf die Tagesordnung des Reichstags zu setzen.

Aus Industrie und Handel.

Bankabschlüsse.

Die Reichsbank erzielte im letzten Geschäftsjahre, bei einem Umsatze von 281 000 Millionen Mark, — im Vorjahre 205 244 Millionen Mark — einen Reingewinn von 23 Millionen Mark — 27 Millionen im Vorjahre. Die Dividende für die Anteilseigner stellt sich auf 5,88 Proz. — für 1909: 7,77 Proz. — Der Anteil des Reiches, der im Vorjahre 23,08 Millionen Mark betrug, ermäßigte sich auf 12,5 Millionen Mark. An den preussischen Staat werden 1,86 Millionen Mark abgeführt. Die Verwaltungskosten stiegen von 20,2 auf 20,4 Millionen Mark.

Die Deutsche Bank hat ein so vorzügliches Geschäft gemacht, daß sie für das letzte Jahr die höchste bisher erreichte Dividende, nämlich 12 1/2 Proz. zur Verteilung bringen kann. Der Ueberschuß hat sich von 88 1/2 Millionen Mark auf rund 85 Millionen Mark erhöht. Die Dividende beansprucht 25 Millionen Mark.

Die Dresdener Bank erhöht ihre Dividende von 7 1/2 Proz. für 1908 auf 8 1/2 Proz. für 1909. Der Reingewinn hat sich von 19 1/2 Millionen Mark auf rund 22 Millionen Mark gehoben. Die Dividende an den Vorstand und Aufsichtsrat absorbiert annähernd 8 Millionen Mark.

Der Hopfen steht fünf- bis sechsmal so hoch im Preise wie zu Beginn des Jahres 1909 und ebenfalls bedeutend höher als zu Anfang 1908. In Nürnberg kostete nämlich 1 Doppelzentner Markthopfen im Januar d. J. 400 M., während er vor einem Jahre 70 M. und Anfang 1908 95 M. kostete. Obwohl auch frühere Jahre schon sehr hohe Hopfennotierungen gebracht hatten, war doch der Preis um die nämliche Zeit noch nie derartig hoch.

Die Schweinefleischpreise

stehen im Kleinvertrieb fast allgemein noch höher als im Vorjahre. In Liegnitz z. B. stellt sich der Durchschnittspreis für Schweinefleisch in der ersten Hälfte des Februar d. J. auf 1,79 M. pro Kilogramm gegen 1,48 im Vorjahre; er geht also über den damaligen um 31 Pf. hinaus. Roblenz, das die nächstgrößte Steigerung aufzuweisen hat, hat einen Preis von 1,89 M. gegen 1,60 M. im Vorjahre; das Plus beträgt 29 Pf. Nicht stark ist auch die Differenz, die der Schweinefleischpreis in Paderborn zeigt: 1 Kilogramm kostete im Februar d. J. 1,66 M., das sind 23 Pf. mehr als 1909, wo es nur 1,43 M. kostete. Hensburg verzeichnet dieses Jahr einen Preis von 1,60 M., während es vergangenes Jahr einen solchen von 1,39 M. hatte. Die Steigerung beläuft sich also auf 21 Pf. In Polen beläuft sich der Preis für Schweinefleisch pro Kilogramm auf 1,58 M.; er betrug im Vorjahre 1,38, ist also um 20 Pf. höher als damals. Mit stärkeren Preisdifferenzen seien noch folgende Städte genannt: in Breslau stellte sich der Preis auf 1,72 M. oder um 19 Pf. höher als 1909, in Graudenz auf 1,40 M. oder um 18 Pf. höher, in Kotbus auf 1,62 M. oder um 17 Pf. höher und in Elbst endlich auf 1,54 oder ebenfalls um 17 Pf. höher. Den niedrigsten Schweinefleischpreis weist Remel mit 1,38 M. auf, den höchsten Frankfurt a. M. mit 2 M.

Syndikatsterror.

Daß im Lande der Anerkennung des amtlichen Terrors als gottgewollte Abhängigkeit auch der ankeramliche Terror zu hoher Kultur sich entwickelt, darüber ist große Verwunderung nicht gerechtfertigt. Und doch muß man sagen: das Mitteldeutsche Braunkohlen-Syndikat nötigt Ernteman ab durch die auf diesem Gebiete bekundete Ungeniertheit. In seinen Verkaufsbedingungen macht es folgende Vorschriften:

Käufer verpflichtet sich, weder Ernteman noch Kohlensteine noch Braunkohlen augenlebender Werke zu kaufen, zu vertreiben, überhaupt weder unmittelbar noch mittelbar deren Absatz zu fördern, insbesondere nicht durch Geld- oder tätige Unterstützung einer Person oder Firma, die diesen Absatz betreibt oder vermittelt, ferner nicht durch Duldung einer solchen Absatz fördernden Tätigkeit seitens eines abhängigen Verwandten oder eines Angestellten.

Die Kontrolle über die Einhaltung der Vertragsbestimmungen bleibt dem Syndikat vorbehalten.

Die allgemeinen Lieferungsbedingungen gelten für alle Händler, also auch für solche, die erst aus zweiter oder dritter Hand Syndikatserzeugnisse beziehen. Jeder Händler hat daher auch seine Händlerlandchaft auf diese Bedingungen zu verpflichten.

Das sind Bedingungen, für deren Einhaltung kein Abnehmer einstehen kann. Das sollte dabei ist, daß die Gesellschaft für sich selbst das Recht reserviert, die Vertragsverpflichtungen nicht erfüllen zu müssen, ohne irgendwie ersatzpflichtig zu sein.

37 1/2 Millionen Mark Rohgewinn gegen 86 1/2 Millionen Mark im Jahre 1908 erzielte die Wesselsriedner Bergwerks-Aktiengesellschaft im letzten Jahre. Die Dividende, die wiederum auf 9 Prozent festgesetzt worden ist, beansprucht 11,7 Millionen Mark.

Lebte Aufsichten der 18 Proz. Dividende. Doch es troy allen Geschehen über die große Not den deutschen Zementwerken noch immer recht gut geht, beweist der jetzt erscheinende Geschäftsbericht der Vorkwöler Portlandzementfabrik, die für 1909 eine Dividende

von 18 Proz. ausschüttet gegen 22 Proz. für das Jahr 1908. Nichtsdestoweniger hält sich die Verwaltung für verpflichtet, in die allgemeinen Angelegenheiten mit einzukommen. Die Aufsichten seien recht trübe. Zurzeit tobe ein Konkurrenzkampf, wie er erbitterter wohl noch nie geführt worden sei. Um die Kundtschaft zu halten, müssen die Preise fast bis auf die Selbstkosten herabgesetzt werden. Die trotz Krisis verteilte hohe Dividende ist gerade kein Schreckenspenis für unternehmungslustige Kapitalisten.

Vorbereitung.

Die Großindustrie bereitet sich auf eine neue Hochkonjunktur vor. Davon geben die vielfachen Betriebsverweiterungen Zeugnis. Wie die Union, Krupp, Thyssen, Gelsenkirchen, Hoechst usw., machen nun auch die Rheinischen Stahlwerke Anstalten, durch bessere technische Ausgestaltung ihrer Anlagen an dem zu erwartenden Segen geübter Anteil zu nehmen. Die Gesellschaft beabsichtigt, den „Niederrheinisch. Nachr.“ zufolge, demnächst ein neues Martintwerk mit acht Oefen zu erbauen, dessen Kosten sich auf 7 Millionen Mark belaufen sollen. Das Unternehmertum rüstet aber nicht nur produktionstechnisch, sondern auch wirtschaftspolitisch. Es braucht da nur an die Zukunftsgründung erinnert zu werden. Das Kapital verfolgt damit den Zweck, die Arbeiterkraft zu knebeln, damit sie von dem Vorteil einer besseren Konjunktur ausgeschlossen bleibe. Durch energische Agitation, Ausbau der Organisationen, durch Stärkung ihrer politischen Macht, muß die Arbeiterkraft den zu feindlichen Plänen des Unternehmertums entgegenwirken. Rüstet die Zeit!

Seefischerei. Im abgelaufenen Jahre hat sich das Fangergebnis der deutschen Nordseefischerei erheblich gehoben, während die Ostseefischerei weiter zurückgegangen ist. Dem Werte nach stellt sich der Ertrag der Seefischerei:

	1907	1908	1909
Nordseegebiet	22 224 865	22 791 596	26 784 094 M.
Ostseegebiet	6 720 292	6 484 108	6 881 182
Zusammen gefangen wurden	28 944 657	29 225 704	33 665 126 M.

	1907	1908	1909
an Fische	88 627	97 785	94 255
an Schellfische	2544	1368	2561
Hinzu kommen an			
Erzeugnissen	4084	885	3108

Im abgelaufenen Jahre ist auch zum ersten Male das Ergebnis der Bodenseefischerei ermittelt worden, es hat sich auf 163 201 Kilogramm Fische und 164 858 Stück Fische gestellt; letzteres fast ausschließlich Blaufelchen. Der Wert der Bodenseefischerei stellt sich auf 289 688 M. Hinzu kommen 70 Kilogramm und 7 1/2 Millionen Fischerei, wofür der Wert nicht ermittelt ist.

Die hier gekennzeichnete Entwicklung der Seefischerei prägt sich auch in der Hebung der Fischmärkte aus. Dem Hamburger Fischmarkt wurden zugeführt 1907 Fische im Werte von 3,5, 1908 5,2, 1909 6,1 Millionen Mark. Der Wert der auf den Gurbavener Fischauktionen umgesetzten Fische betrug 1908 698 000, 1909 1 186 000 M. Die Fischpreise sind im letzten Jahre ziemlich erheblich gestiegen, und zwar für die nach Gewicht festgestellten Fänge von 20 auf 24 Pf. Besonders sind die Schellfische teuer geworden. Nichtsdestoweniger ist die Lage der Seefischerei eine ungünstige. Selbst die Grobnetze der Hochseefischerei, die infolge ihrer Kapitalkraft und ihrer guten Geschäftsverbindungen ihre Fangergebnisse relativ günstig absetzen, zeigen kein befriedigendes Bild der Rentabilität.

Die Weizenernte der Welt.

Das Internationale Landwirtschaftliche Institut in Rom macht über die Weizenernte der Welt folgende Angaben:

	1909	1908
in Doppelzentner		
Deutschland	87 557 470	87 677 670
Oesterreich	15 912 276	16 908 881
Belgien	4 220 000	3 800 000
Dänemark	—	1 187 109
Spanien	39 218 888	32 650 884
Frankreich	98 032 700	86 188 000
Großbritannien und Irland	17 510 234	14 915 489
Ungarn	34 019 888	65 021 488
Luxemburg	168 170	155 052
Norwegen	86 021	90 617
Rumänien	16 022 536	15 108 648
Rußland	213 405 836	154 632 090
Schweden	1 899 200	1 925 222
Schweiz	971 000	950 000
Kanada	45 251 707	30 140 590
Vereinigete Staaten	193 584 975	175 715 150
Argentinien	88 250 000	42 800 860
Chile	6 400 000	—
Peru	880 000	—
Uruguay	2 610 000	—
Britisch-Indien	68 817 470	55 577 802
Ägypten	—	—
Australien	23 817 100	17 085 248

Besonders beachtlich erscheint die Differenz von Argentinien, die stark zurückgegangen ist. Deutschland hat fast die gleiche gute Ernte wie im Vorjahre. Ob die Konsumenten davon viel merken werden?

Aus der Frauenbewegung.

Auf dem Wege zur Abschaffung der Gefindeordnung in Dänemark.

Infolge der eifrigen Agitation der dänischen Sozialdemokratie gegen die aus dem Jahre 1854 stammende barbarische Gefindeordnung, die den in Preußen gegen die Dienstboten geltenden Ausnahmestellen ungefähr gleichkommt, wurde im Jahre 1905 eine parlamentarische Kommission zur Untersuchung der Verhältnisse und Ausarbeitung von Vorschlägen eingesetzt. Diese Kommission hat nun ihr Gutachten abgegeben. Die Kommissionsmitglieder sprechen sich fast einstimmig für die Abschaffung des veralteten Dienstbotengesetzes aus und damit auch gegen die jetzt noch geltenden Bestimmungen über die Heugrubenbücher und über das Züchtigungsrecht, das der Dienstherrschaft männlichen Dienstleuten gegenüber bis zum 18., weiblichen gegenüber bis zum 16. Lebensjahre zusteht. An Stelle des alten Ausnahmestellungs gegen die Dienstboten bringen 8 von den 18 Kommissionsmitgliedern, unter ihnen unsere beiden Parteigenossen Folketingssaberner Sabro e und der Vorsitzende Jørgen Kielise n des Bäuerlerverbandes, ein Schutzgesetz für die Dienstboten in Vorschlag. Der Entwurf enthält Bestimmungen über die Kost und namentlich auch über die Wohnungsverhältnisse, über Lohnzahlung, Arbeitszeit, Gewährung von Freizeiten, Ferien usw. Zur Entscheidung von Streitigkeiten zwischen den Dienenden und der Dienstherrschaft sollen an Stelle der Volksgesichte besondere Dienstbotengerichte eingesetzt werden, deren Mitglieder von der Gemeindeverwaltung zu wählen sind. Charakteristisch ist, daß die Vorsitzende von Kopenhagens Dienstbotinnenverein, Marie Christensen, diesen Gesetzentwurf nicht befürwortet, sondern wünscht, daß der geschickte Schach nur für noch nicht mindliche Dienstboten gelten soll, und sich auf die Seite einer aus Vadem und Konservativen bestehenden Kommissionsminderheit stellt, die nicht will, daß durch ein neues Gesetz der Dienstherrschaft „neue Lasten zum Vorteil der Dienstleute“ auferlegt werden. Eine weite Vertreterin von Arbeiterinneninteressen!

Man darf jedoch erwarten, daß die radikale dänische Regierung sich dem vornehmlich von unseren Parteigenossen ausgearbeiteten Schutzgesetzentwurf anschließt. Auf jeden Fall wird aber die dänische Gefindeordnung demnächst beseitigt werden.



A. WERTHEIM

G. m. b. H.



ORANIEN-STRASSE

Besonderes Angebot für Sonnabend:

FUTTERSTOFFE

Tailenfutter ^{zweiseitig} Mtr. 48 Pf.
 Rauschfutter ^{ca. 100 cm} ^{breit Mtr.} 45 Pf.
 Einfarbiger Satin
 mit Seidenglanz Mtr. 55, 65 Pf.
 Damast-Jackettfutter
 ca. 100 cm breit . . . Mtr. 1.30
 Gemustert. Jackettfutter
 ca. 140 cm breit . . . Mtr. 1.45

KLEIDERSTOFFE

Wollbatist ^{einfarbig und gemustert, ca. 110 cm} ^{breit} Mtr. 1.65
 Blusenseide ^{in modernen Streifen} Mtr. 1.45
 Bedruckter Wollmusselin . . . Mtr. 65 Pf.
 Batist-Krepon ^{Punkt- und Blumenmuster . Mtr.} 48 Pf.

Ein grosser Posten: Blusenhemden

gestreifte Popeline, in hellen und mittleren Farben,
 Vorderteil in Falten, vorn zum durchknöpfen . . . 3.45

KURZWAREN

Schweissblätter ^{mit Natur-} ^{Gummi}
 Paar 23 und 28 Pf.
 Druckknöpfe ^{Marke Ke-} ^{hlinor Dtr.} 15 Pf.
 Besenborte ^{gute Qualität} ^{Mtr.} 12 Pf.
 Blitznadeln ^{Brief} 10 Pf.
 Stopfnadeln ^{Brief} 7 Pf.
 Nähseide ^{auf Rollen, schwarz}
 5 Gramm 12 Pf., 10 Gramm 24 Pf.

Die Wahl

welches die einzig richtige Einkaufsquelle für Möbel u. Garderoben ist, kann nicht schwer fallen, denn es ist längst kein

geheim-

nis mehr, dass Sie am vorteilhaftesten in meinen beid. Kredit-Geschäften kaufen

In grosser Auswahl empfehle zu den coulantesten Bedingungen

Möbel-Einrichtungen

mit **20** Mark Anzahl. mit **35** Mark Anzahl. mit **60** Mark bis 100 Anzahl.

2 Betten
1 Kleiderspind
1 Spiegelspind
1 Spiegel
4 Stühle und
1 kompl. Küche

2 Hetsstühlen
2 Matratzen
1 Kleiderspind
1 Vertiko, 4 Stühle
1 Trumeau
1 Sofatisch
1 kompl. Küche

1 Pflanscheln mit Umbau
1 Salontisch
1 Kleiderspind
1 Vertiko
1 Trumeau
1 Waschtollette
6 Stühle

1 Küche
1 Stores
Gardinen
Teppich

pro Woche 1.50 M. pro Woche 2-3 M. Bequeme Teilzahlung

Gratis: 2 Vorleger
Gratis: 1 Teppich
Gratis: 1 Regulator

in besonderen Etagen: Moderne

Paletots und Anzüge

1 Paletot oder 1 Anzug 20 M. Anz. 5 M.
 1 Paletot oder 1 Anzug 26 M. Anz. 6 M.
 1 Paletot oder 1 Anzug 36 M. Anz. 8 M.

erhält jeder Käufer eines Paletots oder Anzugs
 Gratis eine Herren-Rem.-Uhr oder Hose!

Damen-Garderoben
 Nur Neuheiten - in grosser Auswahl
 Grösstes Kredit-Institut Deutschlands

A. DAMITT

I. Geschäft Rosenhalerstr. 46-47 — Ecke Neue Schönhauser Strasse
 II. Geschäft Müllerstrasse 181 I Am Wedding-Platz

Jeder Herr, welcher schön!

und elegant sich kleiden will, empfehlen wir große Rollen beste Monatsgarderobe. Unsere Sachen sind in feinsten Werkstätten (teils auf Seide) gearbeitet, von Herrschaften, Doktoren, Kavaliere mit langer Zeit gebraucht. Für jede Figur (auch für den stärksten Herrn) haben wir passende Sachen auf Lager, sabelhaft billig. Ausserdem Herren-Paletots . . . 8 12 14 18 M. | Gehrock-Anzüge . . . 14 18 22 26 M.
 Jackett-Anzüge . . . 10 12 16 20 M. | Herren-Hosen . . . 3 4 5-7 M.
 Hoch-Anzüge . . . 12 16 18 20 M. | Jacketts, Grads, Smoking etc.

J. WAND, Hauptgeschäft: Gr. Frankfurter Str. 116, an der Monats-Garderoben-Haus. II. Geschäft: Chausseest. 89. III. Geschäft: Brunnenstrasse 179.

A. B. Koch

Kohlen-Brickett-Großhandlung
 Gegründet 1893.
 Haupt-Kontor Berlin O. 34, Petersburger Straße 1 (gegenüber Warschauer Straße).
 Filialen: Amt 7 Str. 3040 u. 3096.

Lagerplätze u. Verkaufsstellen

I. O. 34. Ost.-Güterbahnhof, Eing. Rüdersdorfer Str. 71, fr. Ostbahnpark.
 II. O. 17. Ost.-Güterbahnhof, Fruchtstr. 13.
 III. N. 113. Behmstraße 28-34, Ecke Schivelbeiner Straße.
 IV. N. 65. Antonstraße 36-41, Ecke Ruhelandsstraße.

Preise für nur la Marken ab Platz von 10 Str. an:

Prima Halbhaine
 Ferdinand Str. 88 Pf.
 Waringland Sal. Str. 90 Pf.
 Wämerichalt und
 Gotth. Salen Str. 99 Pf.
 la Diamant, gefchl. geschäft
 (fr. Str. 110-120 St.) Str. 105 Pf.
 Jife Str. 105 Pf.
 la Anthrazit-Gads Str. 2.30

Kohle, Holz, Steinkohlen usw. zu den billigsten Tages- u. Konventionspreisen. Anlieferung frei Keller je nach Quantum pr. Str. 10-15 Pf. mehr. — Bei Originalwaggons und größeren Abhängen verlangen Sie meine Spezial-Offerte.



Zur Einsegnung!

Anzüge aus schwarzen Kammgarn- u. Meltonstoffen Mk. 21.50, 17.50, 14.50

Anzüge aus dunkelblauem Kammgarn- u. Cheviot, ein- und zweifachig, Formen Mk. 28.50, 24.50, 18.50

Anzüge aus tief-schwarzen la. Kammgarn- u. Tuch-Kammgarn-Stoffen. Pa. Verarbeitung. Mk. 30.00, 30.50, 24.50

Anzüge zur Prüfung aus haltbaren, modern gemusterten Stoffen. Mk. 22.50, 19.50, 17.50



Nur eigene Konfektion. — Prima Rohhaar-Verarbeitung.

M. Schulmeister
 BERLIN SO., Dresdenerstraße 4, Hochbahn-Station Kottbuser Tor.
 SCHÖNEBERG, Hauptstraße 149.

Auch Sonntags geöffnet von 7-10 und 12-2 Uhr.

Central-Leihhaus ^{nur allein} Jägerstraße 71

Hochelegante Monatsgarderoben, teils in prima Seide, zu sehr mäßigen Preisen.
 Durch Ankauf von Gelegenheitsposten, welche billig erworben sind, sind wir in der Lage, Monatsanzüge, teils Maßgarderoben, Hochzeits- sowie Einsegnungs- und Knabenanzüge zu äußerst billigen Preisen abzugeben, und ist die Auswahl jetzt bei Beginn der Frühjahrssaison in den schönsten Mustern eine außergewöhnlich große.
 Moderne Frühjahrs-Paletots u. Anzüge ^{teils in} ^{guter Seide} Monatsgarderobe ^{jetzt für M. 9, 10, 12, 15, 20, 25.}

Verantwortlicher Redakteur Richard Barth, Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Bornhards Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Gerichts-Zeitung.

(Siehe auch 3. Beilage.)

Das Todesurteil gegen Jänemann aufgehoben.

Wie uns ein Telegramm meldet, hat das Reichsgericht gestern das Urteil des Schwurgerichts beim Landgericht I in Berlin, durch das der Friseurgehilfe Johann Jänemann wegen Ermordung der Verkäuferin Alice Rakowski und wegen Diebstahls in zwei Fällen zum Tode und zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt war, auf die Revision des Angeklagten aufgehoben, weil ausweislich des Protokolls eine Zeugin nicht vereidigt war, wiewohl gesetzliche Gründe für ihre Nichtvereidigung nicht vorlagen.

Verfassungen.

Der Arbeiterinnenschutz und Heimarbeiterschutz im Deutschen Reichstage.

Mit diesem Thema beschäftigten sich am Montagabend vier öffentliche Versammlungen der Arbeiter und Arbeiterinnen der Konfektionsbranche aller Branchen, einberufen vom Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäscharbeiter. Die Versammlungen, die für den Wedding im „Köster Hof“, für den Norden in Obiglos großem Saale, für den Osten bei Paul Litfin und für den Südosten im „Reichenberger Hof“ stattfanden, waren durchgehends, gemessen an dem Umfange, daß die Konfektionsarbeiterschaft zu einem großen Teile noch immer eine unbegrenzte Arbeitszeit hat, gut besucht. Referenten waren die Reichstagsabgeordneten Albrecht und Robert Schmidt, der Stadtverordnete Ritter und der Verbandsvorsitzer Käming. Die Ausführungen der Referenten deckten sich im wesentlichen mit dem Inhalt der folgenden Resolution, die in allen vier Versammlungen angenommen wurde:

Die heute, den 28. Februar 1910 tagende Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen der Gewerbe der Häberei und Schneiderei tätigen Heimarbeiter, insbesondere die Arbeiter und Arbeiterinnen der Herren-, Damen- und Kinderkonfektion haben ein gefälliges Eingreifen zum Schutz der Heimarbeit gegen die übermäßige Ausbeutung ihrer Arbeitskraft, sowie den Erlaß sanitärer Schutzmaßnahmen für dringend erforderlich.

Der Gesetzentwurf, den die Regierung dem Reichstage gegenwärtig zur Beschlußfassung vorgelegt hat, erfüllt nicht die Anforderungen, die die Arbeiter und Arbeiterinnen unseres Berufes zu stellen haben. Die Regelung der wichtigsten Frage des Heimarbeiterschutzes darf nicht in das freie Ermessen des Bundesrates, der Landeszentralbehörde und Polizeibehörden gestellt sein, vielmehr muß eine allgemeine gesetzliche Anforderung gestellt werden.

Besonders wichtig erscheint ein Eingriff in die Lohnverhältnisse.

Die im Gesetz vorgesehene Aushängung von Lohnlisten sollte allgemein für die gesamte Heimarbeit gefordert werden, nicht aber den Behörden überlassen werden, ob sie durch Verordnung die Aushängung von Lohnlisten verfügt. Die Heimarbeiter müssen in der Lage sein, zu prüfen, welche Preise für die einzelnen Artikel im Geschäft bezahlt werden.

Die Einführung des Lohnbuchs durch die Konfektionsverordnung hat sich bewährt und findet nur noch in den Kreisen der Konfektionäre Widerspruch, ohne daß allerdings eine stichhaltige Begründung für diesen Widerspruch gegeben werden könnte.

Wenn wir auch annehmen, daß eine Verordnung für das Konfektionsgewerbe nach den neuen Bestimmungen des Gesetzes die Lohnbücher nicht ausschaltet, so sehen wir doch andererseits keinen Grund ein, weshalb eine so wichtige Bestimmung des Gesetzes nicht für die gesamte Heimarbeit möglich wäre.

Die wirtschaftliche Besserstellung der Heimarbeiter, die wichtigste Frage des Heimarbeiterschutzes, kann eine wirksame Förderung durch die Festsetzung von Zwangsstarifen oder Minimallohnen durch paritätische Lohnkommissionen erlangen. In dieser wichtigen Frage vermag die Vorlage, und die Regierung nimmt zu den Lohnkommissionen einen so entschieden ablehnenden Standpunkt ein, daß für die Heimarbeiter in wirtschaftlicher Beziehung von jener Seite keine Hilfe zu erwarten ist.

Wir fordern deshalb die Ausgestaltung der Gesetzgebung zu einem wirklichen Heimarbeiterschutz; die Regierungsvorlage läßt keine durchgreifende Reform erwarten, weil hier die Interessen der Unternehmer eine größere Beachtung gefunden haben als die der Arbeiter.

In der Generalversammlung des 5. Wahlkreises („Vorwärts“ Bericht in Nr. 52) sind vom Genossen Ruch über die „Brandenburger Zeitung“ Angaben gemacht, die nicht ganz zutreffen. Ruch und Verlag der „Brandenburger Zeitung“ ersuchen und daher zu berichtigen, daß die Auflage dieses Blattes nicht 12 000, sondern annähernd 14 000 beträgt.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 6. März, vormittags 9 Uhr, Pappel-Allee 15-17; freireligiöse Vorlesung. Vormittags 11 Uhr: Kleine Franzfurter Straße 6: Vortrag von Herrn Professor Dr. H. Gehle: „Regenten, welche Freidenker waren“. Damen und Herren als Gäste sehr willkommen.

Vermischtes.

Von einem Automobil überfahren und lebensgefährlich verletzt wurde in der verflochtenen Nacht der in der Müppiner Straße 32 wohnhafte 23jährige Schlosser Ernst Triebes. Er passierte gegen 1/2 1 Uhr, von der Nacharbeit kommend, die Brunnenstraße und wollte den Fahrdamm an der Ecke der Stralsunder Straße überschreiten. Als der Schlosser einer ihm entgegenkommenden Droschke

ausweichen mußte, geriet er gegen ein herankommendes Automobil, wurde von diesem umgerissen und überfahren. Blutüberströmt und bestimmungslos wurde der Verunglückte nach der Unfallstation in der Badstraße gebracht, wo Bruch beider Arme, eine klaffende Kopfwunde, eine Gehirnerschütterung und schwere innere Verletzungen festgestellt wurden. Nach Anlegung von Notverbanden wurde er in bewußtlosem Zustande nach dem Rudolf-Virchow-Krankenhaus übergeführt, wo er hoffnungslos darniederliegt.

Folgschwerer Gerüstesturz in Altona. Aus Altona wird vom gestrigen Tage gemeldet: Heute nachmittag stürzte in dem hiesigen Hauptbahnhof ein bei einer Dachreparatur in der Empfangshalle verwendetes Gerüst ein. Vier Personen wurden dabei schwer verletzt und mußten ins Krankenhaus gebracht werden.

Das amerikanische Lawineneis.

Ein Telegramm aus Seattle meldet: Hier ist die Nachricht eingetroffen, daß es gelungen ist, einen weiteren Wagen des im Kaskadengebirge von einer Schneelawine verschütteten Eisenbahnzuges freizukaufen. Darin wurden zehn Passagiere, die sechzig Stunden im Schnee begraben lagen, noch lebend vorgefunden. Einer der Geretteten ist geistig vollständig verwirrt.

Eine Ballonhülle weggesogen. Aus Köln wird vom gestrigen Tage gemeldet: Als heute vormittag von dem Clouth'schen Luftballon Gas in den Kugelballon „Clouth 5“ abgefüllt wurde, wurde durch den herrschenden starken Wind das Netz des Kugelballons mit den Sandfäden auf einer Seite in die Höhe gehoben, und die zu drei Vierteln mit Gas gefüllte Hülle aus dem Netz herausgedrückt. Die Hülle flog in westlicher Richtung davon.

Große Feuerbrunst. Wie aus Paris gemeldet wird, zerstörte in Laroche eine Feuerbrunst in einigen Stunden die große Mälzerei. Der Schaden wird auf 1 1/2 Millionen Franc veranschlagt. Mehrere hundert Arbeiter sind hierdurch auf längere Zeit beschäftigungslos geworden.

Der vermisste Dampfer „Baratah“ untergegangen?

Ein Telegramm aus Kapstadt meldet, daß das Meer an der Küste in der Nähe von Mossel Bay große Mengen von Schiffstrümmern an Land geworfen hat, unter denen sich Rettungsringe mit den Initialen „W“ befinden, die wahrscheinlich von dem Dampfer „Baratah“ stammen. Man befürchtet, daß dieses Schiff, von dem man seit 27. Juli v. J. ohne jegliche Nachricht ist, vollständig verloren gegangen ist.

Zusammenstoß zweier Straßenbahnwagen.

Aus St. Etienne wird gemeldet: Vorgestern abend 10 1/2 Uhr stießen auf dem Volkspfad zwei Straßenbahnwagen zusammen, wobei einer der Wagen umstürzte. Fünf Passagiere wurden schwer verletzt.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berl. Reichstagswahlkreis. Rudolf Stief. Ehren seinem Andenken! Die Beerdigung findet Sonntag, den 6. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Luther-Kirchhofes in Lankwitz, Marienfelder Straße, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 210/8 Der Vorstand.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerbl. Arbeiter. Hermann Kochan. Ehren seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, den 6. März, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes, Köpenicker Straße, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 184/2 Die Ortsverwaltung.

Zentralverein aller in der Hut- u. Filzwarenindustrie beschäft. Arbeiter u. Arbeiterinnen. Georg Jantsch. Dankagung. Für die beim Tode meines innig geliebten Gatten und meines guten Vaters und erwiesene Teilnahme lagen mir hiermit allen Freunden und Bekannten unseren besten Dank. Anna Galla nebst Sohn.

Gesucht als Zeugen werden der Unterzeichner Thinius (Tinius) und der Arbeiter Gottschalk. S. Boltuch. wöchentliche Teilzahlung liefert fertige Herren- u. Knabengarderobe. Frankfurter Allee 75, L. Eingang Tilsiterstrasse.

Dr. Simmel Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 3-4. Ausverkauf wegen Geschäftsverlegung meines großen Lagers in Monats-Garderoben sowie neuer Wahlen: Anzüge, Paletots u. s. w. an für jede Figur passend. 155. Brunnenstraße 155. (Ab 1. April: Prinzenstr. 247.)

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker sollte zur Arbeit die Lederhose Herkules tragen. Unerleichte Leistungsfähigkeit. Allein-Vorkauf. Sehr starkes Leder in grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Band aus einem Stück gearbeitet, wodurch besondere Haltbarkeit bedingt ist. 4 M. 50

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises. Hermann Pflüger. Ehren seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Montag, den 7. d. Mts., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle der Philippus-Kapelle-Gemeinde aus nach dem hiesigen Friedhof in Friedrichstraße statt. Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Rudolf Rothe. Ehren seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Montag, den 7. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Bethlehems-Friedhofes, Nieder-Schönhausen, aus statt. Die Bezirksverwaltung.

Dankagung. Für die überaus zahlreiche Beteiligung bei der Beerdigung unseres geliebten Vaters, des Zigarrenfabrikanten Albert Tietsch sowie für die herrlichen Spenden lagen mir allen Beteiligten, insbesondere dem Wahlverein des sechsten Berliner Wahlkreises unseren tiefgefühltesten Dank. Die Hinterbliebenen. Gemeinsame Orts-Krankenkasse für Königs-Wusterhausen n. Umgegend. Max Wiebach. Ehren seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Sonntag, den 5. d. M., nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des hiesigen Friedhofes in Friedrichstraße aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 66/20 Die Bezirksverwaltung.

Nathan Wand 129 Stalitzer Str. 129. Die schönsten Herren-Frühjahrs-Paletots und Anzüge sowie speziell Monats-Garderobe von Kavaliereu getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziell auch angezogen sind in großer Auswahl stets zu stamend billigen Preisen zu haben. Nathan Wand 129 Stalitzer Str. 129. Hochbahnstation Kottbuser Tor. Bitte auf Hausnummer zu achten.

Zentralhaus mod. Herrenbekleidung. Neue Friedrichstr. 35 liefert an jedermann elegante Herren-Garderoben fertig und nach Maß unter Garantie für tadellosten Sitz gegen wöchentl. Teilzahlung von 1 M. an. Auf Wunsch Besuch des Liefersenden mit neuesten Stoffmustern. Sonntag geöffnet. Einsegnungsanzüge vorrätig.

Berufs- u. Schutzkleidung für alle Zweige der Gewerbe u. Industrie, Sanitätsdienst usw. BAER SOHN Spezial-Haus größtes Maßstabes Chausseestr. 39-30 - Brückenstr. 27 Gr. Frankfurterstr. 30 Schöneberg, Hauptstr. 18. Haupt-Katalog gratis u. franko. Nachr. ...

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands. Hermann Pflüger. Ehren seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Montag, den 7. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des hiesigen Friedhofes in der Köpenicker Straße, Ecke Seestraße, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 74/11 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Max Wiebach. Ehren seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Sonntag, den 5. d. M., nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des hiesigen Friedhofes in Friedrichstraße aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 66/20 Die Bezirksverwaltung.

General-Versammlung der Kaffe Kaff. Tagesordnung: Beschlußfassung über die Annahme der Rechnung des Vorjahres. Die gewählten Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden hierzu ergeben eingeladen. Königs-Wusterhausen, 3. März 1910. Der Vorstand. O. Schmidt, Vorsitzender.

Nathan Wand 129 Stalitzer Str. 129. Die schönsten Herren-Frühjahrs-Paletots und Anzüge sowie speziell Monats-Garderobe von Kavaliereu getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziell auch angezogen sind in großer Auswahl stets zu stamend billigen Preisen zu haben. Nathan Wand 129 Stalitzer Str. 129. Hochbahnstation Kottbuser Tor. Bitte auf Hausnummer zu achten.

Steppdecken nur eigene Fabrikation im Hause. Einzelverkauf an Feinste zu Fabrikpreisen. Bernhard Strohmandel, Berlin, 72. Wallstr. 72. mo auch alte Steppdecken aufgearbeitet werden. - Kultur-Preis-Katalog gratis.

Dr. Schönemann Spezialarzt für Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten, Friedrichstr. 203, Ecke Schöneberg, Montag 10-2, 5-7.

Wilhelm Bailleul nach langem, schwerem Leiden entschlafen ist. Dies zeigt im Namen der Hinterbliebenen an F. Hartwig. Die Beerdigung findet morgen Sonntag, den 6. März, nachmittags 4 1/2 Uhr, auf dem Friedhof der Französischen Gemeinde in der Liebenstraße statt.

Todes-Anzeige. Am Donnerstag, den 3. März, verstarb nach längerem, schwerem Leiden unsere liebe Mutter, Schwägerin, Schwester und Tochter Luise Vogt geb. Weber im Alter von 28 Jahren. Dies zeigt bestürzt an Bernhard Vogt. Die Beerdigung findet Sonntag, den 6. März, von der Kapelle des St. Pauls-Friedhofes aus statt. 9063

S. Gottlieb Komplette Wohnungs-Einrichtungen 180 M. 250 M. 500 M. 750 M an 15 M. 20 M. 50 M. 75 M Anz. Einzelne Möbel jeder Art schon mit 5 M. Anz. u. 1 M. wöchentl. Abzahl. Bequemste Zahlungsweise Möbel auf Kredit Möbel auf Kredit Rosenthalersr. 54 I. Etage

HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE

ALEXANDERPLATZ

FRANKFURTER ALLEE

Sowelt Vorrat

Nur für heute, Sonnabend, gültig

Sowelt Vorrat

Lebensmittel

Feine Leberwurst..... Pfd. 90 Pf.	Ho'stein. Cervelat oder Salami Pfd. 1 10	Zwiebelwurst..... Pfd. 42 Pf.
Land-Leberwurst..... Pfd. 80 Pf.	Mettwurst Braunschweiger Art... Pfd. 95 Pf.	Rotwurst..... Pfd. 42, 60 Pf.
Pasteten-Leberwurst... Pfd. 95 Pf.	Thüringer Cervelat oder Salami Pfd. 1 20	Delikatess-Fleischwurst Pfd. 75 Pf.
Jagdwurst..... Pfd. 85 Pf.	Teewurst Rügenwalder Art..... Pfd. 1 10	Delik. Würstchen ^{In Dos.} _{6 Paar} 75, _{8 Paar} 90 Pf.

Schinkenspeck... Pfd. 1 ⁰⁰	Kassel. Rippespeer Pfd. 80 Pf.	Mausschinken... Pfd. 1 ²⁰
Junge Tauben... Paar 1 ²⁵	Hirschwild ^{Ragout Blatt Rücken Keule} Pfd. 25 55 80 90 Pf.	Suppenhühner ^{St.} 1 ⁵⁰ 1 ⁷⁵ 1 ⁹⁵
Brathühner ^{Stck.} 1 ³⁰ 1 ⁵⁰ 1 ⁷⁵	Grosse Brathähne ^{Stück} 2 ²⁵ 2 ⁵⁰	Schneehühner ^{Stück} 85 Pf.
Graue Reinetten Pfd. 16 Pf.	Ital. Tafelbirnen ^{Orig.-Käfig} _{... Pfd.} 24 Pf.	Apfelsinen ^{Dtz.} 20, 30, 40 Pf.
Blumenkohl... Kopf 10 Pf.	Neue franz. Kartoffeln Pfd. 15 Pf.	Matjesheringe ^{St.} 10, 15, 20 Pf.
		Tomaten ^{Orig.-Kiste} _{ca. 14 Pfd.} 2 ⁷⁵ Pfd. 20 Pf.

Lassen Sie sich nicht täuschen!

Verlangen Sie nur die anerkannt besten

Kautabake

von

G. A. Hanewacker, Nordhausen.

Nur echt in 10 Pfennig-Rollen

" " " 5 Pfennig-Stangen

Twist nur echt mit Kopfbild.

Achten Sie auf den Einlagezettel mit Firma in jeder Rolle und in jedem Bunde Stangen.

G. A. Hanewacker, Nordhausen.

Weisen Sie Nachahmungen zurück.



Essenziell, wenn man solchen in Berlin geradezu einzig in seiner Art dastehendem

Waren- u. Möbel-Kredit-Haus von

Hugo Udo Cohn

No. 13 Kottbuser Damm No. 13

in Anspruch nimmt. Dort erhält jede Dame, jeder Herr

auf allerbequemste Teilzahlung

Einzelne Möbel und Polsterwaren

Teppiche, Gardinen, Portieren

Vollständige Wohnungs-Einrichtungen

Herren-, Damen- und Kinder-Garderobe

Kleiderstoffe, Wäsche, Schuhwaren etc.

Wieviel Worte enthält dieses Inserat! Richtige Lösungen sende man gefl. obige Adresse. Aufklärung erfolgt spät.

Achtung!

Weniger als eine Cigarre. Mehr als eine Cigarette!

Pickwick-Cigarillos.
10 St. 35 Pf., 100 St. 3.35 M.

Vorzügliche
Qualität



Begründet 1830

CIGARREN-FABRIKEN

J. Neumann

Im 170 Niederlagen gleiche Qualitäten unter gleichen Nummern zu gleichen Preisen !!

Möbel Lechner

Brunnenstraße 7, am Rosenthaler Tor
Laden und 1. Etage.

Wohnungs-Einrichtungen
in kolossaler Auswahl
auf Kredit und gegen Bar

Bei Anzahlung
von Mk. 15,- bis Mk. 20,-

- 1 Kleiderschrank
- 1 Bettstelle
- 1 Matratze
- 2 Stühle
- 1 Tisch
- 1 Spiegelspind
- 1 Kücheneinrichtung

pro Woche Mk. 1,- bis Mk. 2,-

Bei Anzahlung
von Mk. 30,- bis Mk. 40,-

- 1 Kleiderspind
- 1 Vertiko
- 2 Bettstellen, 4 Stühle
- 1 Sofatisch
- 1 Spiegel
- 1 Spiegelspind, 1 Sofa
- 1 farbige Küche

pro Woche Mk. 2,- bis Mk. 3,-

Einzelne Möbelstücke von Mk. 5,- Anzahlung an.
Fornar: Herren-, Speise-Zimmer, Salon etc.
Liefere auch nach auswärts! Auf Wunsch Katalog!
Vorzeiger dieses Inserats erhält bei Kauf Mk. 5,- gut-
geschrieben. — Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten.

Begründet 1873 Hut-Salinger Begründet 1873

Engros Spezialhaus für Neuheiten Export
in Filzhüten, Zylinderhüten, Chapeau claque, Strohhüten.

Einzelverkauf

zu sehr billigen
u. streng festen Preisen.

Neue Königstr. 48, 1 Treppe, am Alexanderplatz.
Reparaturen werden sauber und billig ausgeführt.

Warnung vor minderwertigen Rollschuhen! Sie sind gefährlich und haben zu langsamem Lauf!

Das anerkannt leistungsfähigste Meisterfabrikat ist die Marke: **„Sport“**

Einrichtung von Rollschuhen

Vorzüge:
Saubere Präzisions-Arbeit, größte Haltbarkeit, entzückender Lauf, H. vernickelt, ausziehbar, für jeden Fuß passend, geschützte Kugellagerung, trotz billigster Preise: No. 309 für Herren . . . 9.45 M. No. 310 für Damen . . . 10.45 M.

gegen Voreinsendung zuzüglich Porto oder Nachnahme des Betrages (0.85 M. mehr). — Nachweisbaren Wiederverkäufern entsprechender Rabatt.

Rollschuh-Import-Haus, Berlin 1, Friedrichstraße 12.
Prospekte gratis und franko.

Hut-Arnold Dresdenstr. 116
(Kein Laden) am Oranienplatz

Hut und Mützen Engros-Geschäft.
Einzelverkauf zu auffallend billigen aber festen Preisen



Strohhüte aller Art sehr billig.
Weiche Herrenhüte v. 1.50-6.00
Nur fehlerfreie moderne Ware.
Steife Herrenhüte v. 2.00-7.00
Nur fehlerfreie moderne Ware.
Grösste Auswahl in Mützen und Strohhüten.

Kautabake — 5 Pfg.-Rollen
der Firma
Fischer & Herwig, Hann. Münden.
Erstklassiges Fabrikat.
Hauptniederlage:
Max Ziegenhals, Berlin NO., Neue Königstr. 70
Amt VII, 3047.

Kredit!

C. Wuchsmann & Co.
Reinickendorferstr. 15
Ecke Ravenstraße neben der Feuerwache

gibt
Jedermann
Kredit

Möbel

ganze Einrichtungen
sowie einzelne Ersatzstücke

Polsterwaren □ Teppiche □ Gardinen
Portièren □ Tischdecken □ Betten etc.

**Herren- und Damen-
Konfektion**

In grösster Auswahl
zur Saison-Neuheiten

Schuhwaren
Kinderwagen

Alles auf
KREDIT.

Kredit!

**Wöchentliche Abzahlung
von 1 Mark an
Kredit!**

**Geringe Anzahlung
Kredit!**

Norden

Halle's Schuhhaus

Chausseestr. 75
Eckhaus an der Panke

eröffnet heute
Sonnabend, den 5. März

nachmittag 4 Uhr
eine weitere Verkaufsstelle

Schönhauser Allee 113
Ecke Schivelbeiner Straße.

Jeder Käufer erhält ein Geschenk.



Gebrüder Becker, Moabit

Gegründet 1885 |
Centrale: Wilsnacker Str. 66, Ecke Turmstraße
Filiale: Turmstraße 36 (Nähe Arminiusplatz)

**Hüte, Mützen, Wäsche, Krawatten
Handschuhe, Pelzwaren
Schirme, Stöcke**

Reparaturen: schnell und billigst!

Größtes Geschäft der Herren-Artikel-Branche in Moabit.

Vorwärts-Leser
25 Prozent Rabatt

Sehr billige Preise
u. beste Qualitäten!

Kredit. Möbel auf Teilzahlung

bei allerkleinster An- u. Abzahlung. Größte Rücksicht
bei Krankheitsfällen und Arbeitslosigkeit.

E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58

**Arbeiter finden für ihren Beruf
gute und billige Kleidung in großer Auswahl**

Brunnenstr. 152, Otto Heinicke.

En gros detail
**Knaben- und
Jünglings-Garderobe**

fertig u. nach Maß
am billigsten und realisten in
der Fabrik

**Koppenstr. 85, part.,
2 Minuten v. Schles. Bahnhof.**

Karl Hustädt.

Stoffschalen

Liefere direkt an Stahlermeister. An-
fragen unter J. V. 6416 befördert
Rudolf Mosse, Berlin SW.

Tel. Amt III 1020. Gegründet 1877. Tel. Amt III 1020.

Zum Goldonkel
Karl Lütow, Goldschmiedemeister
Brunnenstr. 195 am Rosenthaler Tor
Gold- u. Silberwaren, Uhrenlager

Trauring-
Fabrik

Reparaturen
in eigener
Werkstatt
gut u. billig.

Streng reelle Bedienung.
Vorzeigern dieses 5% Rabatt.





Hochelegante

Jackett-Anzüge in tausendfachen Mustern und modernen Fassons, nur beste Qualitäten
M. 18, 22, 26, 28, 33, 36, 42 und 45.

Ulster u. Paletots in Cheviot u. Kammgarn
M. 18, 22, 25, 28, 33, 36 und 40.

Jünglings-Anzüge hochschicke Fassons u. Verarbeitung in blau, schwarz und den neuesten couleurnten Dessins
M. 12, 15, 18, 21, 23, 25 und 28.

Knaben-Anzüge in Sport-, Blusen- u. Jackett-Form, entzückende Verarbeitung u. Stoffe,
in jeder Preislage.

Großes Lager
in Kleidung für **starke und
soklanke** Figuren.

Anfertigung nach Maß in elegantester Ausführung,
× × × × tadellos sitzend, zu billigen Preisen. × × × ×

Streng feste, billige Preise.

Heitinger & Co., Deutsche Compagnie,
Oranienstr. 40/41, am Oranienplatz.



Gegründet 1888. Trotzdem ich nur ein Schaufenster habe, finden Sie in meinem großen Laden ein Riesnlager

Einsegnungs-Anzüge
in jeder Preislage, sowie feinere

**Herren- u. Knaben-
Garderobe**

können Sie bei mir ohne Kaufzwang besichtigen

Mein Verkaufssystem
schützt jeden Käufer
vor Uebervorteilung.

Jeder Anzug und Paletot trägt auf dem Etikett den deutlich lesbaren billigsten, aber streng festen Preis.

Bei mir gibt es kein Verschlagen,
kein Abhandeln.

Heinrich Ferester

Lieferant
des Rabatt-Sparvereins
Norden.

nur Reinickendorfer Straße 8,
am Weddingplatz, gegenüber der Dankeskirche,
neben der Markthalle.



Vorzeiger dieses
5
Proz.

Mut-Jacob
Sekunduhauser Allee 104

Unerreicht große Auswahl
in
Hüten und Mützen
nur erstklassiger Qualitäten.

Hygienische Bedarfs-
artikel
Dr. Zarembo,
Weinbergsweg 1, dir. a. Hofentbeler
Tor. Billigste Bezugsquelle!
Versuch f. zur dauernden Kundsch.




Leske & Slupecki

Schönhauser Allee 70c, Ecke der Star-
garder Straße.

Herren- und Knaben-Bekleidung fertig und nach Maß.

**Konfirmanden-
Prüfungs-Anzüge**

Frühjahrs-Anzüge • Frühjahrs-Paletots

Elegante Maßanfertigung. — Arbeiter-Berufs-Kleidung.

Telephon: Amt 3, 2902.

Feste, in Zahlen
gezeichnete Preise



Gerichts-Zeitung.

„Berliner Kirchenpleite“

war ein am 26. Oktober v. J. in der Zeitung „Das Reich“ erschie- nener Artikel überschrieben, der heute die 7. Strafkammer des Landgerichts I Berlin unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Spittler beschäftigte. Unter der Anklage der verkehrswidrigen Beleidigung hatte sich der Kanzlist Hugo Wilhelm zu verantworten, wegen wiederholter Beleidigung im Sinne des § 186 St. V. war der Redakteur des „Reich“, Dr. Hermann Dehnbacher angeklagt. Der Angeklagte Wilhelm baute unter seinen Bekannten folgendes ver- breitet: Er habe am Sonntag, 24. Oktober, den Vormittags-Gottes- dienst in der Stephanuskirche besuchen wollen und sei um 9 1/2 Uhr in der Kirche erschienen und habe sich über den geringen Besuch ge- wundert, 3 Männer, 7 Frauen und 2 Kinder. Als der Gottesdienst eröffnet werden sollte, sei der Küster auf der Kanzel erschienen und habe verkündet: der Gottesdienst falle wegen mangelhafter Beteili- gung aus, der Nachmittags-Gottesdienst finde um 6 Uhr statt. Diese tatsächliche Behauptung gab „Das Reich“ in einem Artikel vom 26. Oktober wieder und machte den Zufall: „Zur weiteren Kenntnis sei angefügt, daß der Gemeindevorstand und auch sämtliche drei Pastoren der Stephanus-Gemeinde der liberalen Richtung ange- hören. Liberale Kirchenpleite! Ihr positiver Wähler heraus!“ Als der Gemeindevorstand eine Verichtigung einforderte und darin die Behauptungen von Anfang bis zu Ende für unwahr erklärte, da der Gottesdienst abgehalten worden und mindestens 150 Per- sonen anwesend gewesen seien, fügte das „Reich“ in der Nummer vom 30. Oktober folgende Bemerkung hinzu: „Wir lassen es zunächst dahingestellt, ob die Verichtigung der Verwaltung der Stephanus- gemeinde, an der Spitze Herr Pfarrer Flöh, die Wahrheit ge- sprochen hat, oder Herr Hugo Wilhelm, Kontow, Wollanstr. 67.“ Angeklagter Wilhelm bleibt dabei, daß das, was er erzählt, wahr sei. Er sei um 10 Uhr in der Kirche erschienen, der Küster habe tat- sächlich den Ausfall des Gottesdienstes von der Kanzel verkündet und er selbst habe festgestellt, daß nur 12 Personen anwesend waren. Angell. Dehnbacher bestreitet jede Absicht der Beleidigung. Wil- helm habe den Artikel im „Reich“ nicht verfaßt, sondern er selbst auf Grund der Mitteilung eines zuverlässigen Herrn hin. Wenn in einer liberalen Kirchengemeinde ein so geringer Kirchenbesuch sich zeige, so habe er, der in dem polemischen Kampf der kirchlichen Richtungen die positive Richtung vertritt, das Recht, auf einen solchen Erfolg der liberalen Predigt hinzuweisen. Mit Wilhelm habe er sich erst nach Eingang der Verichtigung in Verbindung gesetzt, und nachdem er sorgfältige Erkundigungen über dessen Person ein- gezogen. Wenn er bei den sich ähnelnden gegenüberstehenden Behauptungen es dahingestellt lasse, wer die Wahrheit sage, so liege darin doch keine Beleidigung.

Pfarrer Flöh bezeugte als Zeuge: Am Sonntag, 24. Oktober, habe er den Vormittags-Gottesdienst abgehalten in Anwesenheit von mindestens 150 bis 200 Kirchenbesuchern. Er sei schon um 10 Uhr in der Kirche erschienen und habe nichts wahrgenommen, was den normalen Verhältnissen widersprach. Er habe sich in die Sakristei begeben und gleich nach 10 Uhr, als die Orgel gespielt hatte, habe er den Gottesdienst abgehalten. Die gegenteiligen Behauptungen des Angeklagten Wilhelm könne er sich nur psycho- logisch erklären. Er denke sich die Sache so: Wilhelm, der zur Stephanus-Gemeinde nicht gehöre, sei emigrierter Mitglied des Jüng- lingsvereins der Porphyr-Gemeinde und habe in Verbindung mit dem Pfarrer Schwarzkopff, dem Führer der positiven Rich- tung, Wilhelm habe sich vielleicht gesagt, daß es Pfarrer Schwarz-

kopff nicht ungern hören würde, wenn er ihm mitteilte, daß die Un- kirchlichkeit in einer liberalen Gemeinde so groß sei, daß ein Gottesdienst ausfallen mußte. Er werde aus der Tatsache, daß in einer neuen Gemeinde an der Peripherie und inmitten einer vor- wiegend aus Arbeitern bestehenden Bevölkerung der Kirchenbesuch mitunter nicht sehr zahlreich zu sein pflege, sich die phantastische Erzählung zurechtgelegt haben, um Herrn Pfarrer Schwarzkopff etwas Interessantes zu erzählen. Nachher sei es dem Angeklagten Wilhelm wohl schwer geworden, von seiner Erzählung wieder abzu- gehen. Das seien aber nur Vermutungen seinerseits. In der Stephanuskirche sei noch niemals ein Gottesdienst wegen geringer Beteiligung ausgefallen, noch nie sei der Besuch auf 12 Personen beschränkt gewesen. Die geringste Beteiligung sei bei einem Nach- mittags-Gottesdienst, als große Hitze herrschte, 40 Personen ge- wesen. — Küster Arumren, Kirchenältester Kiedel und Organist Aß befanden übereinstimmend, daß am 24. Oktober der Gottesdienst so abgehalten wurde, wie immer, daß etwa 150 Personen anwesend gewesen seien, daß der Küster niemals, und auch am 24. Oktober nicht, von der Kanzel etwas verkündet habe und daß der Gottesdienst pünktlich begonnen habe. Auf Befragen des Vorsitzenden bestätigt Pfarrer Flöh, daß er auch bei Anwesenheit von nur 12 Kirchen- besuchern gepredigt haben würde, denn sonst hätte er seine Amt- pflicht verletzt. Zwei Zeugen bezeugten, daß Wilhelm ihnen gleich am 25. Oktober die Sache erzählt habe. Rechtsanwalt Dr. West- hauer gibt dem Angeklagten Wilhelm, der bei ihm Kanzlist ist, das Zeugnis eines ungeschönllich treuen, korrekten und wahrheits- liebenden Mannes. — Der Gerichtshof erachtet für erwiesen, daß die ganze Geschichte von Anfang bis zu Ende von Wilhelm erlogen sei. Was er mit der beleidigenden Erzählung bezweckt habe, sei nicht recht ersichtlich, man könne nur annehmen, daß er sich lieb- kind machen wollte, da er wußte, daß zwischen den Geistlichen seiner Kirche und denjenigen der Stephanus-Gemeinde ein gewisser Ge- gensatz herrsche. Der Gerichtshof verurteilt den Angeklagten Wil- helm aus § 187 (Verleumdung) zu 100 M. Geldstrafe, Dr. Dehnbacher wegen des ersten Artikels aus § 186 (üble Nachrede) zu 300 M. Geldstrafe.

Eine „haarige“ Geschichte

lag einer Anklage wegen Körperverletzung und Diebstahls zugrunde, welche gestern die Strafkammer unter Vorsitz des Landgerichts- rats Methner beschäftigte. Angeklagt war die Friseurin Kartha L. — Eines Tages erschien bei der Angeklagten, deren Ehemann in der Frankfurter Straße ein Friseurgeschäft betreibt, die Tochter des Schneidermeisters Benzl aus der Landsberger Straße, um sich frisieren zu lassen. Da die junge Dame über ein sehr volles und langes Haar verfügte, bat sie die Angeklagte, ihr von den Spitzen des Haars etwas abzuschneiden. Am nächsten Tage ent- deckte sie zu ihrem Entsetzen, daß ihr die Angeklagte nicht, wie ver- langt, die Spitzen, sondern mehrere lange Strähnen ihres schönen blonden Haars abgeschnitten hatte. Der Verlust war für sie um so schmerzlicher, weil sie sich nunmehr nicht ordentlich frisieren konnte und sich große Mühen in ihrem Kopfschmuck geizten. Sie ging zu der Angeklagten zurück und verlangte die Herausgabe des ihr widerrechtlich abgeschnittenen Haars, welches sie sodann auch erhielt. Da dem Vater des jungen Mädchens zu Ohren gekommen war, daß häufig Friseure derartige Manipulationen vornehmen, um mit dem entwendeten Haar dann die modernen Lockenfriuren anzufertigen, erstattete er Strafanzeige. Das Schöffengericht ver- urteilte die Angeklagte wegen Diebstahls und Körperverletzung zu 5 Tagen Gefängnis. Gegen dieses Urteil legte die Angeklagte unter Vorwand des Rechtsanwalts Meyer Berufung ein. Bei der gestrigen

Verhandlung wurde der Gerichtssaal zu einer Art Friseursalon, da sich Fräulein B. zu Vergleichszwecken das Haar auflösen und dann in einer allerdings nicht modernen „Loreley-Frisur“ ihrer Zeugnispflicht genügen mußte.

Das Gericht schaltete die Anklage der Körperverletzung von vornherein aus, da nach einer Reichsgerichtsentscheidung zu dem Tatbestand der Körperverletzung gehöre, daß der Verletzte ein körper- liches Mißbehagen verspüre. Das Gericht hielt ferner nicht für festgestellt, daß die Angeklagte sich in diebischer Absicht das abge- schnittene Haar angeeignet hatte, wiewohl die Haare aufbewahrt waren und erkannte auf Freisprechung.

Diese Freisprechung hängt an einem sehr losen Haar. Denn dies rechtswidrige Abschneiden der Haare war eine Beleidigung und Sachbeschädigung. Freilich liegen sich die Berufsjuristen seit Jahrzehnten darüber in den Haaren, wie eine derartige Haarfor- mnahme juristisch zu katalogisieren sei. Daß sie strafbar ist, darüber sind sich ziemlich alle Juristen einig. Das Kammergericht wird sich mit dem keineswegs nur spähhaften Fall noch zu beschäftigen haben.

Witterungsbericht vom 4. März 1910, morgens 8 Uhr.

Table with 4 columns: Stationen, Barometere- stand mm, Wind- richtung, Windstärke. Rows include: Eutinende, Hamburg, Berlin, Frankfurt a. M., München, Wien, Dabrunna, Petersburg, Seelitz, Akerbeek, Paris.

Wetterprognose für Sonnabend, den 5. März 1910.

Hiemlich kühl, vorherrschend wolkig bei frischen östlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Table with 4 columns: Wasserstand, am 3. 3., seit 2. 3., am 3. 3., 2. 3., seit 1. 3. Rows include: Memel, Tilsit, Regal, Zisterburg, Seifels, Lohm, Ober, Ratibor, Groffen, Frankfurt, Carlhe, Sdrinum, Landsberg, Rege, Sordamm, Eide, Leimertz, Dresden, Barbo, Radeburg.

1) + bedeutet Sturz, - Fall, - 1) Unterbege, - 2) Eisgang. Der Eisgang der Memel ist beendet, es treiben nur noch einzelne Schollen. Das Wasser ist bei Schmältingen weiter gefallen, seit gestern um reichlich 1/2 Meter. Die Stromschnelle hat inzwischen die Klüftungsbänke des Stromes erreicht, ohne bemerkenswert hohe Wasser- stände hervorzurufen.

Advertisement for shoes featuring various styles and prices: 7.50, 8.50, 10.50, 12.50, 16.50. Includes 'CONDOR' brand logo and 'GARANTIE FÜR BESTES MATERIAL'.

Größte Auswahl der hervorragendsten Saison-Neuheiten!

Advertisement for shoes listing 'Damen-Schnürstiefel' and 'Herren-Schnürstiefel' with prices and descriptions. Includes 'Original-Goodyear-Welt' and 'Condor-Patent Schnürstiefel'.

CONRAD TACK & CIE. Schuhwaren-Fabrik Burg bei Magdeburg. Verkaufshäuser in Berlin und Umgegend: C., Spittelmarkt 15 (im Tollhaus), C., Rosenthaler Straße 14, W., Potsdamer Straße 50, W., Schillstr. 16, NW., Turmstr. 41, Ecke Oldenburger Straße, NW., Wilsnacker Straße 22, NW., Beusselstr. 29, N., Friedrichstr. 127, schräg gegen- über der Oranienburger Straße, N., Müllerstr. 3, N., Reinickendorfer Straße 23, gegen- über der Piantagenstraße, N., Brunnenstraße nur 37, N., Danziger Straße 1, O., Andreasstraße 50, O., Frankfurter Allee 125, SO., Oranienstr. 32 zwischen dem Oranienplatz und Adalbertstraße, SO., Oranienstr. 2a unmittelbar an der Hochbahnstation Oranienstraße, SO., Wrangelstr. 49, SW., Friedrichstr. 240-41, am Halleschen Tor, Charlottenburg: nur Wilmersdorfer Straße 122-123, Rixdorf: Bergstr. 30-31, Potsdam: Brandenburger Straße 54.

DEUTSCHE BANK.

Geschäftsbericht für das Jahr 1909.

Das vierzigste Geschäftsjahr unserer Bank, über das wir berichten, war ein Jahr der Erfüllung. Erfüllt hat sich die Hoffnung auf ein fortschreitendes Gedeihen des Wirtschaftslebens; aber auch die befürchtete Vermehrung der Steuern und Lasten ist nicht ausgeblieben.

Mit beispielloser Opferwilligkeit war das deutsche Volk bereit gewesen, die für die Bedürfnisse des Reiches erforderlichen grossen Lasten zu tragen; die Zerklüftung der politischen Parteien und der Eigenmühsal einzelner Stände haben jedoch den Finanzgesetzen eine Form gegeben, die von der Mehrzahl der deutschen Bevölkerung als ein Unrecht empfunden wird. Insbesondere ist das schon vorher doppelt besteuerte Einkommen aus Aktiengeschäften erhöhter Belastung unterworfen worden; bei den für die preussische Volkswirtschaft wichtigsten, nämlich bei allen grösseren Gesellschaften beträgt die Erhöhung der Einkommensteuer volle 50 %; eine in Preussen neu ins Leben tretende Aktiengesellschaft hat, bei Ausgabe ihrer Aktien zu pari und je nach den Umständen für Landes- und Reichsteuern 5 % und mehr zu bezahlen; bei Kapitalvermehrungen prosperierender Gesellschaften, deren Aktien ein erhebliches Agio bedingen, wachsen die Gebühren auf Prozentstätze, wie sie noch in keinem Lande vorgekommen sind. Die Belastungen treffen aber nur in seltenen Fällen die grossen Kapitalisten, die der Gesellschaftenform entraten können, sondern in der Regel die mittleren und kleinen Vermögen, die sich in der modernen Aktiengesellschaft zu machtvollen Einheiten zusammenschliessen. Diese Steuererhöhung beginnt die wirtschaftliche Unternehmung zu zwingen, sich ins Ausland zu flüchten, oder andere, wenn auch weniger geeignete Formen aufzusuchen.

Die Warenzufuhr von rund 2100 Millionen Mark zeigt in ihrer Zunahme, die nach den vorläufigen Anzeigen mehr als eine halbe Milliarde Mark beträgt, die gesunde Kaufkraft einer wachsenden Bevölkerung. Andererseits ist auch die Ausfuhr in erfreulicher Weise um rund 500 Millionen auf 6880 Millionen Mark gestiegen. Dass auch die Zahlungsbilanz sich noch zu Deutschlands Gunsten gestaltet hat, beweist das was auch bescheiden Überwiegen der Goldzufuhr. Die Ernte war eine aussergewöhnlich gute. Wie gewöhnlich, spürte das feldwiegende Barometer der Börse zuerst den Umsehung. Mächtig gefördert wurde die Besserung durch den unverkennbaren Aufschwung des Wirtschaftslebens in den Vereinigten Staaten. Der deutsche Effektenmarkt nahm willig über drei Milliarden Mark neuer Werte auf; davon entfiel, in ganz runden Summen gerechnet, ein Drittel auf die Anleihen des Reiches und der deutschen Bundesstaaten, ein weiteres Drittel auf die Anleihen deutscher Städte und deutsche Pfandbriefe, der Rest auf sonstige in- und ausländische Effekten aller Art.

Die Gewitterwolken am politischen Horizont, von denen wir vor Jahresfrist an dieser Stelle sprachen, haben sich glücklicherweise im Lauf des Berichtsjahres vollends zerstreut, obgleich das Wetterleuchten auf der Balkan-Halbinsel nie ganz aufhören scheint. Zum Jahreschluss war in Vorbereitung des englischen Wahlkampfes einiges, nicht ganz ernst zu nehmende Spöller jenseits des Kanals zu vernehmen. Gegenüber den systematisch ausgetragenen Verdrängungen der deutschen Politik ist daran zu erinnern, dass Deutschland nach erkrankter Einheit seit vierzig Jahren, in denen andere Staaten manchen Krieg geführt und manche Eroberung gemacht haben, sich der friedlichen Ausbildung seiner Kräfte gewidmet hat. Die Geschichte früherer Jahrhunderte lehrt, dass Deutschland, durch seine geographische Lage gezwungen, einer starken Rüstung zu Lande und zu Wasser bedarf; sie kostet zwar jährlich (1909) 1210 Millionen Mark; aber der erstarrte Wirtschaftskörper trägt diese leider unentbehrliche Belastung ohne übermässige Anstrengung. Auf den Kopf der Bevölkerung beträgt die Last jährlich annähernd 19 Mark, während Frankreich über 23 und England über 24 Mark auf den Kopf bezahlen; die absolute Ausgabe Grossbritanniens für die genannten Zwecke übersteigt sogar, trotz der geringeren englischen Volkszahl, die absolute Aufwendung des Deutschen Reiches, und zwar zuletzt um 60 bis 70 Millionen Mark jährlich. Während der vierzig Friedensjahre hat sich Deutschlands Volkszahl um mehr als die Hälfte erhöht und wächst noch jährlich um über 500 000 Köpfe. Dass gleichzeitig die einst so erhebliche deutsche Auswanderung seit Jahren auf den zweiten Teil früherer Zahlen (von 290 000 Köpfen in 1881 auf rund 150 000) gesunken und somit beinahe verschwunden ist, beweist wiederum, dass Deutschland nicht auf Eroberungen angewiesen ist, um seine Bevölkerung zu ernähren.

Auf einige weitere bemerkenswerte Erscheinungen des Berichtsjahres kommen wir in der nachfolgenden Besprechung unserer einzelnen Geschäftszweige zurück.

Unser Jahresgewinn ist Dank der günstigen Konjunktur um 4 Millionen Mark gestiegen; die gewaltige Zunahme der Gehälter, Gratifikationen und öffentlichen Lasten absorbiert indessen über 10 % dieser Zunahme, so dass für unsere Aktionäre nur ein halbes Prozent Mehrdividende übrig bleibt.

Unser Gesamtumsatz überstieg zum ersten Mal die Zahl von 100 Milliarden; er betrug, wie aus der beigebogenen Tabelle des Näheren zu ersehen ist, 101,23 Milliarden Mark gegen 94,4 Milliarden im Vorjahre; die Zunahme war bei der Zentrale prozentual etwas grösser, als bei den Filialen.

Die dem überseeischen Handel in hervorragendem Masse dienenden Filialen in London, Hamburg und Bremen haben friedlich gearbeitet. Die Zunahme unserer Aktien umfäll fast ganz auf diese Stellen, und zwar zum sehr erheblichen Teile auf das Akzept gegen Baumwollverschiffungen. Besonders gelangte die Baumwollrente etwas später als gewöhnlich und zu günstigeren Preisen zum Versand. Infolge der schwachen innenpolitischen Lage in England und der Kämpfe um das Budget, die dann zur Auflösung des Parlaments führten, wurde die Besserung der allgemeinen Konjunktur in London in geringerem Masse empfunden, als an den übrigen Hauptzentren des Welt Handels. Die Hamburger Filiale benutzte eine sich bietende Gelegenheit zum Ankauf zweier benachbarter Grundstücke, von denen das eine unverzüglich für unsere Zwecke adaptiert und das andere, grössere, für künftige Erweiterungen in Reserve gehalten werden soll.

Die Filiale in Frankfurt hat von dem lebhafteren Gang der Boursegeschäft profitiert. Auch die Filialen in Dresden, München und Nürnberg, sowie die Depositenkassen in Wiesbaden gegen Vorteil aus der wiedererwachten Unternehmungslust ihrer Kundschaft. In Leipzig wurde unser Akzept, als Folge des lebhafteren Warenhandels, gleichfalls etwas stärker in Anspruch genommen.

Die Filiale in Konstantinopel hat ihre Geschäfte im Laufe des Berichtsjahres in Istanbul aufgenommen; das Bankgebäude in Galata wird demnächst bezogen. Unsere Erwartungen hinsichtlich der Erträge des Bankgeschäfts in der Türkei blieben die bescheidensten.

Im vergangenen Dezember beschloss unser Aufsichtsrat die Errichtung einer Filiale in Brüssel, die unter dem Namen Deutsche Bank Securitate de Bruxelles im Januar des neuen Jahres ihren Geschäftsbetrieb unter Übernahme des Personals und der Kundschaft der altangesehenen Brüsseler Bankfirma Balser & Co. begonnen hat. Der Generalversammlung unserer Aktionäre soll die Wahl des Seniorchefs der genannten Firma in unserem Aufsichtsrat vorgeschlagen werden.

Die Deutsche Ueberseeische Bank macht wiederum einen guten Abschluss und verteilt, wie in den Vorjahren, 2 % Dividende. Das Einkommen verweisen wir auf den Geschäftsbericht dieses, in erfreulicher Entwicklung befindlichen Instituts. Die Kapitalerhöhung von 20 auf 30 Millionen Mark, die wir in unserem letzten Bericht erwarteten, ist durchgeführt worden.

Die Zahl unserer Kontokorrentverbindungen bei der Zentrale einschliesslich der bei unseren Depositenkassen in Berlin und seinen Vororten befindlichen Rechnungen, betrug am Schluss des Berichtsjahres 187 861 gegen 171 360 im Vorjahre. Zum ersten Male in der Geschichte unserer Bank hat hier ein Rückgang der Kontenabzahl zu verzeichnen eine Folge des dem Scheck auferlegten Stempels. Viele Privatanleger ziehen lieber auf die Vorteile des Scheckverkehrs, als dass sie 1/4 Mark für 25 Scheckformulare bezahlen, obgleich ihnen und der Volkswirtschaft dadurch ein weit grösserer Zinsverlust erwachsen mag. Dass der Scheck in Deutschland schliesslich, wie in den meisten Kulturstaaten, einen kleinen Stempel tragen konnte, wird kein Einseitiger bestreiten; es wäre aber klüger gewesen, den Scheckverkehr sich erst weiter entwickeln zu lassen, ehe man ihn besteuerte, und diese Besteuerung wenigstens solange zu verschleppen, bis durch Einführung einer Quittungssteuer auch die Empfangsbescheinigung auf dem Scheck naturgemäss dem Stempel unterworfen wäre. Ein solcher Quittungsstempel, wie er gleichfalls in fast allen Kulturländern besteht, hätte natürlich viel grösseren Ertrag versprochen, als der allfällige die Abbildungen von Bankguthaben betreffende Scheckstempel. Aber nach der Eigentümlichkeit unserer neuesten Steuererhebung wurde auch in diesem Falle der Besitz nur an dieser bestimmten Stelle gefordert.

Die Zahl der bei unserer Bank überhaupt geführten Konten belief sich beim Jahresabschluss auf 27 985 gegen 260 200 Ende 1908.

Der Beschluss der grossen Berliner Bankinstitute, zweimonatlich ihren Status zu veröffentlichen, hat auch in anderen deutschen Städten in zunehmendem Umfange und in wohlverstandener eigenen Interesse der Banken Nachahmung gefunden. Zum besseren Verständnis unserer Bilanzverhältnisse und um, bei den Zwischenbilanzen hervorgetretene, Irrtümer in der Vergleichung zu beseitigen, führen wir in unserer Bilanz neben der Gesamtsumme der uns gegen Waren und Warenverschiffungen von unserer Kundschaft geschuldeten Beträge den Teilbetrag auf, für welchen wir am Bilanzstichtag die Deckung durch die Waren, Konnossemente usw. noch tatsächlich in Händen hatten. Aus dieser abweichenden Praxis erklärt sich die abweichende Zusammensetzung unserer Debitoren, an die wir insgesamt rund 25 Millionen Mark mehr zu fordern hatten, als im Vorjahre. Von Kreditoren waren uns 26 Millionen Mark mehr als im Vorjahre anvertraut; auch an dieser Stelle zeigt unsere Bilanz einen etwas spezialisierten Ausweis, indem die noch nicht vorgemerkten Schecks erstmals besonders aufgeführt sind. Dagegen ist der Betrag der Depositenfelder betriebe ganz unverändert geblieben, eine Folge unseres Abnehmens hoch-

verzinlicher fremder Gelder und der wiedererwachten Lust des Publikums zu Effektenkäufen, aber auch der vorerwähnten Wirkungen der Schecksteuer.

Der Reichsbankdiskont betrug im Durchschnitt 3,82 %, also abnehmend, und zwar 0,84 %, weniger als im Vorjahre; der Berliner Privatskont ermässigte sich von durchschnittlich 2,53 % im 1908 auf 2,37 % im Berichtsjahre. Dem empfindlichen Zinsengang auf Wechselkonten erwuchs ein Gegengewicht in dem besonders in der zweiten Jahreshälfte höheren Satz für Vorschüsse und Reporia, für welche unsere Kunden uns in erhöhtem Umfange in Anspruch nahmen. So ist es uns gelungen, noch einen etwas erhöhten Ertrag auf Zinskonten auszuweisen.

Während des Berichtsjahres gingen bei der Zentrale an Wechsel ein und aus M. 2 803 315 Stück im Gesamtbetrage von M. 13 796 761 712,32; ein Abschnitt betrug somit im Durchschnitt M. 3 930,74 gegen M. 4 272,39 im Vorjahre.

Die Zahl unserer Beamten hat sich wiederum gesteigert von 4500 auf 5384. Wir sind den grossen Ansprüchen, die sich aus dem lebhaften Geschäftsgang an die Leistungskraft und Arbeitsfreudigkeit unserer Beamten stellen, ergangen, durch reichliche Zuwendungen gerecht geworden, was zu der bedeutenden Vermehrung unserer Handlungskosten beigetragen hat.

Die im Vorjahr in Aussicht gestellte Errichtung einer Pensionskasse für unsere Angestellten haben wir, nach Erlangung der Bestätigung ihrer Satzungen durch das Amtsamt für Privatversicherung, unter dem Namen Beamtenfürsorge-Verein der Deutschen Bank ins Leben gerufen, zunächst unter Beschränkung auf die Beamten der inländischen Niederlassungen. Damit ist ein seit Jahren schwebender Wunsch unserer Beamtenschaft erfüllt. Die Beamten der Deutschen Bank gemessen fortan die gleichen Pensionsansprüche und Vorteile für sich selbst, ihre Witwen und Waisen, wie die Beamten des preussischen Staates. Die Verwaltungsorgane der Kasse werden von der Beamtenschaft und dem Vorstande der Deutschen Bank gemeinsam gewählt. Die Kasse hat ihre Tätigkeit mit dem 1. Februar 1910 begonnen; unsere Beamten tragen 4 % ihres festen Gehalts zu der Kasse bei, während die Deutsche Bank 2,4 %, also mehr als 10 % der Gesamtaufwendung übernimmt. Die Leistungen der Kasse beginnen nach einer sechsjährigen Karenzzeit; während dieser, sowie in allen weiteren durch die Satzungen des Fürsorge-Vereins nicht gedeckten Fällen, wird der Dr. Georg von Siemens'sche Pensions- und Unterstützung-Fonds im Ermessen seines Kuratoriums, wie seither, für die Beamten sorgen. Dieser Fonds soll durch die diesjährige Zuwendung, wenn die Generalversammlung unsere Anträge genehmigt, auf rund 7 1/2 Millionen Mark anwachsen und dürfte, wie wir hoffen, mit seinen Zinsen und etwaigen sonstigen Zuflüssen für den genannten Zweck ausreichen. Der wesentliche Unterschied in der Natur dieses Fonds und dem neu ins Leben getretenen Fürsorge-Verein besteht darin, dass die Leistungen aus dem Siemens-Fonds seitens der Bank freiwillig bleiben, während dem Beamten, die dem Fürsorge-Verein beitreten, ein rechtlicher Anspruch erwächst, wie ihn Deutsche Staatsbeamte geniessen.

Die Abschreibungen auf Immobilien und Mobilien haben einen etwas geringeren, wenn auch immer noch sehr erheblichen Betrag (M. 1 723 267,48, bzw. M. 2 74 894,--) erfordert. Der über unsere Erwartungen hinaus zunehmende Umfang unserer Betriebe hat uns die Pflicht auferlegt, durch Erwerb der ausgedehnten Grundstücke Mauerstrasse 24 und 26/28, unseren alten Gebäuden gegenüber, für absehbare Zeit eine genügende Reserve zu schaffen. Nur ungefähr die Hälfte der Kosten dieser Neuwerbung erscheint in unserer Bilanz, während der Rest erst im laufenden Jahre das Immobilien-Konto belasten wird.

Für Steuern und Abgaben hatten wir M. 2 175 315,77 zu bezahlen; für Stempel sind ausserhalb des Unkosten-Kontos zu Lasten der betreffenden Rechnungen ausserdem erlegt worden M. 2 224 613,15.

Endlich haben wir aus dem Reingewinn des Berichtsjahres M. 400 000 für Zahlung der Talonsteuer reservieren müssen. Diese nun eingeführte, sogenannte Besitzsteuer ist nichts weiter als eine besondere Belastung der Gesellschaften, auf der das ganze moderne Wirtschaftsleben in zunehmendem Umfange gegründet ist; in sehr vielen Fällen, wenn auch nicht in dem unsrigen, trifft die Steuer indessen nicht den Aktionär, d. h. den Besitzenden oder Gültiger der Aktiengesellschaft, sondern vielmehr den Schuldner, also die Städte oder, wie bei den Hypothekenbanken oder städtischen bzw. landlichen Darlehens-Instituten, den Kapital-suchenden.

Der Ertrag unserer Dauernden Beteiligungen enthält die Dividende für 1909 aus unserem Besitz an Aktien der Deutschen Ueberseeischen Bank (3 %), der Bergisch-Märkische Bank (8 1/2 %), des Schlesischen Bankvereins (7 1/2 %), der Hannoverischen Bank (7 1/2 %), der Essener Credit-Anstalt (8 1/2 %), des Essener Credit-Vereins (7 %), der Rheinischen Creditbank (7 %), der Deutsch-Ostafrikanischen Bank (8 %), der Privatbank zu Gotha (7 %), der Württembergischen Vereinsbank (7 %), der Niederlausitzer Kredit- und Sparrbank A.-G. (4 %), der Oldenburgischen Spar- und Leihbank (9 %), der Süddeutschen Bank (4 %), der Mecklenburgischen Hypotheken- und Wechselbank (4 %) und der Deutschen Treuhänder-Gesellschaft (15 %).

Diese sämtlichen Institute befinden sich in guter Verfassung und haben aus den gebesserten Verhältnissen Vorteil gezogen. Unsere Anlagen in Dauernden Beteiligungen verminderten sich durch das Aufgehen der Duisburg-Ruhrortier Bank in die Essener Credit-Anstalt und die Bergisch-Märkische Bank. Ferner haben wir einen Posten voll- und abzahlbarer Aktien der Deutschen Ueberseeischen Bank verkauft und dabei zahlbare Aktien der Deutschen Ueberseeischen Bank gekauft und genommen. Gegen junge Aktien mit 25 % Einzahlung in unseren Bestand genommen. Wir beteiligen uns ferner an den Kapitalerhebungen des Schlesischen Bankvereins, des Essener Bank-Vereins, der Rheinischen Creditbank; Württembergischen Vereinsbank und der Deutschen Treuhänder-Gesellschaft; dagegen sind einige ältere Bestände vermindert worden, so dass unsere Dauernden Beteiligungen sich bilanzmässig um rund M. 6 000 000 verringert haben.

Die Anatolische Eisenbahn-Gesellschaft hatte die dritte Dividende der von ihr erschlossenen Gegenden zu befragen und dürfte nur 5 % Dividende verteilen. Die Ministerien sind anscheinlich die Folge der in fast allen Ländern aller Kultur um das Mittelmeer zu beobachtenden und in der Türkei heutzutage noch fortwährenden Ausbeutung der Wälder. Nur durch künstliche Bewässerung kann diesem schweren Uebel abgeholfen werden. Ein solches Kulturwerk hat die Anatolische Eisenbahn-Gesellschaft an der ersten Teilstrecke der Bagdadbahn mit bedeutenden Kosten und Opfern übernommen. Die Anlagen werden von einer in Frankfurt a. M. domicilierten Baugesellschaft rüstig gefördert. Die in weiteren zwei Jahren zu erwartende Vervollendung dieses Werkes wird die ehemals reiche Ebene von Konja von den Zufällen der Witterung unabhängig machen und den Charakter der Landschaft mit der Zeit völlig und zum Besseren verändern. Die Ernteausbeute an der Anatolischen Bahn für das laufende Jahr sind bis jetzt günstig.

Die Mazedonische Eisenbahn-Gesellschaft hatte abwärts ein gutes Jahr. Die Subvention der türkischen Regierung wird bei diesem Unternehmen nur noch in unbedeutender Weise, in guten Jahren überhaupt nicht mehr, in Anspruch genommen.

Wichtige Änderungen sind in der Lage der Betriebsgesellschaft der orientalischen Eisenbahnen zu verzeichnen. Die von der bulgarischen Regierung im September 1909 basierten Strecken hat die Gesellschaft nach langwierigen Verhandlungen an, wenn auch hinter den Berechnungen zurückbleibende, so doch auskömmliche Entschädigung in bar empfangen. Ebenso fand der seit Jahrzehnten abhängige Streit mit der türkischen Regierung durch eine Abänderung des Betriebsvertrages seinen Austrag, wobei sich die Gesellschaft dem Wunsche der türkischen Regierung nachgehend, dass verstand, ihr Domicil nach Konstantinopel zu verlegen und sich ebenso wie die Anatolische Eisenbahn-Gesellschaft dem türkischen Recht zu unterstellen.

Bedeutend war das Berichtsjahr auch für die Bagdad-Eisenbahn-Gesellschaft. Trotz aller politischer Anfeindungen dieses für die Erstarkung und Lebensfähigkeit der Türkei ausschlaggebenden Unternehmens konnte im vorigen Dezember die Baugesellschaft gegründet werden, welcher der Weiterbau der nächsten 240 km über den Taurus und Amanus bis Helfin in Ober-Mesopotamien übertragen ist. Die zur Beendigung der Bauarbeiten dienenden türkischen Staatsanleihen sind von einem unter unserer Führung stehenden internationalen Syndikat übernommen worden. Die Baugesellschaft ist eine schweizerische, steht aber unter deutscher bewährter Leitung; die Schienen sind beim Stahlwerkverband für die ganze 240 km bestellt und die Verfrachtung des gesamten Materials ist mit einer deutschen Schiffahrt-Gesellschaft vereinbart worden. Die vor einigen Jahren von der Anatolischen Eisenbahn-Gesellschaft erworbene Linie Merzina-Tarsus-Adana sichert den Zugang vom Meere für die Bagarbeiten.

Während die sämtlichen, in der Türkei arbeitenden Gesellschaften durch den unter dem neuen Regime ausgebrochenen Streik dauernd und schwer belastet werden, ist es uns so erfreulich, versehen zu können, dass die bessere Verwaltung eine sehr erhebliche Zunahme der Staatseinkünfte gestützt hat.

Der türkischen Regierung leisteten wir einen garantierten Vorschuss zum Bau einer neuen Schiffbrücke über das Goldene Horn deren Herstellung nach vorhergegangenen langjährigen Verhandlungen der Augsburg-Nürnberg-Maschinen-Fabrik übertragen worden ist.

Die Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen in Berlin hat ihre Vorbereitungen für den Weiterbau vom Spittelmarkt aus beendet und beschließt, die ganze Linie

Spittelmarkt-Alexanderplatz-Schönhäuser Allee bis zum Nordring bis Ende 1912 fertigstellen, für den Teil Alexanderplatz-Schönhäuser Allee drei Jahre früher, als mit der Stadt vereinbart. Die Betriebseinnahmen der Gesellschaft waren bis in den Herbst des Berichtsjahres stabil, seitdem ist ein lebhafter Aufschwung wahrzunehmen.

Die Fortsetzung der Deutsch-Ostafrikanischen Eisenbahn ist von Morogoro über Kilossa hinaus gefördert worden und schreitet rüstig vorwärts.

Die Steana Romana A.-G. für Petroleum-Industrie verteilte 2 % Dividende und erzielte sich einer bedeutend gestiegenen Produktion. Die Deutsche Petroleum-Aktiengesellschaft verteilte 2 % und die Europäische Petroleum-Union, in welcher die hauptsächlichsten russischen und rumänischen Petroleum-Produzenten zu einer gemeinschaftlichen Verkaufszusammenfassung beschlossen sind, gab gleichfalls 2 % Dividende. Die überlegenen Vorzüge des Dieselmotors und die zunehmende Verwendung von Petroleumprodukten zu Holzwecken eröffnen dieser Industrie neue Perspektiven.

Von neuen Konsortialgeschäften, an welchen wir uns im Berichtsjahre als Hauptbeteiligte oder Emittenten interessiert haben, und die zum grössten Teil im Berichtsjahre abgeschlossen worden sind, erwähnen wir die folgenden:

Uebernahme von	
4 % und 3 1/2 % Anleihen des Deutschen Reiches und Preussens,	
4 % Anleihen der deutschen Schutzgebiete,	
4 % Bayerischer Anleihe,	
4 % Badischer Anleihe,	
4 % Württembergischer Anleihe,	
4 % Lübecker Staatsanleihe,	
4 % Anleihe der Provinz Hannover,	
3 1/2 % Anleihe der Provinz Posen,	
4 % Anleihen der Städte Barmen, Crefeld, Dresden (durch die Dresdner Filiale), Duisburg, Düsseldorf, Elbing, Essen, Minden, München (durch die Münchener Filiale), Pirmasens (durch die Frankfurter Filiale) und Worms,	
5 % Anleihen der Republik Argentinien und der Stadt Buenos Aires,	
5 % Chinesischer Eisenbahn-Anleihe Tientsin-Pukow,	
4 % Türkischer Staatsanleihe,	
4 % Obligationen der Halberstadt-Blankenburger Eisenbahn-Gesellschaft,	
4 % First Mortgage Bonds der Western Maryland R. R. Co.,	
5 % Mortgage Bonds der Denver and Rio Grande R. R. Co.,	
5 % Mortgage Bonds der St. Louis & San Francisco R. R. Co.,	
4 % Anleihe der Eisenbahn-Bau- und Betriebs-Anstalt A.-G.,	
4 1/2 % Anleihen der Bergmann Elektrizitäts-Werke, der A.-G. für Anilin-fabrikation, der Elberfelder Farbenfabriken vorm. Friedr. Bayer & Co., der Rheinischen A.-G. für Braunkohlenbergbau, der Düsseldorf-Eisenindustrie, der Bauwollspinnerei Germania,	
5 % Obligationen der Deutsch-Ueberseeischen Elektrizitäts-Gesellschaft,	
5 % Debitoren der Victoria Falls and Transvaal Power Co.,	
4 1/2 % und 5 % Anleihen der Gewerkschaften Heilsbrunn, Steinkohlenbergwerk Eintracht Tiefbau, Friedrich der Grosse, Orange und Wilhelm,	

Aktien der Gesellschaft für Bergbau, Blei- und Zinkfabrikation zu Stolberg, der Oberschlesischen Eisenbahn-Bedarfs-A.-G., der Continental Wasserwerke-A.-G., der Anhaltischen Kohlenwerke, der Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G., der Berlin-Anhaltischen Maschinenbau-A.-G., der Deutschen Babcock und Wilcox Dampfmaschinenwerke, der Maschinenfabrik Breitschal A.-G. vorm. Schenck & Henning, der Hohenlohe-Werke A.-G., der Hirsener Bergbau-A.-G., der Donner-Maschinenfabrik, der Koblitzberger Kellerei-Fabrik A.-G., der Steintor-Chamottefabrik vorm. Didier, der „Adler“, Deutsche Portland-Cementfabrik A.-G., der Hoesler Eisen- und Stahlwerke, der Vöhrler Papierfabrik, der Rombacher Hüttenwerke, des Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hüttenvereins, des Wasserwerks für das nördliche westfälische Kohlenrevier.

Gründung der Union Ottomane, Gesellschaft für elektrische Unternehmungen im Orient.

Einführung von	
4 % Pfandbriefen der Landschaft der Provinz Sachsen,	
4 % Anleihe der Provinz Pommern,	
4 % Anleihe der Stadt Stuttgart,	
4 % Pfandbriefen der Mecklenburgischen Hypotheken- und Wechselbank, der Hypothekenbank in Hamburg, des Kreditvereins Jütlandsche Landeigentümer und der Hannoverischen Bodenkredit-Bank,	
4 1/2 % Obligationen und Aktien der Elektrizitäts-Lieferungs-Gesellschaft, Aktien der Magdeburger Privat-Bank und der Privatbank zu Gotha, Aktien der Gebhard & Co. A.-G., der Vereinigten Glasstofffabriken A.-G., der Deutschen Tiefbau-A.-G.,	
Anleihen der Otavi-Minen- und Eisenbahn-Gesellschaft, Aktien der South West Africa Co.	

Kapitalerhöhung	
der Deutschen Kolonial-Gesellschaft für Südwest-Afrika,	
der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft,	
des Chemnitz-Bank-Vereins,	
der Essener Credit-Anstalt,	
der Leipziger Hypotheken-Bank (durch Dresdner Filiale),	
der Mitteldeutschen Privat-Bank,	
der Mecklenburgischen Sparbank,	
der Norddeutschen Credit-Anstalt,	
der Stegner Bank für Handel und Gewerbe,	
der Sibirischen Handelsbank,	
der Deutsch-Ueberseeischen Elektrizitäts-Gesellschaft,	
der Gesellschaft für elektrische Beleuchtung Petersburg,	
der A.-G. Orenstein & Koppel - Arthur Koppel,	
der Allianz Versicherungs-Gesellschaft,	
der Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft und verschiedener anderer.	

Von älteren Konsortialgeschäften sind im Berichtsjahre abgerechnet worden:

4 % Brandenburgische Provinzial-Anleihe,	
4 % Anleihe der Städte Posen und Stendal,	
4 % Oesterreichische Kronrenten,	
4 % Oesterreichische Schatzscheine,	
4 1/2 % Obligationen der Ungarischen Lokaleisenbahn-Ges.,	
Aktien der Schantung Eisenbahn-Gesellschaft,	
Aktion der Anhalt-Deutscherischen Landesbank, der Huderus-Eisenwerke, der Hüttenwerke A.-G., der Fabrikwerk Meister, Locus & Brüning, der Dr. Paul Mayer A.-G., der Rheinisch-Westfälischen Kalkwerke, der Schlesischen Gas- und Elektrizitäts-Gesellschaft, der Lüdenscheider Metallwerke usw.	

Unser Konsortial-Konto (Zentrale und Filialen) bestand am Jahresabschluss aus:

30 Beteiligungen an Staats- und Kommunal-Anleihen und Eisenbahn-Geschäften mit	M. 14 023 827,56
an Aktien und Obligationen verschiedener inländischer Gesellschaften mit	4 464 900,26
an ausländischer	2 250 022,56
an Grundstücksgeschäften mit	2 230 254,--
zusammen mit M. 23 469 004,44	

Das Konto eigener Effekten (Zentrale und Filialen) setzt sich zusammen aus:

Staats- und Kommunal-Papieren sowie Deutschen Pfandbriefen in 123 Gattungen	M. 21 622 020,15
Eisenbahn- u. industriellen Obligationen in 26 Gattungen	1 289 020,21
Eisenbahn-, Bank- u. Industrie-Aktien in 123 Gattungen	2 222 044,65
Dresden	55 822,15
zusammen M. 25 600 120,44	

Das Effekten-Konto enthält deutsche Staatspapiere im Buchwert von M. 27 054 560. Wir haben es für nützlich erachtet, einen Teil unserer Anlagen in deutschen Staatspapieren in deutsche Schatzanweisungen umzuwandeln, die uns nach wie vor als eine, nur geringen Kurschwankungen ausgesetzte, zweckentsprechende Anlage eines Teils der uns anvertrauten Depositengelder erscheinen. Die kurzfristigen dieser Schatzscheine sind in dem Wechsel-Konto, die langfristigen in der besonderen Rubrik unserer Bilanz enthalten.

Unser ganzer Effektenbestand besteht aus börsengängigen Werten, indem einige wenige nicht börsengängige Bestände durch entsprechende Reservestellungen kompensiert sind.

Zur Unterbreitung und Beratung unserer neuen Filiale in Konstantinopel ist ein Orts-Ausschuss eingesetzt worden, bestehend aus den Herren Minister Carl Testa, Ed. Hugonin und Ferd. Kautz.

In Bremen hatten wir den Tod des stellvertretenden Direktionsmitgliedes, Herrn G. Oerseen, eines treuen Mitarbeiters, zu beklagen.

(Fortsetzung umstehend.)

Vom Vorstand der Deutschen Bank wird zu unserem lebhaften Bedauern Herr A. Schultze aus, um sich nach langjähriger Tätigkeit im Dienste unserer Bank in den Ruhestand zurückzuziehen. Die Direktion der Deutschen Bank wurde durch die Ernennung des Herrn W. Pannenberg zum stellvertretenden Direktor ergänzt.

Für die Filiale Konstantinopel wurde Herr Otto Kaufmann zum Direktor und Herr Arthur von Haas zum stellvertretenden Direktor bestellt.

Die seitherigen stellvertretenden Direktoren, die Herren C. Behrens und W. Oswald in Dresden, E. Naumann und Dr. C. Schönfeld in Leipzig, L. Rebel und O. Ecke in München wurden zu ordentlichen Direktionsmitgliedern der betreffenden Filialen ernannt.

Zu stellvertretenden Direktoren wurden ferner ernannt die seitherigen Prokuristen, die Herren Fr. Neeff bei der Zentrale, F. Büttmann und M. Köpke zu Bremen; endlich wurde Herr Hermann von Hauff noch im alten Jahr zum Direktor der Brüsseler Filiale bestellt.

Nach vierzigjähriger Tätigkeit im Dienste unserer Bank trat zum Jahresabschluss zu unserem schmerzlichen Bedauern unser Kollege Herr Generalkonsul Rudolph von Koch, in den Ruhestand. Er hatte unserer Bank seit deren Gründung als Mitarbeiter, seit 1872 als stellvertretender Direktor, seit 1878 als Mitglied des Zentralvorstandes angehört und unseren Institute nach den verschiedensten Richtungen hin Dienste geleistet, deren Wert wir dadurch auch für die Zukunft Anerkennung und Ausdruck verleihen möchten, dass wir seine Wahl in den Aufsichtsrat beantragen; auf diese Weise wird sein Rat und seine Mitarbeit der Bank erhalten bleiben.

Bilanzabschluss des Vortrages aus 1908 von M. 1.150.541,53 sowie nach Absetzung der den Vorstandsmitgliedern, Direktoren und Beamten der Zentrale und Filialen vertragsgemäß zustehenden Gewinnanteile, welche wie gewöhnlich über Handlungs-Unkosten verbucht sind, nach Vornahme der Abschreibungen auf Bankgebäude und Mobilien in Höhe von M. 2.407.151,45 und Rückstellung von M. 400.000.— für Talonsteuer beläuft sich das **Ergebnis des Jahres 1908** auf **M. 92.271.617,48**

Hierzu erhalten zunächst die Aktionäre
6% Dividende auf M. 200.000.000.— **12.000.000.—**
(nach § 36b der Satzungen) **12.000.000.—**

Von den verbleibenden **M. 80.271.617,48** bestragen wir

der ordentlichen Reserve 10% mit **M. 2.027.161,75**
dem Aufsichtsrat für Remunerationen an die Angestellten zu überweisen und für den Dr. Georg von Siemenschen Pension u. Unterstützung-Fonds, sowie für Wohlfahrtsleistungen für die Beamten die Summe von **900.000.—** **5.127.161,75**

zur Verfügung zu stellen. **M. 15.144.468,79**

Von dem übrig bleibenden Betrage von abzüglich M. 1.155.961,11 Vortrag auf neue Rechnung erhalten (nach § 36d der Satzungen) der Aufsichtsrat und die Lokalausschüsse 7% Gewinnanteil mit **978.404,62**

Wir schlagen vor, von dem restlichen **M. 14.165.961,11** 6 1/2% Superdividende auf M. 200.000.000.— mit **13.000.000.—**

zu verteilen und den Ueberschuss von **M. 1.165.961,11** auf neue Rechnung vorzutragen.

Es würde demnach erhalten:

Jede Aktie von Nom. M. 600.— mit **7 1/2%** Dividende, **1200.—** mit **100.—** = **12 1/2%** Dividende.

Wenn die Generalversammlung unsere Anträge genehmigt, so würden sich unsere bilanzmäßigen Reserven erhöhen auf:

1. Ordentliche Reserve A **M. 66.288.021,30**

2. „ B **32.271.617,48**

3. Kontokorrent-Reserve **7.018.402,98**

zusammen **M. 105.578.041,76**

= **12,86%** des Aktienkapitals von **M. 200.000.000.—**

Berlin, im Februar 1910.

Der Vorstand der Deutschen Bank.

A. von Gwinner, E. Holtenann, Dr. K. Helfferich, G. Klönne,
P. Mankewitz, G. Michalowsky, G. Schröter.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin, Hauptbureau: Col L. Amt 3, 1209. Charitestraße 3. Col III. Amt 3, 1967.

**Montag, den 7. März:
Bezirks - Versammlungen
für die gesamte Verwaltungsstelle Berlin**
in folgenden Lokalen:

Norden: Pharus-Säle, Müllerstr. 112, abends 8 1/2 Uhr.

Norden: Obiglio Festäle, Schwedter Straße 23, abends 8 1/2 Uhr.

Norden: Franks Festäle, Bahstr. 19, abends 8 1/2 Uhr.

Moabit: Prachtsäle Nord-West, Dietestrasse 24, abends 8 1/2 Uhr.

Westen und Schöneberg: Wielochs Restaurant, Grenzwalddstraße 82, abends 8 1/2 Uhr. Neuwahl der Bezirksleitung.

Osten und Lichtenberg: Lifins Festäle, Memeler Straße 67, abends 8 1/2 Uhr.

Stralau und Rummelsburg: Blumes Restaurant, Alt-Voghsen 56, abends 8 1/2 Uhr. Bericht und Neuwahl der Bezirksleitung.

Süden und Südost: Gewerkschaftshaus, Engelauer 15 (Saal 4), abends 8 1/2 Uhr.

Tegel: Borsigwalder Festäle, Borsigwalde, Spanauer Straße, abends 8 Uhr.

Rixdorf: Vereinsbrauerei, Hermannstr. 214, abends 8 1/2 Uhr.

Steglitz: Schellhasen Festäle, Hornstraße 15 a, abends 8 1/2 Uhr.

Charlottenburg: Volkshaus, Rosinenstr. 3, abends 8 1/2 Uhr.

Weißensee: Roskopfs Restaurant, König-Chauffee 38, abends 8 1/2 Uhr.

Köpenick u. Friedrichshagen: Gesellschaftshaus, Friedrichshagen, Friedrichstr. 69, abends 8 1/2 Uhr.

Spandau: Restaurant Vorwärts, Schönwalder Straße, abends 8 1/2 Uhr.

Ober-Schöneweide: Restaurant Wernike, Wilhelmienhoffstraße 18, abds. 8 1/2 Uhr.

Tages-Ordnung:

Stellungnahme zur Generalversammlung.

Mitgliedsbuch legitimiert. 112/16

Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Achtung! Rohrleger u. Helfer. Achtung!

Die allgemeine Versammlung findet in der nächsten Woche statt. Die Kollegen eruchen wir, die Vorwärts-Annonce am Sonntag zu beachten.

Die Ortsverwaltung.

Vom Arbeiter zum Millionär

vom Handwerker, vom kleinen Beamten, vom Kaufmann, überhaupt von Jedem, der auf sein Neuhers hält, wird für billiges Geld wirklich aufsteigende, tabellöse Garderobe gekauft. Nur im Kaufhaus für Monatsgarderoben, Große Frankfurter Straße 93, erhalten Sie diese und können darin leicht werden. Wir verkaufen von Millionären, Doktoren, Reichen sowie feinsten Kavallieren nur wenig getragene, in den ersten Verhältnissen Deutschlands und des Auslands, teils sogar auf Seide gearbeitete, an Stoff und Haltbarkeit unübertroffene

Serie I Serie II Serie III
Maß-Anzüge 8 M. 14 M. 18 M.
Maß-Paletots 6 M. 12 M. 16 M.

Geellschafts-Anzüge werden billig verlichen.

Kaufhaus für Monatsgarderoben
Große Frankfurter Straße 93.
Bitte im eigenen Interesse auf Hausnummer zu achten.
Streng reelles Geschäft. Keine Filialen am Platze.
Abteilung II Neue Garderoben.

Möbel

Liefero

1 Kleiderspind	1 Bettstelle mit Matr.	35 Mark
1 Bettstelle	1 Kleiderspind	
1 Tisch	1 Wäschespind	35 Mark
2 Stühle	1 Spiegelspind	
1 Küchenschrank	1 Sofa	Anzahlung
1 Küchentisch	1 Tisch	
1 Küchestuhl	2 Stühle und eine komplette farne Küche	Anzahlung

Einzelne Möbelstücke Anzahlung v. 3 M an wöchentlich 1 M.

Offriere ferner komplett aufgestellt:
Moderne Schlafzimmer | Moderne Wohnzimmer
Moderne Speisezimmer | Moderne Herrenzimmer
in jeder gewünschten Holz- und Stilart,
Anzahlung **40-80 Mark.**

M. Beiser Lothringer Straße 67.
Prachtkataloge nach außerhalb gratis und franko.

Wo? ist der schönste Ausflugsort?
Sommer noch **Pichelswerder**,
an der neuen **Geertstraße** beim **Alten Freund**.

Enorm billiger Verkauf
eleganter Monatsgarderoben
früher 50-90 M., jetzt
12-28 M.

Deutsches Bekleidungshaus,
Große Frankfurterstraße 89.
Nur 1 Treppe, kein Laden.
Kaufgeld wird vergütet.

Abendkurse
für Kochen, Tischbau, Gas-
und Wasserrecht, Maschinen-
bau, Elektrotechnik,
Techniker- u. Meister-Ausbildung.
Technische Akademie
Staatlich konzessioniert.
Berlin 45, Markgrafenstr. 100.
Prospekte frei.

Weißbierklause
500, 1000 Bierbüffel, 2500 Pufferbude,
Kasselerbier, Ausfuhr Betrieb,
Gesellschaft Friedrichstr. 238, 4-5.

Treibrollen, Buttermaschinen,
Wegschalen, „Belina“, Bahnmah-
maschine 29. 3873*

Warnung!

Trotz wiederholten Hinweisen sind in letzter Zeit Nachahmungen meines **Kapitän-Kautabak** in Umlauf.

Der **Kapitän-Kautabak** ist nur echt mit Zettelaufgabe und Etikette mit der Aufschrift:
Feiner Dänischer Kapitän-Kautabak
(ges. gesch. 73 658).

Meine werthe Kundschaft bitte ich, Kapitän-Kautabake ohne obige Bezeichnungen als unecht zurückzuweisen und mir Fälle von Nachahmungen mitzuteilen, damit ich dagegen einschreiten kann.

Karl Röcker, Tabakfabrik, Berlin O. 27,
Grüner Weg 112. (VII. 3861.)

Möbel

Bar oder Teilzahlung
Siegm. Misch
Dresdenerstrasse
16

Eine lebenslängl. Unfallversicherung
völlig kostenlos!

Verlangen Sie Zusendung
von Prospekt B.

„Segler-Schloß“ - Hankels Ablage.
Bahnhofsstation Zeuthen. Besitzer: **W. Heinrich.**
Zur bevorstehenden Sommersaison halte ich mich werten Vereinen, Jobritten, Schulen usw. bei Ruhicherung aufmerksamer Bedienung bestens empfohlen. - 3 neue Säle und Hallen. - Schöne Spielplätze. - Badanstalt. - Boote und Bootfahrten aller Art.
45442* **W. Heinrich.**

1 Mk. wöchentliche Teilzahlungen **Herren-Garderoben** **Ersatz für Maß**
liefern elegante, fertige **Gr. Frankfurter Str. 37 II,** **Anfertigung nach Maß**
Julius Fabian, Schneidermeister, **Eingang Strausberger Platz. II. Geschän: Turmstr. 18** **Tadellose Ausführung**
nur I. Etage, kein Laden.

Wenn Sie die Sicherheit haben wollen, das seit Jahren rühmlichst bekannte

URANIA - SALONOEL

(der Name ist gesetzlich geschützt)

zu erhalten, dann fordern Sie beim Einkauf nicht nur „Salonoel“, denn unter dieser Bezeichnung wird sehr oft ein Gemisch mit billigeren Sorten verkauft.

Nur der volle Name URANIA-SALONOEL
bietet Ihnen die Garantie, das unverfälschte amerikanische Sicherheits-Petroleum zu erhalten.

URANIA-SALONOEL bietet die
Größtmögliche Sicherheit gegen Explosionsgefahr bei höchster Leuchtkraft.
Keine Verwechslung mit österreichischem (galizischem) Petroleum.

Deutsch-Amerikanische Petroleum-Gesellschaft.

Diese Plakate kennzeichnen die Verkaufsstellen.

Responsible Redakteur Richard Barth, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin, Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW.

Stiller



SW. Jerusalemerstr. 38-39
W. Friedrich-Strasse 75
W. Potsdamer Strasse 2
W. Tauentzien-Strasse 19a
C. König-Strasse 25-26

GEGRÜNDET IM JAHRE 1867

Eine neue Verkaufsstelle Schöneberg, Hauptstrasse 146

nahe Kaiser Wilhelm-Platz.

Wenn langjährige Erfahrung, große Umsätze, vorteil- hafte Verkaufspreise und eine treue Kundschaft

die Voraussetzungen bilden, um einem kaufmännischen Unternehmen den Erfolg zu sichern, dann darf die Firma Stiller behaupten, daß diese Voraussetzungen bei ihr zutreffen. Dem Vorhandensein derselben verdankt das Geschäft seine ansehnliche Bedeutung. Auch in dem neuen Zweiggeschäft werden die geschätzten Käufer und Käuferinnen von Schuhwaren die Begünstigungen genießen, welche anerkanntermaßen sämtlichen Stillerschen Geschäften eigen sind.

Eröffnung: Heute Sonnabend



Partei-Angelegenheiten.

Steglitz. Am Sonntag früh 8 Uhr: Flugblattverbreitung zur Gemeindevahl in allen Bezirken. — Am Montag und Dienstag vormittags 10 Uhr ist zahlreiches Erscheinen in den Wahllokale „Albrechtshof“ und „Schloßpark“ erwünscht.

Lankwitz. Sonntag früh 8 Uhr: Flugblattverbreitung von den bekannten Bezirkslokale aus.

Charlottenburg. Die 8. Gruppe des Wahlvereins hält am Sonntag, den 6. März, abends 6 Uhr, im Volkshaus, Rosenstr. 3, einen Familienabend, an dem die Genossen mit ihren Angehörigen eingeladen werden.

Britz-Budow. Sonntag früh 8 Uhr findet von den bekannten Stellen aus eine Flugblattverbreitung statt. — Nachmittags 2 Uhr im Lokal von Madday, Britz, Chausseestr. 39: Öffentliche Gemeindevorversammlung. Tagesordnung: 1. Die Gemeindevahl. Referent: Genosse W. Düwiel. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Abends 6 Uhr im Lokal von Klein, Budow, Chausseestr. 12: Volksvorversammlung. Tagesordnung: Gemeindepolitik. Referent: Genosse Franz Thuro. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Der Vorstand.

Rudow. Alle Wahlrechtsfreunde Rudows treffen sich am Sonntag früh 10 Uhr zu einer Besprechung im Lokale Rolke, Köpenicker Straße.

Rassen. Sonntag mittags 1 Uhr öffentliche Wählerversammlung bei Kurjner. Abends 6 Uhr siebentes Stiftungsfest des Wahlvereins. Die Veranstaltungen setzen einen genussreichen Abend voraus, weshalb die Parteigenossen ersucht werden, für das Fest zu agitieren.

Alt-Ostende. Sonntag, den 6. März, treffen sich die Genossinnen und Genossen beim Genossen Joch, Köpenicker Str. 53, vormittags 11 1/2 Uhr.

Friedrichshagen. Morgen Sonntag, den 6. März, vormittags 8 Uhr, findet von den Bezirkslokale aus eine Flugblattverteilung zur Gemeindevahl statt. Die Genossen werden ersucht, sich vollständig daran zu beteiligen, damit jede Wohnung gewissenhaft belegt werden kann.

Heinersdorf. Auf die am Sonntag, den 6. März, 2 1/2 Uhr, im Restaurant des Herrn Stud (früher Müller), Kaiser-Wilhelm-Straße, stattfindende Gemeindevahlversammlung werden die Gemeindevähler aufmerksam gemacht.

Gieswalde, Zeuthen, Niedersorf. Sonntag, den 6. März, mittags 1 Uhr: Demonstrationssammlung in König-Wasserhaußen bei Weßhorn. Der gemeinsame Spaziergang findet um 1 1/2 Uhr vom Bahnhof Wasserhaußen statt.

Pankow. Heute Sonnabend, den 5. März, abends 8 1/2 Uhr, findet vom sozialdemokratischen Wahlverein ein Vergnügen im Saale von Rozhdi, Kreuzstr. 8/4, statt. Außer einer Theateraufführung „Nacht! Bomben!“, ein Friedensfest an der Panke, finden Verlosungen und Volksbelustigungen aller Art statt. Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Reinickendorf-Ost. Zur bevorstehenden Gemeindevahl findet am Sonntag früh 8 Uhr von den bekannten Stellen aus eine Flugblattverteilung für die Bezirke I, II und III (Gaupt- und Reibenzstraße mit ihren Nebenstraßen und das Schweizer Viertel) statt.

Falkenhagen-Seegefeld. Sonntag, den 6. März, nachmittags 3 Uhr, findet auf dem Grundstück der Frau Frahn, Werftstraße 88 (neben Gastwirt Herrmann) eine Volksversammlung statt. Tagesordnung: Der preussische Wahlrechtskampf und der Volksverrat der Junker und Pfaffen.

Am Sonntag früh 7 Uhr haben sich alle Genossen zwecks gründlicher Flugblattverbreitung bei ihren Bezirksführern einzufinden.

Romowes. Morgen Sonntag, mittags 1 Uhr, findet im Garten des Herrn Ernst Schmidt, Wilhelmstr. 41/43, eine Wahlrechtsversammlung statt. Die Parteigenossen werden ersucht, für diese Versammlung nach Kräften zu agitieren.

Berliner Nachrichten.

Das Schicksal der Inseln Scharfenberg und Baumwerder.

Die Stadt Berlin hatte Ende vorigen Jahres von dem Rentner Adolf Solle die im Tegeler See gelegenen, zum Gutsbezirk Zegel gehörenden Inseln Scharfenberg, Baumwerder und Lindwerder zu Wasserwerkzeugen zum Preise von 800 000 M. gekauft. Hierzu kamen dann noch etwa 50—100 000 M. Kosten. Der Preis für die rund 108 Morgen großen Inseln einschließlich einer Fischereigerechtigkeit im Tegeler See wurde als billig bezeichnet. Der Ankauf wurde von der Stadt sehr geheim betrieben, weil Frau v. Heintze, die Besitzerin von Schloß Zegel, ein Verkaufsvotum besaß. Die Stadt Berlin war bereit, dieses Recht gegen Zahlung von 82 000 M., des vertraglich festgesetzten Laudemiums, abzulösen. Trotz der Geheimhaltung ist der Ankauf in die Öffentlichkeit gedrungen. Ein Agent hat der Frau v. Heintze bezu. ihrem Sohne, dem Affessor v. Heintze-Hannover einen höheren Preis in Aussicht gestellt. Frau v. Heintze hat daraufhin von ihrem Verkaufsvotum unter Verzicht auf das Laudemium von 82 000 M. Gebrauch gemacht und ist an Stelle von Berlin in den Vertrag eingetreten. Sie hat Ende Februar bezu. Anfang März die Inseln erworben, um sie nun zu einem höheren Preise an die Union-Baubank zu verkaufen. Diese Bank beabsichtigt, gutem Vernehmen nach, die Inseln zu parzellieren. Der Tegeler Gemeindevorstand ist von dieser Aussicht so entzückt, daß er beschloffen hat, der Frau v. Heintze eine Dankadresse überreichen zu lassen.

Die Bank hat wohl geglaubt, nun Berlin den Daumen auf's Auge drücken zu können, und hat der Stadt die Inseln zu einem außerordentlich hohen Preise angeboten. Sie hat aber mit ihrer Spekulation kein Glück gehabt. Berlin wird einen anderen Weg für die Verlegung der Wasserrohre finden und die Bank wird das Nachsehen haben.

Wäre unsere Wasserwerksverwaltung zeitig auf dem Posten gewesen und hätte sie sich vorher mit der Besitzerin des Verkaufsvotums verständigt, wäre der jetzige Zustand, der nur eine Verzögerung darstellt, nicht eingetreten.

Reform in der Fürsorgeerziehung Berlins.

Der Magistrat beschloß die Anstellung einer pädagogischen Kraft für die Fürsorgeerziehung mit dem Gehalt der Schulinspektoren und einer Zulage von 1000 M. Der Anzustellende soll akademische Vorbildung haben oder den Nachweis erbringen, daß er im Erziehungsweesen, insbesondere auf dem Gebiete der Fürsorgeerziehung sich in praktischer Betätigung ganz besonders betätigt hat.

Das Tuberkulose-Krankenhaus, das für Berlin schon seit drei Jahren geplant ist, sollte nach dem ursprünglichen Plane der für diesen Zweck eingesetzten Deputation mindestens für 200 Männer, 200 Frauen und 100 Kinder bestimmt sein. Geheimrat Professor Bräntel, der als eine Autorität auf diesem Gebiete gilt, verttrat stets diesen Standpunkt, umsomehr, als einwandfreie statistische

Berechnungen den Nachweis erbracht, daß das seit einigen Jahren beobachtete Absinken der Tuberkulosesterblichkeit vor den Kindern in den Jahren von 1—10 Halt mache. Die Unzulänglichkeit der Körperentwicklung gerade der Arbeiterkinder, zum Teil eine Folge vererbter Schwäche, die mangelhafte Abwärtung und Ernährung, insbesondere die unhygienischen Wohnungsverhältnisse bereiten eben frühzeitig den Boden für die Entstehung der Lungenerkrankungen. Es kommt hinzu, daß vor zwei Jahren die Berliner Wasserwerkverwaltung ein Projekt zur Errichtung einer nur für lungenkranke Waisenkinder bestimmten Anstalt den Gemeindebehörden vorlegte, dieses Projekt aber abgelehnt wurde aus Rücksicht auf die neue Anstalt, die auch lungenkranken Kindern Aufnahme gewähren sollte. Nun hat neuerdings Professor Koch dem Magistrat in dieser Frage ein Gutachten erstattet, das wir gestern wiedergaben. Hiernach soll die neue Anstalt nur für Erwachsene eingerichtet werden, weil unter Kindern die Tuberkulose eigentlich selten vorkommt. Hiergegen muß frühzeitig mit aller Entschiedenheit Front gemacht werden. Prof. Koch ist gewiß ein ausgezeichneter Gelehrter, aber in der vorliegenden Frage der praktischen Bekämpfung der Tuberkulose hat der der ärztlichen Tätigkeit seit langer Zeit entrückte Mann unrecht. Allein unter den 228 455 Berliner Schulkindern wurden nach dem letzten Bericht der Schulärzte 1898, d. i. 0,7 Proz. wegen Lungentuberkulose schulärztlich überwacht; von den 35 865 Schulanfängern wurden 332 Kinder mit Lungentuberkulose, d. i. 0,9 Proz., festgestellt.

Bei der Etatsberatung wird es die dankbare Aufgabe der sozialdemokratischen Fraktion sein, auf diese Verhältnisse nachdrücklich hinzuweisen.

Arbeitslosigkeit und Not haben den 24 Jahre alten Schlosser Paul Brückmann, Remelerstraße 56, in den Tod getrieben. Er nahm Sublimat und rannte dann vor Schmerzen schreiend auf die Straße. Schutzmannern brachten ihn nach dem Krankenhaus am Friedrichshain, wo er jetzt gestorben ist.

Promy bestritten, wie wir gestern vorausgesagt haben, wird die Anwendung des Gummimüssels im städtischen Obdach. Magistratsrat Jürgens wird folgende Meldung berichten:

„Der Gummimüssel im städtischen Obdach spielte gestern morgen eine größere Rolle,“ so berichtet der „Vorwärts“ in seiner Freitagnummer. Es wird behauptet, daß ein Obdachlofer versucht habe, aus dem Verwahrungssaal durch ein Oberlichtfenster zu entfliehen, von zwei Aufsehern aber heruntergeholt und in der unmenlichsten Weise mit Gummimüsseln verprügelt sei. Dem Obdachlofer seien 30 Diebe verjagt. — Demgegenüber sei festgestellt, daß sich seit circa drei Wochen überhaupt keine Gummimüsseln in den Händen des Aufsichtspersonals des Obdachs befinden. Wie der Vorsitzende der Deputation für das Obdach in der letzten Sitzung bereits mitteilte, werden die Gummimüsseln dem Aufsichtspersonal nur zu gewissen Zeiten zu ihrem Schutze behältigt, wenn sich nämlich die Anwesenheit besonders gefährlicher und auffälliger Burden bemerkbar mache. Den größten Teil des Jahres bliebe diese Waffe in der Verwahrung der Verwaltung. In verschiedenen Blättern seien aber Berichte über angebliche Mißhandlungen mit Gummimüsseln gerade in jenen Zeiten erschienen, in denen das Personal überhaupt nicht im Besitze derselben war. Die neueste Erzählung des „Vorwärts“ reißt sich diesen Erfahrungen an. Nach der sofort angestellten Untersuchung handelt es sich dabei um folgenden Vorgang: Am Donnerstagmorgen wurden der Polizei im Obdach 77 Personen vorgeführt, darunter 27 polizeilich gesuchte Männer. Als die Vorzuführenden der Polizei bereits übergeben waren und von dieser in dem Polizeigewahrsam untergebracht werden sollten, machten zwei Leute einen Fluchtversuch. Der eine von ihnen wurde von den Polizeibeamten selbst sofort wieder ergriffen, während der andere aus dem Verwahrungssaal an einer von den Fenstern herunterhängenden Kette über das Dach zu entfliehen versuchte. Von dort wurde er von zwei Hausdienern heruntergeholt und wieder in das Gewahrsam der Polizei gegeben. An Hausdiener werden übrigens niemals Gummimüsseln ausgegeben.“

Was die auf frühere Zeitungsmeldungen bezüglichen Bemerkungen betrifft, so wissen wir nicht, wohin Herr Fischbed zielt. Bezüglich des von uns mitgeteilten Vorganges wird behauptet, daß ein Obdachlofer den von uns geschilderten Fluchtversuch gemacht hat, aber bestritten, daß geschlagen wurde. Wir wissen nicht, wie die Untersuchung geführt worden ist. Sind nur die Beschuldigten gehört worden, so wundert uns das Ergebnis nicht; vielleicht nehmen sie an, daß für die Prügelei auf dem Dache keine Zeugen vorhanden sind. Jedenfalls haben die Zuschauer der Prügelei die Werkzeuge, mit denen geprügelt wurde, für Gummimüsseln gehalten. Von anderer Seite wird und berichtet, daß es sich insofern um einen Irrtum handeln soll, als die Prügel mit Holzpantinen verabreicht worden sind und daß es sich um Hausdiener gehandelt habe. Nach dem Magistratsbericht ist dem Obdachlofer gar nichts geschehen. Was die Behauptung anbetreffend, daß Gummimüsseln nicht mehr verwendet werden, so stimmt das nicht. Herr Fischbed sollte wissen, daß auch in früheren Jahren die Mißhandlungen Obdachloser durch Aufsichtspersonal bestritten wurden, bis Genosse Adolf Hoffmann selbst als verkleideter Kämpfer das Obdach aufsuchte und mit knapper Not einer mörderischen Reinigung entging.

Der Heiratswandel ist noch ein einträgliches „Geschäft“, denn immer wieder lassen heiratslustige Mädchen, alte und junge, sich ihre Erparnisse abnehmen. Ein bereits mehrfach bestrakter Wäcker Paul Bedert ist jetzt deshalb verhaftet worden. Bedert, der in Breslau Frau und Kinder hat, trat auf Heiratsgesuche in den Zeitungen mit Frauen und Mädchen in Verbindung und knipste unter dem Vorgeben, daß er Lokomotivführer sei, Bekanntschaften an. Seine Briefe waren folgendermaßen gehalten: „Auf Ihre Offerte bin ich nicht abgeneigt, Sie „lernen“ zu lernen. Dann wird es, daß er 45 Jahre alt und Witwer sei und einen Knaben von zehn Jahren besitze. Er sähe nicht auf Geld, sondern darauf, eine liebevolle Mutter für seinen Knaben zu erlangen, da er Beamter sei. Ein Ständchen wurde verabredet, und erfreut, eine so gute Mutter und lebenswürdige Bekanntschaft gefunden zu haben, verlobte er sich gleich. Als Verlobungsgabe zog er der „Braut“ einen Ring vom Finger oder nahm ihr die Uhr ab, die er dann schamlos zu Geld machte. Dann wurde er plötzlich in die Provinz „verlegt“, lehrte aber nochmals zu der Braut zurück, um für die Wohnungseinrichtung Geld zu erlangen, und verschwand damit auf Rimmerwiedersehen. Die hineingeworfenen Frauen erfuhren bei der Eisenbahnbehörde, daß ein Lokomotivführer Bedert dort unbekannt sei und erstatteten Anzeige. Als der Herr Lokomotivführer nun ein neues Opfer in Berlin gefunden hatte, wurde er festgenommen.“

Berliner Arbeiterverein für Obdachlose. Im Monat Februar nächsten im Rummerschlag 13 941 Personen, wovon 6064 badeten; im Frauenbad 3941 Personen, wovon 1459 badeten. Arbeitsnachweis wird erbeten für Männer: Biesenstraße 55/59, für Frauen: Colberger Straße 30.

Arbeiter-Samaritaner-Kolonne. Sämtliche aktive Mannschaften treffen sich morgen Sonntag, vormittags Punkt 11 1/2 Uhr, in Ludwigs Restaurant, Treptow, Köpenicker Landstraße.

Eine geistesgestörte Frau irrte gestern mit einem vor Ralte ätzenden Stinde in den Straßen in der Gegend des Anhalter Bahnhofes umher, ohne daß ihr irgendwelcher Schuß zuteil wurde. Mitleidige Passanten wandten sich an den diensttuenden Schutzmann mit dem Ersuchen, doch helfend einzugreifen. Der Beamte frag

auch die Frau nach ihrer Wohnung usw., bekam aber nur unbrauchbare Antworten. Schließlich entschloß er sich auf wiederholte Aufforderung des Publikums, und nachdem auf eine weitere Frage die Frau geantwortet, sie wolle nach dem Anhalter Bahnhof, die Bedauernswerte nach dem Wartesaal des Anhalter Bahnhofes zu bringen. Der Beamte soll erklärt haben, nichts tun zu können, da sich die Frau nichts habe zu schulden kommen lassen. Im Wartesaal machte sich die Kermisse durch allerlei wirre Redensarten weiter auffällig bemerkbar. Eine Schwester, die um Rat gefragt wurde, antwortete, man solle sich an die Polizei wenden.

Unierer Meinung nach hätte der Beamte sehr wohl sich der Frau annehmen können. Es sind ja erst neuerdings mit dem Polizeipräsidenten Abmachungen dahin getroffen worden, irrt Personen zunächst den Rettungswachen zuzuführen.

Der Kollatscher, der gestern Freitag nachmittags an der Zingendorferstraße, Ecke Rebegehorstraße, nach dem 64. Polizeiviertel in der Ottostraße gestürzt wurde, wird ersucht, sich im Lokale von Brückse, an der Gogolowsky-Brücke, zu melden.

Von einem fliehenden Eindrehler angeschossen ist heute vormittag der Schlächtermeister Georg Reumann, der in der Friedenstr. 81 wohnhaft ist. In dem Hause Fruchtstr. 60 wurde der 26 Jahre alte Kaufmann Otto Meyer bei einem versuchten Wohnungseinbruch überfallen und entlohn. Die hinzukommende Frau verfolgte ihn bis auf die Straße. Hier nahm der Schlächtermeister Reumann die Verfolgung auf. Als er ihm nahe gekommen war, drehte sich Meyer um und gab einen Schuß auf Reumann ab, der ihn an der linken Schulterseite verletzte. Der wohnungslose und stellunglose Kaufmann wurde von dem verletzten Reumann festgehalten, bis die Polizei ihn festnahm.

Auf der Treptow-Sternwarte spricht Direktor Dr. Archenhold am Sonntag, den 6. März, nachmittags 5 Uhr, über „Das Entstehen und Vergehen der Welten“ mit besonderer Berücksichtigung der Vergangenheit und Zukunft der Erde: abends 7 Uhr über „Kometen und Weltuntergangsprophetieen“ und Montag, den 7. März, abends 9 Uhr, über „Die Entwicklung des Fernrohres bis auf die Neuzeit“. Bei klarem Wetter wird der Halleysche Komet, Saturn und Orionnebel mit dem großen Fernrohr gezeigt. Die Sonderausstellung von alten Kometenflugblättern, Kometennadeln usw. kann ohne weiteres Entgelt von den Besuchern der Treptow-Sternwarte besichtigt werden.

Vorort-Nachrichten.

Die Gemeindevahlbewegung.

Steglitz. Der Aufmarsch der Parteien zum Gemeindevahlkampf ist nun endlich vollzogen. Die ersten auf dem Plan waren unsere Parteigenossen, die schon am Dienstag voriger Woche ihre Kandidaten aufstellten, und zwar für den ersten Bezirk die Genossen Ahmann und Hamburg, für den zweiten Bezirk den Genossen Leimbach. Im ersten Bezirk findet eine Ergänzung und eine Ersatzwahl statt, die jedoch nicht in einem Wahlgange vollzogen werden, sondern am Montag und Dienstag nächster Woche stattfinden. Der zweite Bezirk wählt nur am Montag, den 7. März, weil dort nur eine Ergänzungswahl vorzunehmen ist. Die beiden Wahlbezirke unseres Ortes werden durch die Eisenbahn abgegrenzt, und zwar so, daß derjenige Ortsteil, der westlich der Eisenbahn liegt (Schloßparkseite) den ersten Bezirk bildet, der östlich gelegene den zweiten Bezirk. Eine Ausnahme machen nur die Häuser Schloßstr. 69—85, Auhligshof, Bahnhof und der Teil der Albrechtstraße vom Bahnhof bis Schloßstraße, die dem zweiten Bezirk zugerechnet sind. Wahllokale sind für den ersten Bezirk der „Schloßpark“, für den zweiten Bezirk der „Albrechtshof“. Beide Lokale stehen uns nicht zu Versammlungen zur Verfügung, was die Arbeiterwähler hoffentlich beachten werden. — Der „Wiederverein“, der bisher selbständig in den Wahlkampf zog, hat sich diesmal nach Bundesgenossen umgesehen und den „Kommunalverein“, den „Neuen Hausbesitzerverein“ und die „Demokraten“ als Schildknappen engagiert. Wenn ihn dann in der Stichwahl noch der „Alte Hausbesitzerverein“ (der mit eigenen Kandidaten zur Hauptwahl erscheint) gegen die Sozialdemokratie unterstützt, ist es schließlich möglich, seine „Wieter“-Kandidaten wieder durchzubringen. Für unsere Parteigenossen muß dieser Zusammenschluß aller Bürgerlichen eine Warnung sein, bei der Hauptwahl alles daran zu setzen, um den letzten Mann zur Wahl zu bringen. Dann wird auch die Koalition der gesamten Gegner uns den Sieg nicht streitig machen können. Die Wahlen der letzten Jahre haben das klar bewiesen: hätten wir bei den Hauptwahlen die Stimmen aufgebracht, wie bei den Stichwahlen, dann wären wir stets die Sieger gewesen. Deshalb stehe jeder einzelne am Montag und Dienstag nächster Woche seinen Mann, wir sichern uns dann nicht nur den Sieg, sondern ersparen uns auch die Stichwahl.

Johannishof. Auch unser Ort steht im Zeichen der Gemeindevahl. Unsere Gegner in der 3. Klasse arbeiten bereits mit Hochdruck, um die bisher in unserem Besitz befindlichen Mandate zu erobern. Viel Glück werden sie jedoch nicht haben, da die 3. Klasse, wenn die Arbeiterklasse ihre Schuldigkeit tut, sicherer Bestand der Sozialdemokratie ist. Auch an der Wahl in der 2. Abteilung beteiligen sich diesmal unsere Parteigenossen. Die Wahl findet für die 3. Klasse Mittwoch, den 9. März, nachmittags von 1—3 und von 5—8 Uhr statt. Die 2. Klasse wählt am Donnerstag, den 10. März, von 7—8 Uhr abends. Parteigenossen, nehmt die Zeit, um unseren Kandidaten, den Genossen Radunke und Wisch in der 3. Klasse und Otto Senfleben in der 2. Klasse zum Siege zu verhelfen.

Schlaggen-Rummelsburg. Zu den am Dienstag, den 8. März, stattfindenden Gemeindevahlwahlen findet Sonntag früh 8 Uhr die Austragung der Wahlaufforderungen in Ruberts statt. Die Parteigenossen werden gebeten, sich zahlreich daran zu beteiligen. Das Wahlkomitee.

Albershof. In einer am Dienstag stattgefundenen öffentlichen Versammlung referierte der Gemeindevorsteher H. Sildebrandt über das Thema: „Warum beteiligen wir uns an der Gemeindevahl?“ In großen Zügen zeigte Redner, was bisher durch fortwährendes Drängen der vier sozialdemokratischen Vertreter im Ortsparlament zum Nutzen der Arbeiterklasse errungen worden ist. Er wies ferner auf das sozialdemokratische Kommunalprogramm hin, die in demselben aufgestellten Forderungen könnten auch nur von einem sozialdemokratischen Vertreter wirklich vertreten werden.

Die Gemeindevahlwahlen finden für die 2. Abteilung am Mittwoch, den 9. März, im Lokal des Herrn Gähler, Bismarckstr. 60, von nachmittags 4 bis 9 Uhr abends statt. Als Kandidat hierzu ist der Tischler Albert Horlich, Bismarckstraße 11, aufgestellt.

Darauf hingewiesen wurde noch, daß die Beteiligung an dieser Wahl eine stärkere als in den Vorjahren sein und daher jeder sein Wahlrecht ausüben müsse.

Dahendorf. Am Montag, den 7. März, findet hier die Gemeindevahl statt. In der Annahme, daß die Wähler der dritten Abteilung über die meiste freie Zeit verfügen, ist die Wahlzeit für die dritte Klasse im Gegenjatz zur 1. und 2. Abteilung, die erst von 7—1/2 Uhr abends resp. von 6—1/2 Uhr wählen, auf 4—1/2 Uhr nachmittags festgesetzt. Als Kandidat für die 3. Ab-

teilung ist Genosse Karl Wendorf aufgestellt. Wir eruchten die Parteigenossen, für den Kandidaten mit aller Energie zu agitieren. **Wahllokal: Deutscher Kaiser.**

Stralau.

Bei der gestern stattgefundenen Gemeindevorwahlen wurden in der dritten Klasse für unseren Kandidaten Genossen Ernst Wessell 235 Stimmen abgegeben. Die Gegner hatten keinen Kandidaten aufgestellt.

Wienitz (Nordbahn).

Gemeindevorwahlergebnisse. Bei der gestrigen Gemeindevorwahl der dritten Abteilung erhielt der Genosse Höpken 27 Stimmen, auf den bürgerlichen Kandidaten entfielen 6 Stimmen, 1 Stimme war ungültig. Es beteiligten sich zirka 30 Prozent der Wähler. Somit zieht der zweite sozialdemokratische Vertreter in das Gemeindeparlament ein.

Dreiwitz (Potsdam).

In der gestern stattgefundenen Gemeindevorwahl wurde in der dritten Abteilung Genosse Koburg mit 51 Stimmen gegen den bürgerlichen Kandidaten Nölke, auf den 34 Stimmen entfielen, gewählt. In der zweiten Abteilung wurde Genosse Siele mit 27 Stimmen gegen 14 Stimmen, die der gegnerische Kandidat Hajeloff erhielt, gewählt.

Nizdorf.

Die Stadtverordnetenversammlung nahm am Donnerstag den schriftlich vorliegenden Bericht des Rechnungsausschusses über dessen Stabsberichterstattung entgegen. In 7 Sitzungen hat die Hauptabteilung der letzteren mit heftigen Bemühungen es fertig gebracht, den schon knapp genug gehaltenen Vorschlag des Magistrats mit Abstrichen zu regulieren, um ja der verhassten Wertzuwachssteuer zu entkommen. Vor Eintritt in die Beratung teilte Stadtverordneter v. Sander mit, daß vom Grundbesitzerverein Südost eine Resolution eingegangen sei, die sich gegen die Wertzuwachssteuer erkläre. Wie er weiter sagte, ist vereinbart worden, zunächst generell über die Vorschläge des Ausschusses und im Zusammenhang damit über die neu einzuführenden Steuern eine Entscheidung herbeizuführen.

Die Debatte eröffnete Stadtv. Wuyh (Soz.). Er wandte sich namens der sozialdemokratischen Fraktion entschieden gegen die Art, wie die Majorität des Ausschusses gearbeitet hat. Die Reserve- und Sammelfonds, gegen welche die Attade hauptsächlich gerichtet war, dürften nicht kurzerhand dazu benutzt werden, irgendwelche Schwierigkeiten bei Bilanzierung des Etats auszugleichen, sondern müßten für Vorarbeiten, wie besonders der Inventar festgelegt werden. Der Versuch, das Krankenautomobil als Inventar des Krankenhauses zu betrachten und die 17 000 M. Anschaffungskosten dafür aus dem Hausfonds zu entnehmen, müsse zurückgewiesen werden. Das Automobil sei nicht nur fürs Krankenhaus bestimmt, sondern solle das Krankentransportwesen im allgemeinen verbessern, es sei deshalb an ordentlichen Mitteln zu bestreiten. Das sogenannte Sparanstaltsbetriebs der Ausschussarbeit sei aber überhaupt zu bekämpfen, da auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege, der sozialen Fürsorge, des Schulwesens usw. Nizdorf noch sehr weit zurück sei. Das zeige der vorgelegte Bericht über die Schülerfrequenzen vom 21. Oktober 1909. Die Durchschnittsschülerzahl pro Klasse sei von 54 im Jahre 1908 auf 64,9 im Berichtsjahr gestiegen; auf eine Lehrkraft entfiel 1908 eine Durchschnittszahl von 69, 1909 eine solche von 59,8; die Höchstziffer zeigte in vielen Klassen sogar 60 Schüler. Da könne von Erfolg der Lehrertätigkeit kaum noch die Rede sein. Erfahrend seien die Zahlen über die schulpflichtige Untersuchung der Lernanfänger: im April 1909 waren von den 2579 untersuchten Kindern rund 60 Proz., im Oktober desselben Jahres von 2277 gar 100 Proz. krank. Blatarmut, Malaria, Skrofeln, Zahncrankheiten stellen das Hauptkontingent. In der Armen- und öffentlichen Gesundheitspflege sehe es nicht anders aus; und da solle „geparnt“ werden, statt daß vorbeugende kommunale Einrichtungen getroffen werden. Die Anwesenheit im neuen Krankenhaus führt zur Überbürdung des gesamten Personals und damit zu schädlichen Zuständen überhaupt, welche von den ärztlichen Leitern nicht bestritten werden können. Sollte der Ruf der neuen Anstalt nicht noch mehr leiden, wie es leider schon der Fall sei, dann müsse die Sparmaßnahme dort aufhören. So steht es mit allem, daher seien neue Einnahmequellen zu erschließen. Die Wertzuwachssteuer müsse deshalb endlich zur Einführung kommen. Die ungeheuren Vorteile, welche die Terrainspulation aus der gemeinsamen Arbeit der Bürgerschaft herausföhrt, ohne irgendwelche persönlichen Leistungen, müßten der Allgemeinheit tributpflichtig gemacht werden. Es sei höchste Zeit, daß diese Steuer eingeföhrt werde, um zu verhindern, daß das Reich seine Hände darauf legt. Würde die Wertzuwachssteuer wirksam gestaltet, so sei die vom Magistrat beabsichtigte Schenkungssteuer überflüssig. Letztere müsse aber auch bekämpft werden, weil darin eine Ausnahmesteuer einer einzelnen Erwerbsgruppe, der Gastwirte, liegt, die nach dem schon vorweg dem kleinen Anfänger abgenommen werde, bevor er überhaupt eine Einnahme oder einen Gewinn gemacht hat. Eine durchgreifende Gestaltung der Wertzuwachssteuer werde ausreichen, um den Etat zu balancieren. Es wäre unverantwortlich und eine nie wieder gut zu machende Sünde gegen die Allgemeinheit, wenn nicht endlich dem Grundbesitzer ein Teil der mühseligen und ungeschickterweise eingehemten Werte entzogen würde. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Hermann hält den Grundbesitz für fast befristet. Da es aber ein Entinnen nicht mehr gibt, wolle er für die Wertzuwachssteuer stimmen, erst müßten jedoch noch einige Parteien aus der Steuerordnung befreit werden. Die Schenkungssteuer könne nach seiner Meinung das Gastwirtsverbot noch decken. Mit schwerem Gesicht rüde Stadtv. Abraham gegen die Wertzuwachssteuer ins Feld, mit der man Unzufriedenheit in die „Rassen“ (1) werfe. Redner versicherte, im Interesse der Allgemeinheit Stunden und Tage am Etat gearbeitet zu haben; er sei dabei zu dem Resultat gekommen, daß der Ausschuss den richtigen Weg eingeschlagen habe. Es liege kein Anlaß vor, die Gegenpartei zu belasten, um für die Zukunft Mittel anzuhäufen; so führte er aus und rief schließlich — wohl in wehmütiger Erinnerung an die kürzlich gefällten, den Wahlrechtsrat verdommenden Gerichtsurteile — bescheidend: „Wir haben keinen Anlaß, für die künftige Mehrheit zu arbeiten!“ Die Sozialdemokraten quittierten diesen Angriff mit trockenem Lachen. Redner verteidigte noch die vom Ausschuss beliebte Streichung der Zuweisungen an die Reservefonds. Die Betriebe müßten kaufmännisch geleitet, das Gastwerk so weit als möglich ausgemittelt werden. Der Grundbesitzer dürfe nicht durch die Wertzuwachssteuer belastigt werden; wenn der nicht gewesen wäre, hätten wir nicht das heulige Nizdorf. Nachdem Redner den Etat noch in vielen Einzelheiten besprochen und endlich sich gegen die Schenkungssteuer erklärt hatte, schloß er unter Beifall der Altbürgerlichen mit erhobener Stimme: „Behandeln Sie die einzelnen Teile der Bürgerschaft gerecht!“ (Gelächter und Zurufe bei den Sozialdemokraten: „Das sagen Sie!“ „Wahlrechtsrat!“)

Oberbürgermeister Kaiser vertrat den Angriffen des Stadtv. Abraham gegenüber den Vorschlag des Magistrats. Die Stadtv. Rosenow und Stöpler nahmen noch in längerem Ausführungen Stellung; der erste gegen Stadtv. Abraham und für die Wertzuwachs- und die Schenkungssteuer, letzterer gegen beide Steuerarten und für die Vorschläge des Ausschusses.

Hierauf wurde ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen, den Stadtv. Croger (Soz.) — wohl in der Absicht, eine Offenbar von den Gegnern der Wertzuwachssteuer denkwürdige Verschleppung zu verhindern — damit begründete, daß sich jeder seine Meinung über die schwebenden Fragen gebildet habe, ein weiteres Diskutieren daher, nachdem alle Richtungen zu Worte gekommen, überflüssig sei. Es folgten die namentlichen Abstimmungen. Die Vorschläge des Staatsausschusses wurden mit 37 gegen 23 Stimmen,

die Schenkungssteuer mit großer Mehrheit abgelehnt. Die Wertzuwachssteuer fand mit 37 gegen 23 Stimmen Annahme. Stadtv. Wuyh beantragte nunmehr, zur Vorbereitung der Wertzuwachssteuerordnung eine gemischte Deputation, welche aus 12 Stadtverordneten und 6 Magistratsmitgliedern bestehen soll, einzusetzen; denn der Rechnungsausschuss sei mit seiner gegnerischen Mehrheit dafür nicht geeignet. Wiederholte Versuche des Vorsitzers und anderer Gegner der Steuer, den Antrag zu hinterziehen oder zu verlagern, führten zu einer äußerst stürmischen Geschäftsordnungsdebatte, in deren Verlauf die Sitzung einmal aufgehoben und ein andermal auf 5 Minuten vertagt wurde. Schließlich, nach wiederholten Verhandlungen der einzelnen Gruppen unter sich, einigte man sich auf eine besondere Kommission, der die Stadtv. Abraham, Sander, Jernikow, Kohnig, Veltz, Kolberg, Serno von der alten, Emmelut, Rabermann, Winter von der neuen bürgerlichen Fraktion und die Genossen Veltz, Hoppe, Pagels, Schuh und Wuyh angehören. Die Kommission soll sofort an die Arbeit gehen.

Am Dienstag nächster Woche und folgende Tage wird um 5 Uhr nachmittags die Staatsberatung fortgesetzt.

Ober-Schöneeweide.

Ein Waffreit. Die Genossen Lagerhäger-Viesegang, Gewerkschaftsbeamter Jakobson und Zigarettenhändler Wuyh waren in Ober-Schöneeweide zu Gemeindevorwahlen gewählt worden. Ihre Wahl wurde von der Gemeindevorwaltung für ungültig erklärt, weil Anläßliche hätten gewählt werden müssen, sie aber, da sie keinen Grundbesitz in Ober-Schöneeweide hätten, nicht anläßlich seien. Unsere Genossen klagen und machen geltend, sie hätten als Anläßliche gewählt werden können, weil drei im Orte anläßliche Witwen sie durch Vollmacht mit ihrer Vertretung im Gemeinderat betraut hätten. Sie stellten sich dafür auf § 50 Absatz 3 der Landgemeinverordnungsung, was heißt, daß zu Gemeindevorwahlen auch wählbar seien: „die nach § 46 zur Stellvertretung berechtigten Personen“. § 46 besagt nun unter anderem, daß in der Ausübung des Stimmrechts, zu welchem der Grundbesitz befähigt, Witwen durch Gemeindeglieder vertreten werden.

Kreisaustrich und Bezirksauschuss wiesen jedoch die Klage ab und erachteten die Wahl unserer Genossen für ungültig. Der Bezirksauschuss ging davon aus, daß als Anläßliche passiv wählbar nicht diejenigen seien, welche von nichtwählbaren Angehörigen, namentlich Frauen, durch Vollmachten mit der Ausübung des Stimmrechts betraut seien.

Die Kläger legten gegen das Urteil des Bezirksauschusses durch ihren Vertreter, den Rechtsanwalt Dr. J. Herzfeld, Revision ein und rügten falsche Auslegung des klaren Wortlautes des Gesetzes. Das Oberverwaltungsgericht kam Freitag nach anderthalb-wöchiger Vertagung noch zu seiner Entscheidung der sehr wichtigen prinzipiellen Streitfrage. Die Entscheidung wurde ausgeföhrt. Sie wird den Parteien schriftlich zugestellt werden.

Friedrichsfelde.

Die „Freie Turnererschaft“ (8. Abteilung, Friedrichsfelde) feiert heute im Lokal vom H. Wude das 3. Stiftungsfest. Da der Verein der Arbeiterföhligkeiten mitwirkt und ein ausserordentliches Programm bietet, wird um regen Zuspruch gebeten. Anfang 8 Uhr. Billett 30 Pf.

Weißensee.

Das Geld ist knapp. Mit diesem Trost haben sich die Arbeiter, die am Bau der hiesigen Gemeindegemeinschaft tätig sind, verschiedentlich abfinden müssen. Der Bauunternehmer befindet sich ständig in Geldsalamitäten. Maurer, Bauarbeiter und Schweißerfrauen müssen lauer verdienten Lohn wochen- und tagelang dem Unternehmer stunden. Das Gewerbeamt hatte sich bereits mit Lohnforderungen der Arbeiter zu beschäftigen, worauf der Gemeindevorstand für Geld sorgen mußte. Solche Salomitäten Zustände dürften für einen Unternehmer von Gemeindebauten einzeln dastehen. Pflicht der Gemeindevorwaltung wäre es allerdings auch, solche Vorkommnisse erst gar nicht aufkommen zu lassen. Am vergangenen Sonntag sind auf dem Bau von einem Gerichtsvolkshier Klagen und Reklagen gepfändet worden; die getrichtenen Fenster können, weil das Maßwerk von den Fensterausführenden nicht entfernt werden darf, nicht eingeföhrt werden. Schuld an diesen Zuständen trägt auch die Praxis, daß die Arbeiten im Submissionswege an den billigsten Unternehmer vergeben werden. Dabei leidet gewöhnlich der Arbeiter, wie das auch hier der Fall ist, oder aber das verwendete Material ist nicht ganz einwandfrei.

Klein-Schönebeck.

Von einer Viehwand erschlagen wurde vorgestern der 17-jährige Mauerlehrling Paul Plausch, der bei dem Abbruch eines Stallschuppen beschäftigt war. Wühlich stürzte ein Stiel des Stalles ein und er wurde unter der Last begraben. Obwohl anwesende Arbeiter den Verunglückten innerhalb weniger Minuten aus den Trümmern hervorholten, war der Tod des Lehrlings bereits eingetreten. Der Schädel war ihm zertrümmert, Arme und Hände zertrümmert worden.

Reinickendorf.

Aus der Gemeindevorwaltung. In der letzten Sitzung wurden zunächst die gegen die Kommunalwählerliste eingelegten Proteste erledigt. Mit Ausnahme eines Protestes wurden alle als unberechtigt erklärt. Die von der Aufsichtsbehörde geforderten Änderungen zum Status über die dienstlichen Verhältnisse der Beamten wurden genehmigt, trotzdem unsere Genossen auf eine Reihe Verschlechterungen für die Beamten hinwiesen, so z. B. das Verlangen des Landrats, die Unterbeamten nicht lebenslanglich, sondern auf einen jederzeit kündbaren Dienstvertrag anzustellen. Der Verein für gemeinnützige Rechtsanwaltsstellen beabsichtigt am 1. April eine Auskunftsstelle in Reinickendorf zu errichten, falls die Gemeinde die Büroräume und die erforderliche Hilfskraft zur Verfügung stellt. Die außerdem an den Verein zu zahlende Entschädigung von 500 M. pro Jahr wird der Gemeinde vom Kreis Niederbarnim erlieht. Es sollen in jeder Woche an je einem Vor- und Nachmittag eine Sprechstunde abgehalten werden. Die Benutzung ist kostenfrei. Der Errichtung wurde zugestimmt. Diverse Straßen wurden einer anderen Reinigungskasse zugeteilt. Der Bürgermeister teilte hierbei mit, daß der Etat eine Erhöhung der von den Anliegern zu zahlenden Straßenreinigungskosten vorsehe. Die Wahlen zur Gemeindevorwaltung sollen erfolgen: für die dritte Klasse am 17. März, die Erziehung für den vorzogenen Genossen Maleika sowie die Wahlen der zweiten und ersten Klasse am 18. März. Hierauf gelangte ein dringlicher Antrag unserer Genossen auf Abstimmung einer auf die dem Landtage zur Beratung vorliegende Wahlrechtsvorlage bezügliche Petition zur Verhandlung. Der Antrag war rechtzeitig dem Gemeindevorstand von unseren Genossen zugesandt worden, von diesem aber nicht auf die Tagesordnung gesetzt worden, weil, wie der Bürgermeister am Tage vorher unseren Genossen schriftlich mitgeteilt hatte, die Gemeindevorwaltung mit der Verhandlung über diesen Punkt und der Abstimmung einer Petition ihre Befugnisse überschreiten würde. Mit diesem Argument operierte er auch in der Sitzung, in der er empfahl, die Dringlichkeit des Antrages abzulehnen. Vergebens wiesen unsere Genossen Köhn und Ohl auf das Vorgehen anderer Gemeinden (Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Königsberg, Stettin usw.) hin, um das Verlangen der Aufstellung darzutun. Im übrigen aber sei es Pflicht der Gemeindevorwaltung, zu allen die Gemeinde und ihren Angehörigen betreffenden gesetzlichen Fragen Stellung zu nehmen, ganz besonders aber in der Frage des Wahlrechts zum Preussischen Landtag. Die übergroße Mehrzahl der Reinickendorfer Einwohner seien Gegner des jetzt zur Beratung stehenden Wahlrechts. Das habe der Gemeindevorstand dem Landtag zum Beweise zu bringen. Aber auch für die Gemeinde und deren Selbstverwaltung sei es nicht gleichgültig, wie der Preussische Landtag und durch ihn die Verwaltung Preussens zusammengesetzt seien. Er empfahle daher die Annahme des Antrages. Wer ihn ablehne, bewisse damit, daß er sich völlig einsichle mit der jetzigen reaktionären Mehrheit des Landtages und gleich von ihrem Fleische

sel. Es half nichts. Bei der Abstimmung über die Dringlichkeit des Antrages erhoben sich nur unsere Genossen. Der Antrag war abgelehnt. Ein neuer glänzender Beweis für die politische Verlotterung und Unfähigkeit des Spiehbürgertums.

Spandau.

Die Stadtverordnetenversammlung gegen die Wahlrechtsvorlage.

Unsere Genossen sowohl wie auch die freisinnigen Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung hatten je einen Antrag gegen die preussische Wahlrechtsvorlage eingebracht. Der Antrag unserer Genossen lautet: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen: Eine Petition an das Haus der Abgeordneten zu senden, worin vom Standpunkte der Spandauer Bürgerschaft aus die sogenannte Wahlrechtsreform in ihren Wirkungen auf die breiten Massen des Volkes darzulegen und das Haus der Abgeordneten ersucht wird, die Wahlrechtsvorlage abzulehnen; 2. den Magistrat zu ersuchen, diesem Beschlusse der Versammlung beizustimmen. — Der zweite Antrag, von freisinnigen Stadtverordneten eingebracht, hat folgenden Wortlaut: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen: Die beiden Häuser des Landtages werden ersucht, die von der kgl. Staatsregierung eingebrachte Vorlage über die Abänderung des Gesetzes bezüglich der Wahlen zum Abgeordnetenhaus aus folgenden Gründen abzulehnen: 1. die in der Vorlage enthaltenen Abstufungen der Wahlrechte sind ungleichmäßig und ungerecht; 2. die öffentliche Stimmenabgabe bedroht die Freiheit der Abstimmung unserer Bürgerschaft; 3. die vorgeschlagene Ermittlung des Wahlergebnisses bewirkt, daß die ohnehin schon in ihren Rechten geschwächerten Wähler der 3. Abteilung vollständig entrechtet werden. Wir beantragen ferner, den Magistrat zu bitten, diesem Entschlusse beizutreten.“ Der erste Antrag begründete der Stadtv. Genosse Pieper. Er kritisierte das ganze Landtagswahlrecht und die Wahlrechtsreform mit allen seinen Mängeln. Auch der Wahlkreis Spandau-Osthavelland habe darunter zu leiden. Während im Potsdam mit seinen 61 000 Wählern einen Abgeordneten wähle, seien in Spandau-Osthavelland 167 000 Einwohner vorhanden, die auch nur einen Abgeordneten wählen. Abdamn jersprüche der Genossen die Wahlrechtsreform und erklärte: Wir haben ein Recht zu verlangen, daß das Reichstagswahlrecht auch für den Landtag eingeföhrt wird, um so mehr, als dieses Wahlrecht sich gut bewährt habe. Um einen einheitlichen Protest zu ermöglichen, ziehe er jedoch seinen Antrag zugunsten des von den Freisinnigen eingebrachten Antrages zurück. Den freisinnigen Antrag begründete der Stadtv. Dr. Kantorowicz. Er betonte zunächst, daß es den Antragstellern ferngelegen habe, diesen Antrag einzubringen, um politische Angelegenheiten in der Stadtverordnetenversammlung zu verhandeln. Da aber bei der ganzen Frage auch städtische Interessen in Frage kommen, dann habe die Versammlung ein Recht, darüber zu verhandeln. Es liege überdem schon ein Präzedenzfall vor; bei der Jollvorlage habe man auch diesbezügliche Beschlüsse in der Stadtverordnetenversammlung geföhrt. Es handelte sich bei der Jollvorlage allerdings mehr um materielle Güter, bei der gegenwärtigen Angelegenheit handelt es sich um ideale Güter, die gleich wichtig sind. Wenn man, wie bei der Reformvorlage, aus der 3. Abteilung eine Reihe privilegierter Wähler herausnehme, so verschlechtere und schädige man die 3. Abteilung und wie sich durchaus berechtigt, dagegen unsere Stimme zu erheben. Nach ihm nahm zunächst der Oberbürgermeister Köhne das Wort. Welche hohen Begriffe dieser Herr von den Staatsbürgerrechten hat, bewies er damit, daß er sich erlaubte, seine Ausführungen mit einem schlichten Witz zu beginnen. Er sprach nämlich seine Freude darüber aus, daß der Stadtv. Pieper nur das Reichstagswahlrecht für den Landtag verlangte und nicht auch, wie seine übrigen Genossen im Lande dies Recht für jeden 20-jährigen Einwohner. Die Genossen müßten ja dieses Recht auch auf die Kommunalwahlen ausdehnen und manchem Stadtverordneten würde es wohl angenehm sein, mit einer 20-jährigen Dame zusammen zu sitzen. Dieses Stadtoberhaupt erklärte dann weiter, daß nach § 35 der Städteordnung die Behandlung dieser Anträge in den Stadtverordnetenversammlungen nicht zulässig sei, da sie politische Angelegenheiten betreffen. In dasselbe Horn blies der konservative Stadtv. Schob. Dieser Herr meinte, durch solche politische Sachen werde der Friede nur gestört. Solche Dinge gehören in die politischen Vereine. Stadtv. Prager (freis.) hielt die Verhandlung dieser Anträge für durchaus berechtigt. Durch diese Verhandlungen werde man in den beteiligten Kreisen doch wohl einsehen, daß man in der Bürgerschaft nicht gewillt ist, solche Dinge, wie die eingebrachte Wahlrechtsreform, gutzuheißen. Stadtverordnetenvorsteher Lüdicke trat den Ausführungen des Oberbürgermeisters bei. Selbst wenn der Antrag angenommen und die Petition in den Landtag läme, so würde dieselbe den Landtagsabgeordneten in keiner Weise imponieren. Glauben Sie, meine Herren, so führte der Stadtverordnetenvorsteher wörtlich aus, daß diese Petition irgendwelchen Eindruck auf die Landtagsabgeordneten machen werde? Soviel steht fest, das Reichstagswahlrecht wird nie für den Landtag eingeföhrt werden. Das künftige Landtagswahlrecht wird auch das Wahlrecht für die Kommunen werden und die Freisinnigen werden doch für die Kommunen nicht das Reichstagswahlrecht haben wollen. Stadtv. Genosse Pieper wies den Oberbürgermeister darauf hin, daß ja 20-jährige Leute und darunter auch Offiziere werden können, warum soll nicht ein 20-jähriger Mensch Wähler sein können. Was der Stadtv. Lüdicke sagte, daß das Reichstagswahlrecht niemals für den Landtag eingeföhrt werde, stehe noch nicht so fest, es sei schon manches anders gekommen, als man gedacht habe. Der Antrag der Freisinnigen wurde mit 20 gegen 15 Stimmen angenommen. — Von den übrigen Vorlagen ist noch zu erwähnen, daß die Versammlung in eine Vermehrung der Polizei um vier Polizeiführer und einen Wachmeister willigte. Die Vermehrung soll erst eintreten, sobald die Eingemeindung perfekt geworden ist. Unsere Genossen stimmten selbstverständlich gegen die Vermehrung.

Eine gutbesuchte öffentliche Versammlung im Lokal des Genossen Böhle, Havelstraße, hörte am Dienstagabend einen Vortrag der Genossen Pieper über die Rechtlosigkeit der Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Anwesenden, darunter viele Frauen, folgten den etwa einstündigen Ausführungen der Rednerin mit schilichem Interesse. Eine Resolution, in welcher das aktive und passive Wahlrecht zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten auch für die Frauen geföhrt wird, fand einstimmige Annahme. Genosse Kitzmann als Versammlungsleiter machte Mitteilung, daß die hiesige Polizeiverwaltung das Verteilen von Handzetteln nicht genehmigt hatte, weil dadurch die Straßen verunreinigt würden. Der Genosse unterzog diese neueste Polizeibestimmung einer ganz gehörigen Kritik. Er suchte die Anwesenden, als Antwort hierauf kräftig für die politische und gewerkschaftliche Organisation sowie für die Verbreitung der Arbeiterpresse zu agitieren.

Jugendveranstaltungen. Bernau. Am Sonntag, den 8. d. M., nachmittags 3 Uhr, veranstaltete der Jugendauschuss im Lokale des Genossen Salzman, Schönower Chaussee, eine Zusammenkunft der arbeitenden Jugend. Genosse Köhlich aus Albersdorf wird über das Thema „Ihr seid die Zukunft“ referieren. Pflicht eines jeden Arbeiters ist es, die Jugendlichen zum Besuch dieser Versammlung zu veranlassen.

Briefkasten der Redaktion. Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 3, zweites Hof, letzter Eingang, vier Treppen, jeden Tag von 10 bis 12 Uhr, wochentags abends von 7 bis 9 Uhr, statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonntags beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstab und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Bis zur Veranstaltung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Eilige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

Thomastage. 26. Das Gefährde Haffel für einen großen und mächtigen Beschäftigten; der Schaden kann selbst der „Berufung“ vom Lohn in Abzug gebracht werden. Es in ihrem Falle sehr Versehen vorliegt, läßt sich nur nach Reminis des Sachverhalts beurteilen. Für eine Klage ist das

Überbürgermeister Kaiser vertrat den Angriffen des Stadtv. Abraham gegenüber den Vorschlag des Magistrats. Die Stadtv. Rosenow und Stöpler nahmen noch in längerem Ausführungen Stellung; der erste gegen Stadtv. Abraham und für die Wertzuwachs- und die Schenkungssteuer, letzterer gegen beide Steuerarten und für die Vorschläge des Ausschusses.

Hierauf wurde ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen, den Stadtv. Croger (Soz.) — wohl in der Absicht, eine Offenbar von den Gegnern der Wertzuwachssteuer denkwürdige Verschleppung zu verhindern — damit begründete, daß sich jeder seine Meinung über die schwebenden Fragen gebildet habe, ein weiteres Diskutieren daher, nachdem alle Richtungen zu Worte gekommen, überflüssig sei. Es folgten die namentlichen Abstimmungen. Die Vorschläge des Staatsausschusses wurden mit 37 gegen 23 Stimmen,

die Schenkungssteuer mit großer Mehrheit abgelehnt. Die Wertzuwachssteuer fand mit 37 gegen 23 Stimmen Annahme. Stadtv. Wuyh beantragte nunmehr, zur Vorbereitung der Wertzuwachssteuerordnung eine gemischte Deputation, welche aus 12 Stadtverordneten und 6 Magistratsmitgliedern bestehen soll, einzusetzen; denn der Rechnungsausschuss sei mit seiner gegnerischen Mehrheit dafür nicht geeignet. Wiederholte Versuche des Vorsitzers und anderer Gegner der Steuer, den Antrag zu hinterziehen oder zu verlagern, führten zu einer äußerst stürmischen Geschäftsordnungsdebatte, in deren Verlauf die Sitzung einmal aufgehoben und ein andermal auf 5 Minuten vertagt wurde. Schließlich, nach wiederholten Verhandlungen der einzelnen Gruppen unter sich, einigte man sich auf eine besondere Kommission, der die Stadtv. Abraham, Sander, Jernikow, Kohnig, Veltz, Kolberg, Serno von der alten, Emmelut, Rabermann, Winter von der neuen bürgerlichen Fraktion und die Genossen Veltz, Hoppe, Pagels, Schuh und Wuyh angehören. Die Kommission soll sofort an die Arbeit gehen.

Am Dienstag nächster Woche und folgende Tage wird um 5 Uhr nachmittags die Staatsberatung fortgesetzt.

Vorort-Nachrichten.

Zehlendorf (Wannseebahn).

Aus der Gemeindevertretung. Die Vorlage, betreffend Erlass eines Ortsstatuts über die Erhebung von Beiträgen zu den Kosten der Schmutzwasserkanalisation, mußte wieder vertagt werden. Sonst wollte aber unsere Vertretung diesmal zeigen, daß sie auch fruchtbare Arbeit leisten könne. Sieben Punkte der Tagesordnung wurden debattiert genehmigt. Hervorheben davon möchten wir, daß die Alfenstraße, um einer zu erwartenden stärkeren Belastung zu begegnen, von 18,8 auf 21 Meter verbreitert werden soll. Ebenso die Nikolaistraße von 18 auf 14 Meter und die Spandauer Straße von 19 auf 21 Meter. Neben der höheren Mädchenschule soll ein größerer Schulgarten angelegt werden, weil, nach den Ausführungen des Referenten, der alte Garten auf dem Schulplatze in absehbarer Zeit verschwinden muß. Von diesem Umstand ist aber den meisten Herren der Vertretung nichts bekannt. Selbst Herr Lange, der es als Lehrer an der höheren Mädchenschule doch wissen müßte, sowie Herr Laß als Mitglied des für solche Dinge zuständigen Parlausschusses, drückten ihr Erstaunen über diese Vorlage aus. Man einigte sich schließlich auf die Summe von 500 M., wofür die Planierung und eventuelle Umzäunung des betreffenden Platzes einzuweisen vorgenommen werden soll. Die Anlage des Gartens wird für spätere Zeit vorbehalten. Mitgeteilt wurde noch, daß der Kreis-ausschuß die Vermehrung der Gemeindevertretung auf 21 Mitglieder, der Schöffen auf sechs und den kollegialen Gemeindevorstand bewilligt hat.

Nun kam der Clou des Abends. Herr Lange beantragte die Verlegung einer ganzen Reihe von Titeln aus dem Punkt 15 der Tagesordnung öffentlich zu verhandeln. Wie aus seinen Ausführungen hervorging, handelte es sich hierbei um eine Beförderungsreform für die Gemeindearbeiter und nichtangestellten Beamten. Zur Begründung hob er ausdrücklich hervor, daß entgegen den Vorwürfen, die man in letzter Zeit gegen die Vertretung erhoben, gezeigt werden müsse, daß man auch für diese Kategorien etwas übrig habe. Auch wies er auf die immer häufigeren Vorwürfe über zu viele nichtöffentliche Sitzungen hin. Aber Herr Lange! Seit einem halben Jahre schon beschäftigt sich der Ausschuß mit der Angelegenheit, und es hätte unseres Dringens gar nicht bedurft? Warum hat Herr Lange nicht bei der Beratung der Beförderungsreform im Oktober einen Vertagungsantrag gestellt, bis diese schlechtesten bezahlten Kategorien aufgebessert sind? Dann wäre es gewiß schneller gegangen, und diese Armen hätten nicht den Schmachtrienen im Winter so viel enger ziehen brauchen. Man soll doch als bibelfester Christ zunächst an den noleidenden Nächsten denken. So darf die Gemeindevertretung uns nicht verdenken, wenn wir der Meinung sind, daß man nur aus Gründen des Stimmengangs so kurz vor den Wahlen an diese Angelegenheit herantritt. Wie hoch die Aufbesserung sein sollte, war, da die Sache nicht öffentlich verhandelt wurde, nicht zu erfahren. Fürchtete man unsere Anwesenheit? Oder hatte man, um einen Ausbruch des Herrn Hammer zu gebrauchen, bei dieser Angelegenheit nicht nötig, „dem Publikum zu zeigen, wie wir den verdienten Beamten entgegenkommen sind“? Daraus können aber die Gemeindearbeiter und nichtangestellten Beamten die Vertuschung erkennen, die sie bei der Gemeindevertretung haben. Bei den Wahlen

ziehen sie hoffentlich hieraus die Konsequenzen und bleiben mindestens der Wahl fern, wenn sie glauben, nicht für die Sozialdemokratie stimmen zu können. Die Wahl zur Gemeindevertretung ist voraussichtlich am 14. März.

Steglich-Friedenau.

Das Gewerkschaftsblatt Steglich-Friedenau erörterte in seiner Monatsfeier die Vorschläge der Generalkommission in bezug auf die Beschränkung der Kinderarbeitszeit. Auch hier im schweizerischen Westen treten die krassen Mißstände der kapitalistischen Gesellschaftsordnung mehr und mehr zutage, und immer größer wird die Zahl der Eltern, die, nur um das nackte Leben zu fristen, gezwungen sind, ihre Kinder zum Erwerb anzuhalten. Die Vertreter der Gewerkschaften verurteilten durchaus nicht die Schwierigkeiten, die eine strikte Durchführung des Kinderschutzes zeitigen muß, doch war man allgemein von der dringenden Notwendigkeit einer Reform der Verhältnisse überzeugt. Es wurde beschlossen, diese Angelegenheit gemeinschaftlich mit der örtlichen politischen Organisation zu regeln. Zum Vertreter der Kartelle in der Kinderarbeitskommission wurde Genosse Klonsky bestimmt. Um die Belührungen der im Vorjahre eingeführten sozialwissenschaftlichen Vorträge einem größeren Kreise von Interessenten zugänglich zu machen, wurde beschlossen, Zutrittskarten zum Preise von 10 Pf. auszugeben, deren Ertrag einen Teil der Kosten des Unternehmens decken würde. — Der von der Behörde vorgeschlagenen Verschmelzung der Krankenläsien beider Orte stellte sich die Sitzung schon der Verminderung der Verwaltungskosten und anderer Vorteile wegen sympathisch gegenüber.

Bekleidungs-Haus

grössten für Herren

Stils für Knaben



Hauptstrasse Stubenrauchstrasse Kaiser-Friedrichstrasse

Die Entwicklung zum Gross-Betriebe, dessen Bedeutung weit über die Grenzen Schönebergs hinaus reicht, verdankt mein Geschäft seiner

Leistungsfähigkeit

Meine Ware selbst herstelle: Meine Stoffe sind direkt aus der Fabrik bezogen und im eigenen Betriebe verarbeitet. Nur gute Ware liefere: Meine Anzüge aus erprobten Stoffen neuester Musterung durchweg auf Rosshaar nach 18 jährigen Erfahrungen verarbeitet. Ramsch oder nur fürs Auge gearbeitete Konfektion führe ich nicht. Billig und kulant bin: Die Vorteile der eigenen Herstellung lasse ich meinen wertigen Kunden zukommen. Den Verkauf persönlich überwache: Ich Sorge selbst für reiche Auswahl am Lager, für die fachmännische Beratung und individuelle Bedienung der Käufer, für Passendmachen und prompte Lieferung der Massbestellungen.

Gottlieb Weiss.

Schöneberg, Hauptstrasse 161.

Rixdorf! Ausverkauf Rixdorf!

bis zum 26. März dieses Jahres. Meine Filiale in Rixdorf, Bergstraße 48, wird aufgelöst.

Das vorhandene Warenlager, bestehend aus besseren Herren- und Knaben-Garderoben

Berufs- sowie Arbeiterbekleidung wird zu wirklich außerst billigen, aber streng festen Preisen in Serien-Einteilungen ausverkauft.

- Serie 1-18 Herren-Jackett-Anzüge der jetzige Preis 8,55-28,50 der frühere nachweisliche Preis 12,00-39,00 M.
Serie 20-40 Einsegnungs-u. Burschenanzüge der jetzige Preis 5,50-18,00 der frühere nachweisliche Preis 8,50-24,00 M.
Serie 41-53 Knaben-Anzüge verschiedene Fassons der jetzige Preis 1,95-7,75 der frühere nachweisliche Preis 4,00-13,50 M.
Serie 54-67 Herren-Stoff- u. Kammgarnhosen der jetzige Preis 1,50-9,00 der frühere nachweisliche Preis 2,25-12,00 M.
Serie 72-79 Herren-Zwirn-, engl. Leder-Manchester-Hosen der jetzige Preis 1,55-4,90 der frühere nachweisliche Preis 2,00-7,50 M.
Serie 81-85 Knaben-Pyjacks u. Paletots der jetzige Preis 2,95-6,95 der frühere nachweisliche Preis 4,00-11,50 M.
Serie 87-92 Herren-Rock- u. Gehrock-Anzüge der jetzige Preis 21-37,50 der frühere nachweisliche Preis 27,00-42,00 M.
Serie 93-103 Herren-Winterpaletots u. Ulster der jetzige Preis 8,90-28,50 der frühere nachweisliche Preis 12,50-40,00 M.
Serie 104-114 Herren-Sommerpaletots u. Ulster der jetzige Preis 3,35-25,50 der frühere nachweisliche Preis 12,00-36,00 M.

Die folgenden Serien 115-180 bestehen aus Winterjoppen, Pelzriemen, Fantasie-Beiten, Berufsbekleidung, Radfahrer-Hosen, Knaben-Wald- und Schilanzüge, Herren-Sommer- und Winterjackets, Sonnenbrillen und Anicholen etc. etc. und werden auch diese Serien zu außergewöhnlich billigen Preisen ausverkauft.

Heinrich Ferester Rixdorf Nr. 48, Bergstr. Nr. 48.

Kronleuchter-Fabrik

Andreasstr. 38. — Telephon VII 719.

Einzelverkauf zu Fabrikpreisen. Teilzahlung ohne Aufschlag gestattet. Alte Kronen werden in Zahlung genommen. Hängebrenner komplett 3,25 Mk. 3flammige Gaskronen von 15 Mk. an. Zugampeln von 10 Mk. an.

„Vorwärts“-Leser erhalten 10 Proz. Rabatt.

Damen-Mäntel-Fabrik

Rixdorf Reuterstraße 63 an der Kaiser-Friedrich-Straße

PAUL LINCK

Rixdorf Reuterstraße 63 an der Kaiser-Friedrich-Straße

offert

erstklassige, moderne Frühjahrs-Kostüme in sehr sauberer Verarbeitung und tadellosem Sitz;

ferner:

Moderne Paletots, Jacketts und Röcke.

Maßanfertigung!

Durch Ersparnis der hohen Ladenmiete sowie sonstiger Geschäftsspesen und infolge eigener Fabrikation sind meine Preise außerordentlich billig!

Möbel-Fabrik



Georg Tennigkeit,
Berlin 50., Oranienstr. 172-173.
Einrichtung für 360 Mark.

1 Kleiderschrank	48 Mark
1 Vertiko	48
1 Spiegelschrank	25
1 Spiegel	16
1 Ausziehtisch	18
4 Stühle a 3,50	14
2 englische Bettstellen m. Matratze	
a Stück 44 Mk.	88
1 Sofa	45
1 komplett farbige Küche	58

360 Mark
Preisliste gratis und franko.
Ester Garantie gut gearbeitete Möbel

Herren-, Damen-, Kinderwäsche

eigenes Fabrikat.
Margarete Dietrich
Berlin O.,
Mirbachstr. 25,
Eingang Samariterstraße.

Neu erschienen: Aus meinem Leben.

Von August Bebel.
I. Teil.
Broch. 1,50 M., geb. 2 M.

Der deutsche Arbeiter und der Nationalismus.

Von Dr. Karl Renner.
Preis 60 Pf.

Zum Gedächtnis des kommunistischen Manifestes.

Von Antonio Labriola.
Eingeleitet und überf. von Franz Mehring.
Mit einem Bildnis des Verfassers.
Preis 1 M.

Sozialistische Bewegungen und Systeme bis zum Jahre 1848.

Von Elisabeth Luzzatto.
Preis geb. 4 M.

Der Zar und die auswärtige Politik.

Ein geheimes Memorandum d. Grafen Lambdorski, das Geheimnis Orangebuch.
Von Wladimir Bortzow.
Preis 2 M.

Rußland in der Revolution.

Von N. Trotzky.
Preis 6 M.

Bericht über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung.

Preis 75 Pfennig.

Führer durch das preussische Einkommensteuer-Gesetz.

von Arbeitersekretär Rud. Wissoll.
Preis 30 Pf.

Expedition des Vorwärts.

Berlin SW. 68
Lindenstr. 69, Laden.

Kottkes Drogerie, Baumschulenweg.

empf. ihre Spezialitäten sowie famil. Artikel zur Krankenpflege.

Einsegnungs-Anzüge

hochelegant und tadellos sitzend, vollständiger Ersatz für Maßarbeit.

Die Preise sind je nach der Qualität und Größe:
15, 17, 19, 21, 23, 25, 27 bis 35 M.
Schwarze

Gehrock - Anzüge für Herren

in vollendet schöner Paßform, vollständig für Maßanfertigung Ersatz bietend,
— 32, 38, 44, 50, 57, 63, 70 M. —

Maßanfertigung in vornehmster, bester und modernster Ausführung.

Carl Stier

Berlin 50., Oranienstraße 166. Berlin W., Potsdamer Str. 113a.
Potsdam, Nanener Str. 23.

Mit der Schulfrage beschäftigten sich folgende Schriften, die wir zur Anschaffung empfehlen:

P. Göhre, Schule, Kirche, Arbeiter
Ein Vortrag Preis 15 Pf.

Dr. M. Quarck, Kommunale Schulpolitik
Ein Führer durch die Gemeindegewalt auf dem Gebiete der Volksschule Preis 1 M., Vereinsausgabe 50 Pf.

Clara Zetkin, Die Schulfrage
Referat, gehalten auf der dritten Frauenkonferenz in Bremen Preis 15 Pf.
Ein temperamentvoller Vortrag, in dem namentlich auf die Stellung der Frau zur Schulfrage Bezug genommen wird.

Heinrich Schulz, Sozialdemokratie und Schule Preis 75 Pf., Vereinsausgabe 30 Pf.

Dr. R. Silberstein, Das Schulkind Preis 20 Pf.
Der Verfasser verfolgt im vorliegenden Fest die Entwicklung des Kindes während der Schulzeit.

Expedition des „Vorwärts“ Berlin SW. Lindenstr. 69 (Laden)

HERREN KLEIDUNG KNABEN KLEIDUNG
S. LEVY, CHARLOTTENBURG SCHARRENSTR. 36.

Ausstellung

von **Frühjahrs-Neuheiten** in **Ulster, Paletots und Anzügen**

Nur eigene Erzeugnisse!

Frühjahrs-Ulster
neueste Farberstellung, beste Verarbeitung.
M. 36, 33, 30, 27, 24, 21, **18.00**

Frühjahrs-Paletots
hochaparte Dessins und Stoffarten
M. 36, 33, 30, 24, 21, **18.00**

Frühjahrs-Anzüge
denkbar größte Ausmussierung, formvollendet in Sitz und Ausführung
M. 36, 30, 26, 24, 21, **18.00**

Einsegnungs-Anzüge
gute Qualitäten, tadelloser Sitz, enorme Auswahl
M. 22, 20, 16, 14, 12, **10.00**

Meine Maß-Abteilung bietet die denkbar größte Auswahl in engl. u. deutschen Stoffen



S. Joseph

Schöneberg, Hauptstr. 1, Ecke Grunewaldstr.

Jugend-Liederbuch



Preis: kartoniert 20 Pfennig
Zu beziehen durch:
Expedition des „Vorwärts“
Berlin SW. Lindenstraße 69 (Laden).

Möbel ganze Wohnungseinrichtungen, Zimmer- und Küchen-Einrichtungen, sowie jedes Stück einzeln zu den billigsten Preisen in guter gebliebener Arbeit empfiehlt
Wih. Sambrecht,
Berlin SW., Simonstr. 19.
Vorigen Sie, bitte, illust. Preisliste an der Kisten Aufbittage.

Größtes Kindergarderobe-Spezialhaus des Ostens.
Jedes Kind, auch das ärmste, kann schick und zweckmäßig bei uns eingekleidet werden.
Konkurrenzlos sind unsere Cheviot-Tailenkleider „Frieda“ ganz gefüttert, mit Faltenrock, für 3 Jahre 5 Jahre 7 Jahre 8 Jahre
M. 4.95 5.45 5.95 6.45
Knaben-Anzüge
in hübschen, dunklen Sportfarben, von 2.50 an.
Enormes Lager in Mädchenjackets u. Knabenpyjacks zu unerreicht billigen Preisen.
C. & A. Wendt, Berlin NO., Große Frankfurter Str. 118.

Mode-Ausstellung Frühjahr 1910

Putz, Damen-Konfektion, Herren-Konfektion, Kleiderstoffe, Seidenstoffe, Besätze

Täglicher Eingang von Neuheiten.

H. Joseph & Co.
Rixdorf, Berliner Str. 54/55.